



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht August 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

27. Juli 2016

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
Istock – MartinPrescott (S. 5), Shutterstock – Dmitry Kalinovsky
(S. 6), Deutscher Gründerpreis für Schüler 2016/Klaus Knuffmann
(S. 8), BMWi/Andreas Mertens (S. 9), Fotolia – Peter Hermes
Furian (S. 10), Freepik (S. 12), Fotolia – fotogestoeber (S. 15),
Fotolia – MH (S. 16), Shutterstock – bymandesigns (S. 17),
Picture Alliance/dpa – Sophie Rohrmeier (S. 18), Fotolia – Bits
and Splits (S. 22), Fotolia – jpgon (S. 23), Fotolia – rogerphoto
(S. 24), Shutterstock – bikeriderlondon (S. 25), BMWi (S. 27),
BMWi/Anja Blumentritt (S. 28, S. 29)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	13
Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung	15
Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an	18
Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer	22
Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung	27
II. Wirtschaftliche Lage	31
Internationale Wirtschaftsentwicklung	32
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	34
III. Übersichten und Grafiken	45
1. Gesamtwirtschaft	46
2. Produzierendes Gewerbe	54
3. Privater Konsum	62
4. Außenwirtschaft	64
5. Arbeitsmarkt	66
6. Preise	68
7. Monetäre Entwicklung	72
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	74
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	76

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das Vereinigte Königreich hat entschieden: Die Mehrheit der Briten will die Europäische Union verlassen. Das bedauere ich sehr. Doch selbstverständlich respektiert die Bundesregierung diese souveräne demokratische Entscheidung. Wir werden nun alles tun, um die Kluft zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nicht weiter wachsen zu lassen. Die EU wird jedoch auch darauf achten, dass bei den nun zu führenden Austrittsverhandlungen keine Rosinenpickerei stattfindet.

Die Europäische Union ist stark und wird die Herausforderungen meistern, die mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs verbunden sind. Das britische Votum mahnt uns jedoch auch sehr deutlich: Ein „weiter so“ in der EU darf es nicht geben. Europa leidet unter den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten zwischen florierenden und stagnierenden Mitgliedstaaten. Auch innerhalb der Staaten herrscht große Ungleichheit, besonders zulasten der jungen Menschen, der Arbeitslosen und der prekär Beschäftigten. Immer mehr Menschen glauben nicht mehr an das Versprechen auf eine bessere Zukunft, das Europa stets verkörpert hat.

Daher müssen wir das Versprechen der europäischen Einigung mit neuem Leben füllen: Eine Zukunft in Frieden und Demokratie, mit wachsendem Wohlstand für alle. Wenn im September auf dem informellen Sondergipfel in Bratislava über die Zukunft der EU diskutiert wird, ist nicht die Frage entscheidend, ob wir mehr oder weniger Europa brauchen. Wir brauchen ein besseres Europa. Die Überzeugung, dass Europa für alle ein Gewinn ist, kann nur dann wieder an Kraft gewinnen, wenn wir ganz Europa auf einen Wachstumskurs zurückführen und so spürbar die Situation der Menschen verbessern.

Zusammen mit Parlamentspräsident Martin Schulz habe ich daher Vorschläge für eine wirtschaftspolitische Wende in Europa vorgelegt. Dazu zählt: Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt muss wachstumsfreundlicher werden. Die Regeln müssen so weiterentwickelt werden, dass sie einerseits Überschuldung verhindern. Andererseits brauchen die Mitgliedstaaten mehr Flexibilität, um Ausgaben für Arbeitslose und zusätzliche Investitionen zu finanzieren, während Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt für mehr Beschäftigung sorgen. Außerdem brauchen wir auch auf europäischer Ebene starke Impulse für mehr Investitionen und Wachstum. Dabei geht es genauso um moderne transeuropäische Verkehrs- und Energienetze und ein europäisches Gigabit-Netz wie darum, dass mehr in die Ausbildung der jungen Menschen, in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und in die Gründungsfinanzierung investiert wird.

Viele Menschen in Deutschland, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Unternehmenschefs und Selbständige sind nach dem Brexit-Votum verunsichert. Ich hoffe, dass diese Unsicherheit durch einen baldigen Beginn und eine zügige Durchführung der Austrittsverhandlungen begrenzt werden kann. In Zeiten von Unsicherheit sind verlässliche Informationen besonders wichtig. Daher bietet die Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie aktuelle Informationen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und zu möglichen Konsequenzen. Für Unternehmen, die Fragen zum Brexit haben, bieten wir zusätzlich an, diese telefonisch unter der Info-Hotline 030 340 6065 61 oder per E-Mail unter der Adresse brexit@buergerservice.bund.de an uns zu richten.

Neben der Diskussion um den EU-Ausstieg Großbritanniens und um die Zukunft der EU sind wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen worden. Die vorliegende Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ berichtet darüber, wie sich Europa mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung einheitliche und zukunftsorientierte Regeln für die digitalisierte Datenökonomie des 20. Jahrhunderts gegeben hat. Ein weiterer Artikel stellt die länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten dar, die der Rat der Europäischen Union im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU am 12. Juli formell angenommen hat. Ebenso finden Sie in dieser Ausgabe unter anderem Beiträge zu Deutschlands neuer Aufsicht über Abschlussprüfer sowie zur Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Pilotprogramm Einsparzähler



Ein neues Förderprogramm des BMWi unterstützt „smarte“ Pilotprojekte zum Energiesparen. Das kürzlich gestartete „Pilotprogramm Einsparzähler“ bietet Unternehmen Spielraum zur Erprobung neuer Geschäftsmodelle zum Energiesparen. Sie können ab sofort bis zu einer Million Euro Förderung für innovative Dienstleistungsprojekte zur Senkung des Energieverbrauchs ihrer Kunden erhalten.

Energieeffizienz: Tragende Säule der Energiewende

Um den Klima-Beschlüssen von Paris Rechnung zu tragen und die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, ist neben dem planvollen Ausbau der Erneuerbaren Energien auch eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz notwendig. Mit dem Energiekonzept hat sich die Bundesregierung daher auch das Ziel gesetzt, den Primärenergieverbrauch bis 2050 im Vergleich zum Basisjahr 2008 um die Hälfte zu senken. Nur wenn Energieeffizienz und Energieeinsparungen einen großen Beitrag leisten, ist die Energiewende ökonomisch, ökologisch, sozial und gesellschaftlich sinnvoll zu schaffen. Die Bundesregierung hat

daher im Dezember 2014 mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) ein umfassendes Maßnahmenpaket für die laufende Legislaturperiode beschlossen. Ziel ist, die Energieeffizienz zu einer dem Ausbau der Erneuerbaren Energien gleichberechtigten Säule der Energiewende zu machen. Dazu bündelt der NAPE neue Maßnahmen und Instrumente und stärkt insbesondere die Förderung von Investitionen in das Energiesparen, z. B. in Form des kürzlich gestarteten Pilotprogramms Einsparzähler.

Die Digitalisierung für die Energiewende nutzbar machen

Mit dem Pilotprogramm Einsparzähler sollen die Möglichkeiten digitaler Technologien für das Energiesparen besser genutzt werden. Das Programm fördert Mehrwertdienste und Dienstleistungen für Energieeffizienz, die auf die neuen Möglichkeiten der Analyse, Nutzerinformation und Entwicklung darauf basierender Anwendungen zurückgreifen. Gefördert werden so Projekte von Unternehmen, die ihren Endkunden mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologie Informationen über ihre Energiever-

bräuche bereitstellen und darauf basierend individualisierte Energiesparmöglichkeiten aufzeigen. In neuen Geschäftsmodellen können individuelle Nutzerinformationen mit Energiedienstleistungen (z. B. Wartungsangebote, Geräte-Leasing etc.), die im Rahmen des Pilotprojekts entwickelt werden, zur Realisierung der ermittelten Einsparpotenziale verknüpft werden.

Der Endverbraucher erhält durch die Energiespartipps, die auf seinen individuellen Geräte- bzw. Anlagenbestand zugeschnitten sind, und deren Verknüpfung mit Energiedienstleistungen Informationen darüber,

- ▶ wie hoch die Energieverbräuche seiner unterschiedlichen Geräte sind,
- ▶ welche seiner Geräte und Anlagen die „Energiefresser“ und „Kostentreiber“ sind,
- ▶ und wie der individuelle Energieverbrauch am besten gesenkt werden kann.

Die aus den anschließend durchgeführten Maßnahmen resultierenden Einsparungen werden dabei kontinuierlich gemessen und an den Endkunden kommuniziert

Kasten 1: Wer kann das Programm nutzen?

Das Programm richtet sich an alle Unternehmen, die allein oder im Konsortium mit anderen Akteuren Energiesparen mittels smarterer Technik zum Geschäftsmodell machen wollen und bei ihren Kunden zur Anwendung bringen. Vergütet werden sollen Einsparungen aller leitungsgebundenen Energieträger. Eine Fördermöglichkeit besteht grundsätzlich unabhängig davon, ob Strom, Wärme, Gas oder Kälte in Industrie, im Dienstleistungssektor, im öffentlichen Sektor oder in Haushalten eingespart werden.

Als Endkunde teilnehmen kann jeder, der daran interessiert ist, selbst oder mit seinem Arbeitgeber mit dem Pilotprogramm von den Vorteilen neuester Technologien aus Energie- und Messtechnik zu profitieren und so unmittelbar und nachweislich Energie- und Kosteneinsparungen zu erwirtschaften.



Innovative Fördersystematik

Die Einsparung des Endkunden ist über einen so genannten „Einsparzähler“ durch den Anbieter nachzuweisen. Die Förderung wird dabei aufgeteilt in a) eine Grundförderung auf Basis der förderfähigen Projektkosten und b) eine leistungsabhängige Komponente (siehe Kasten 2). Die leistungsabhängige Komponente bemisst sich nach den Energieeinsparungen, die durch die Pilotprojekte bewirkt werden. Die geförderten Unternehmen profitieren direkt von den Einsparungen, die sie bei ihren Kunden erreichen. Es wird dadurch sichergestellt, dass die bestmöglichen wirtschaftlichen Einsparungen für die Endkunden erreicht werden.

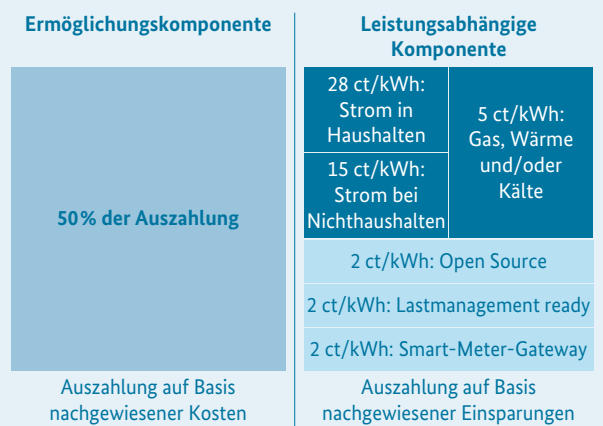
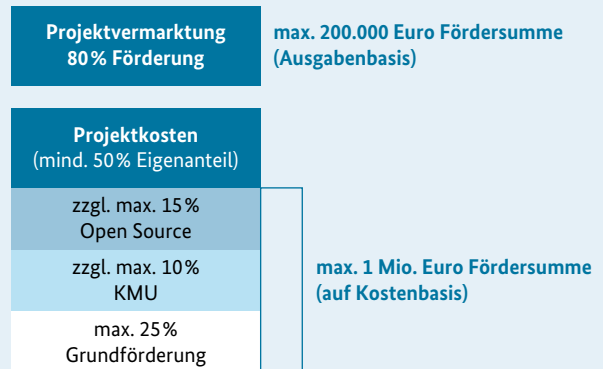
Das Pilotprogramm Einsparzähler ist im doppelten Sinn ein Pilotprogramm: Zum einen bietet die dargestellte Förderung von Pilotprojekten Unternehmen die Möglichkeit, neue Pilot-Produkte, Technologien und/oder Dienstleistungen zu entwickeln und in der Anwendung zu erproben. Zum anderen besitzt das Programm Pilotcharakter innerhalb der Förderlandschaft, da es mit einer anteiligen Förderung pro eingesparter Kilowattstunde den Weg zu einer offeneren und stärker ergebnisbasierten Fördersystematik erprobt. Es ist somit – ähnlich wie das zeitgleich gestartete Programm für wettbewerbliche Ausschreibungen STEP up! – ein Schritt weg von einer Förderung von fest vorgegebenen Technologien und ein Schritt hin zu erfolgsabhängigen Fördermaßnahmen.

Weitere Informationen für interessierte Unternehmen und Endkunden sowie Antragsunterlagen sind zu finden unter: bit.ly/BAFA_Einsparzähler

Kasten 2: Wie ist die Förderung genau ausgestaltet?

Die Höhe des Fördersatzes beträgt mindestens 25 Prozent. Er kann mit der Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Veröffentlichung von Projektergebnissen mittels Open Source auf bis zu 50 Prozent gesteigert werden. Die maximale Fördersumme beträgt eine Million Euro. Zusätzlich können die Vermarktungskosten der bewilligten Projekte von bis zu 200.000 Euro bei einem Fördersatz von bis zu 80 Prozent gefördert werden.

Die Förderung beruht auf zwei Säulen: Die erste Hälfte der Förderung wird nach Rechnungsvorlage ausbezahlt. Sie gewährleistet somit eine grundlegende Absicherung der Antragsteller und ermöglicht die Pilotprojekte. Sie wird entsprechend als „Ermöglichungskomponente“ bezeichnet. Die zweite Hälfte der Projektförderung wird abhängig von den im Projekt tatsächlich erzielten und nachgewiesenen Energieeinsparungen ausgeschüttet (so genannte „leistungsabhängige Komponente“). Die Vergütung beträgt zwischen fünf und 28 Cent pro eingesparter Kilowattstunde. Ausschlaggebend für die Höhe sind einerseits die Art des Endkunden und andererseits die eingesparten Energieträger. Werden die Anforderungen besonders innovativer und zukunftssträchtiger Zusatzoptionen erfüllt, kann die Vergütung pro eingesparter Kilowattstunde noch einmal um bis zu 6 ct/kWh gesteigert werden.



Quelle: BMWi

Kontakt: Michael Blohm
 Referat: Grundsatz Energieeffizienz und rationelle Energienutzung

Deutscher Gründerpreis für Schüler und JUNIOR-Bundeswettbewerb: Schülerinnen und Schüler mit herausragenden Gründungsideen ausgezeichnet



Jährlich beteiligen sich rund 70.000 Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Existenzgründer-Planspielen, Schülerfirmen und weiteren Schulprojekten, die unternehmerisches Denken und Handeln in den Schulalltag bringen. Auch zum Ende des Schuljahres 2015/2016 präsentierten Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Wettbewerben ihre Ideen für die Wirtschaft von morgen, beispielsweise beim Deutschen Gründerpreis für Schüler und dem JUNIOR-Bundeswettbewerb.

Bundesminister Sigmar Gabriel zeichnete am 5. Juli 2016 das Siegerteam des Deutschen Gründerpreises für Schüler im ZDF-Hauptstadtstudio in Berlin aus: „Ich gratuliere allen Teams zu ihrer tollen Leistung, ganz besonders natürlich dem Siegerteam ‚Graintech‘. Mit den Projekten für Schülerinnen und Schüler wollen wir den Gründergeist in Deutschland fördern und jungen Menschen die Gelegenheit geben, erste unternehmerische Erfahrungen zu sammeln. Unser Land braucht mutige und kreative Talente.“ Das Siegerteam des Jahres 2016 bilden sechs Schüler vom Heilig-Geist-Gymnasium Würselen bei Aachen, die sich mit einem herausragenden Geschäftskonzept gegen rund 1.000 Wettbewerber durchsetzten. Ihre fiktive Geschäftsidee: ein mehrschichtiges Düngekorn, das sich wie beim Lutschen eines Bonbons langsam auflöst und zum gewünschten Zeitpunkt die Nährstoffe an Boden und Pflanzen abgibt.

Bei Deutschlands größtem Existenzgründer-Planspiel wurden neun weitere Gründerteams ausgezeichnet. Bei der Bewertung der „Pitches“, wie die Präsentationen von Geschäftskonzepten in der Startup-Szene bezeichnet werden, wurden nicht nur der Businessplan und die Erfolgchancen der Unternehmensgründung berücksichtigt, auch das Team spielte eine entscheidende Rolle.

Unter den Preisträgern befand sich auch das Team „Shrave“ vom Hohenlohe-Gymnasium Öhringen, welches eine digitale Plattform für junge Menschen konzipierte, auf der sie Events suchen, buchen und planen können. Das von derselben Schule stammende Team „abreeze“ entwickelte eine biologisch abbaubare Einlage für den Boden der Biotonne. Sie saugt Flüssigkeiten wie ein Schwamm auf und verhindert, dass bei Kälte Abfälle am Tonnenboden festfrieren und bei Hitze üble Gerüche entstehen. Die prämierten Geschäftskonzepte zeigen, dass junge Menschen auf technische, nachhaltige und soziale Lösungen setzen und diese in tragfähige, innovative Geschäftskonzepte überführen können.

Die Innovationskraft der Nachwuchsunternehmerinnen und -unternehmer zeigte sich auch bei der Prämierung von Schülerfirmen als „Bestes JUNIOR Unternehmen 2016“ durch die Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Dort

konnte sich die Schülerfirma „Coffee Capsule Accessory“ des Rahlstedt Gymnasiums aus Hamburg gegen die starke Konkurrenz durchsetzen. Sie recycelt Kaffeekapseln aus Aluminium und fertigt daraus hochwertigen Schmuck. „Coffee Capsule Accessory“ hat sich damit auch das begehrte Ticket für das Europafinale der Schülerfirmen in Luzern (Schweiz) gesichert und wird für Deutschland im Juli gegen Unternehmen aus 39 verschiedenen Ländern antreten. Den zweiten Platz erhielt das Unternehmen „Glam penail“ vom Gymnasium Nonnenwerth in Remagen. Die Geschäftsidee des Schülerunternehmens entstand während des Chemieunterrichts: ein tropffreier Nagellackstift. Bronze ging in diesem Jahr nach Bayern. Das JUNIOR Unternehmen „simply the bag“ der Städtischen Fachakademie für Ernährungs- und Versorgungsmanagement in München vertreibt faltbare Mehrweg-Einkaufstaschen aus Recyclingmaterialien.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützt den Deutschen Gründerpreis für Schüler und den JUNIOR-Bundeswettbewerb sowie weitere Projekte über den Initiativkreis „Unternehmergeist in die Schulen“. Ziel ist, das Thema Gründen in den Schulunterricht zu integrieren und auf spannende und praxisorientierte Weise zu vermitteln.

Weitere Informationen gibt es unter:
www.unternehmergeist-macht-schule.de

Kontakt: Holger Maus
 Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs- und Förderberatung

Aus Erfahrungen lernen – Welche Lehren kann Korea aus der deutschen Wiedervereinigung ziehen?



Die beiden Ko-Vorsitzenden des Konsultationsgremiums: Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke und Vizeminister Boogi Hwang

Sechstes Treffen des Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremiums für Vereinigungsfragen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs richteten die Siegermächte in Korea zwei Besatzungszonen ein. Die Sowjetunion übernahm die Verwaltung des nördlichen Teils des entlang des 38. Breitengrads geteilten Landes, die USA die des südlichen. Aufgrund zunehmender Spannungen im beginnenden Kalten Krieg wurden entgegen den ursprüng-

lichen Plänen 1948 zwei unabhängige, eigenständige koreanische Staaten gegründet – Südkorea als Republik Korea und Nordkorea als Demokratische Volksrepublik Korea. Beide Länder streben offiziell die koreanische Wiedervereinigung an. Aktuell ist die politische Lage auf der koreanischen Halbinsel jedoch angespannt.

Um die Erfahrungen aus dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung nutzbar zu machen, haben Südkorea und

Deutschland im Jahr 2010 begonnen, jährlich im Wechsel in Korea und in Deutschland gemeinsam im Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremium zu Vereinigungsfragen nach Lösungen für die friedliche Überwindung der koreanischen Teilung zu suchen.

Auf Einladung der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder, der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke, trafen vom 25. bis 27. Mai 2016 die Mitglieder des Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremiums für Vereinigungsfragen zum sechsten Mal zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens in Berlin stand auch diesmal der Austausch über die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung und den Prozess des Zusammenwachsens. Die südkoreanischen Teilnehmer betonten, dass es ihnen darum gehe, die deutschen Erfahrungen in Überlegungen zur Vorbereitung einer Wiedervereinigung Koreas einfließen zu lassen.

Schwerpunktmäßig tauschten sich die deutschen und koreanischen Teilnehmer der diesjährigen Konsultationen zu dem Thema politische Bildung sowie zu den Herausforderungen beim Aufbau neuer Verwaltungs- und Organisationsstrukturen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung aus.

Im ersten Themenblock wurde diskutiert, wie politische Bildung dazu beitragen kann, dass sich Menschen nach einem politischen Systemwechsel in dem neuen System zurechtfinden. Zudem wurden Unterschiede zwischen „politischer Erziehung“ in totalitären Systemen und „politischer Bildung“ in demokratischen Systemen thematisiert:

„Politische Erziehung“ zielt auf Indoktrination der Bevölkerung im Sinne der staatlichen Ideologie ab. Von der koreanischen Seite wurde dargelegt, dass in Nordkorea die „politische Erziehung“ auf absolute Gehorsamkeit ausgerichtet sei; autonome Einstellungen der Menschen seien daher unerwünscht. Ziel sei es, die Bürger Nordkoreas als passive Objekte im Sinn der Machterhaltung der Herrscherfamilie und der Aufrechterhaltung des Systems einzusetzen. Bei der einer demokratischen Tradition entspringenden „politischen Bildung“ ist eine Indoktrination dagegen unzulässig. Vielmehr sollen in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft auch kontroverse Fragen offen diskutiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, die politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren.



Im zweiten thematischen Schwerpunkt nahmen die Teilnehmer insbesondere den Aufbau von Verwaltungs- und Organisationsstrukturen im Schul- und Hochschulbereich in den Blick. Ausgehend von den unterschiedlichen Strukturen in den beiden deutschen Staaten vor der Wiedervereinigung wurde beschrieben, wie die Übertragung der grundlegenden Struktur des westdeutschen Bildungswesens auf Ostdeutschland gelang. Im Rahmen der Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen sei eine Entpolitisierung erfolgt. Dabei seien ideologische Studieninhalte und politische Hochschulen abgeschafft, die Fächer und Disziplinen umstrukturiert, die Lehrpläne an die westdeutschen Standards angepasst, die außeruniversitäre Forschung evaluiert und in vielen Fällen in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft überführt worden. Auch die Vereinheitlichung des Schulsystems habe große Herausforderungen mit sich gebracht. Dabei sei es wichtig gewesen, zwar neue Inhalte und Methoden einzuführen, aber zugleich die Biographien und Lebensleistungen der ostdeutschen Lehrer zu respektieren und so zu einer sachlich orientierten Partnerschaft zu kommen.

Zum Abschluss der deutsch-koreanischen Konsultationsgespräche wurde vereinbart, die Gespräche im kommenden Jahr in Seoul fortzusetzen.

Kontakt: Andreas Wessel-Terharn
Referat: Politische Koordinierung, Bildung, Forschung und Wissenschaft

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

August 2016	
05.08.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juni)
08.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
11.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
Ende August 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
September 2016	
06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
09./10.09.	Eurogruppe/Informeller ECOFIN
12.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
16.09.	Treffen der Staats- und Regierungschefs EU 27 in Bratislava
22./23.09.	Informeller Handelsminister-Rat
29.09.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Industrie)
Ende September 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2016	
06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
07.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
12.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20./21.10.	Europäischer Rat
Ende Oktober 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html



Grafik des Monats

Wissensbasiertes Kapital ...

... oder auch „Knowledge-based Capital“ (KBC) wird nicht zuletzt mit zunehmender Digitalisierung immer bedeutender. Zu Investitionen in KBC gehören unter anderem Investitionen in Software, Forschung und Entwicklung (FuE), neue Organisationsprozesse und Weiterbildung. KBC ist entscheidend für die Durchdringung der Wirtschaft mit neuem Wissen und neuen Technologien. Die Grafik zeigt, dass Investitionen in KBC ...

→ ... eine ähnliche Größenordnung erreicht haben wie Investitionen in materielles Kapital.

Deutsche Unternehmen investierten 2013 etwa 10,5 Prozent der Wertschöpfung in wissensbasiertes Kapital und 13,4 Prozent in materielles Kapital.

→ ... nur zu einem Teil in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst sind.

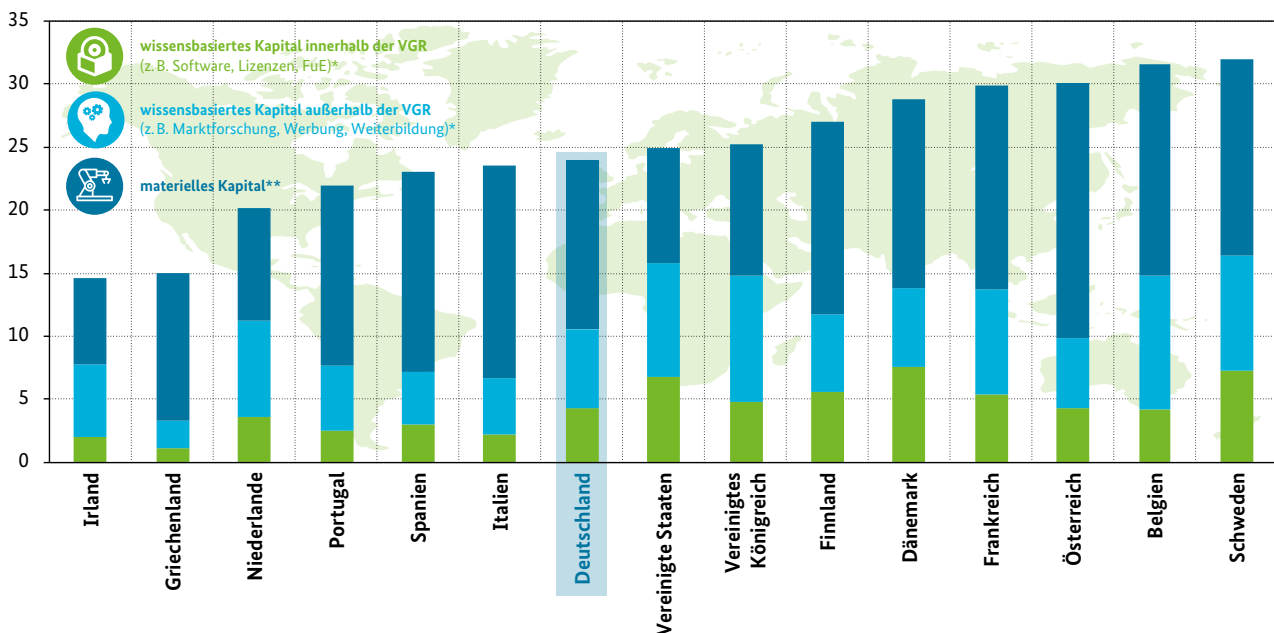
Nur etwa 40 Prozent der Investitionen in wissensbasiertes Kapital sind in den VGR – einer Statistik, die das wirtschaftliche Geschehen abbildet – als Investitionen erfasst, sowohl in Deutschland als auch im Durchschnitt der dargestellten Länder. Sie werden somit auch bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts nicht vollständig berücksichtigt.

→ ... in Deutschland im Vergleich zu den internationalen Spitzenreitern eher gering ausfallen.

Schwedische Unternehmen investierten 2013 16,4 Prozent der Wertschöpfung in KBC, Unternehmen in den Vereinigten Staaten 15,8 Prozent, deutsche Unternehmen hingegen nur 10,5 Prozent.

Unternehmensinvestitionen in materielles Kapital und wissensbasiertes Kapital im Jahr 2013

in % der Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors



* VGR = Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamts. Diejenigen Investitionen in wissensbasiertes Kapital, die in den VGR erfasst sind, sind somit auch im BIP enthalten.

** Private Bruttoanlageinvestitionen ohne Wohnungsbau

Quelle: OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2015. Innovation for growth and society, OECD Publishing

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die Aufwärtsdynamik der deutschen Wirtschaft hat sich nach dem starken ersten Quartal etwas abgeschwächt.
- ▶ Die konjunkturellen Risiken aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld haben sich nach dem Brexit-Votum erhöht.
- ▶ Die Industrieproduktion schwächte sich Mitte des zweiten Quartals ab. Hierfür war die überdurchschnittliche Zahl an Brückentagen mit verantwortlich. Die gute Baukonjunktur wird durch witterungsbedingte Sondereffekte verdeckt.
- ▶ Die Beschäftigung wurde weiter deutlich erhöht.

Die Dynamik der deutschen Wirtschaft hat sich abgeschwächt.¹ Nach dem sehr starken Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal um 0,7%² war dies zu erwarten. So war die Frühjahrsbelebung im Baugewerbe nach dem produktionsintensiven milden Winter weniger ausgeprägt als üblich. Die Industrieproduktion war Mitte des zweiten Quartals saisonbereinigt geringer als im Durchschnitt des ersten Quartals, wobei allerdings auch Brückentageeffekte zu Buche schlugen. Die Beschäftigung nahm insbesondere in den Dienstleistungsbereichen weiter zu, in einigen Bereichen allerdings langsamer als zuvor. Auf der Nachfrageseite entwickelten sich die Ausfuhren weiter überraschend dynamisch. Die privaten Konsumausgaben scheinen demgegenüber eine ruhigere Gangart eingeschlagen zu haben. Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft hat sich aber seit dem Frühjahr insbesondere hinsichtlich der Geschäftserwartungen merklich aufgehellt.

Die vorliegenden Daten geben den Stand vor dem Brexit-Votum der Briten wieder. In Abhängigkeit vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung im Vereinigten Königreich können Unwägbarkeiten nach dem Votum negative Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland haben. Die deutsche Wirtschaft ist allerdings in einer guten Verfassung und hat es immer wieder geschafft, sich auf neue Situationen einzustellen.

Die Weltwirtschaft zeigt nur ein moderates Wachstum. Nach Schätzung der OECD dürfte es mit 3,0% in diesem Jahr nicht höher ausfallen als im vergangenen Jahr. In den Vereinigten Staaten hat sich das Expansionstempo im ersten Quartal 2016 verlangsamt. Für das zweite Quartal deuten die aktuellen Daten jedoch eine Erholung an. Der Euroraum wies im ersten Quartal mit einem Anstieg um 0,6% ein recht hohes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf. Die Frühindikatoren sprechen hier für eine moderatere Fortsetzung des Wachstums. Mit dem Brexit-Votum sind zudem die konjunkturellen Abwärtsrisiken für den Euroraum gestiegen. Zahlreiche Analysten haben ihre Wachstumserwartungen für das kommende Jahr insbesondere für das Vereinigte Königreich, aber auch für die Eurozone zurückgenommen. Die japanische Wirtschaft kommt trotz des überraschend starken Wachstums im ersten Quartal nicht in Schwung. China verzeichnet weiterhin ein hohes, aber sich verlangsames Wachstum. Die Rezession in Brasilien scheint sich allmählich abzuschwächen.

Angesichts des weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds haben sich die deutschen Ausfuhren in diesem Jahr bislang überraschend stark gezeigt. Trotz eines Rückgangs der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Mai in jeweiligen Preisen um 0,9% blieben sie im saisonbereinigten Dreimonatsvergleich mit +2,1% deutlich aufwärtsgerichtet.³ Die Zuwächse kamen überwiegend aus dem Euroraum. Angesichts der gestiegenen Risiken der Weltwirtschaft dürften die Exporte in den nächsten Monaten moderater zunehmen. Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen entwickelten sich demgegenüber schwach. Bei einer leichten Zunahme im Mai um 0,5% nahmen sie im Dreimonatsvergleich nominal um 1,8% ab.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe blieb Mitte des zweiten Quartals ohne Schwung. Im Mai wurde 1,3% weniger produziert als im Vormonat. In der Industrie ging die Erzeugung noch etwas kräftiger zurück (-1,8%). Insbesondere die Herstellung von Investitionsgütern wurde zurückgefahren (-3,9%). Im Baugewerbe wurde saisonbereinigt nochmals weniger produziert als im Vormonat (-0,9%). Die Energieerzeugung wurde demgegenüber um 3,9% ausgeweitet. Zur schwachen Industrieproduktion hat allerdings die überdurchschnittliche Zahl an Brückentagen beigetragen. Die hierdurch ausgelösten vorübergehenden

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juli 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

3 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Produktionseinbußen werden bei der Saisonbereinigung nicht gesondert berücksichtigt. Aber auch die weniger durch Sondereinflüsse beeinflussten Zwei- und Dreimonatsvergleiche deuten auf eine leicht rückläufige Industrieproduktion hin (Stand Mai: -0,4 % bzw. -0,5 %). Auch die Auftrags-eingänge in der Industrie entwickeln sich gegenwärtig schleppend. In den vergangenen Monaten hellte sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe dennoch etwas auf. Nach einer etwas schwächeren Entwicklung im zweiten Quartal dürfte sich die Industrieproduktion im weiteren Verlauf daher moderat beleben. Die Produktion im Baugewerbe konnte saisonbereinigt das witterungsbedingt hohe Produktionsniveau des ersten Quartals noch nicht wieder erreichen. Ursache war nicht zuletzt nach dem milden Winter eine schwächere Frühjahrsbelebung als sonst üblich. Nach dem Auslaufen dieses Sondereffekts dürfte die für sich genommen gute Konjunktur im Baugewerbe wieder sichtbar werden.

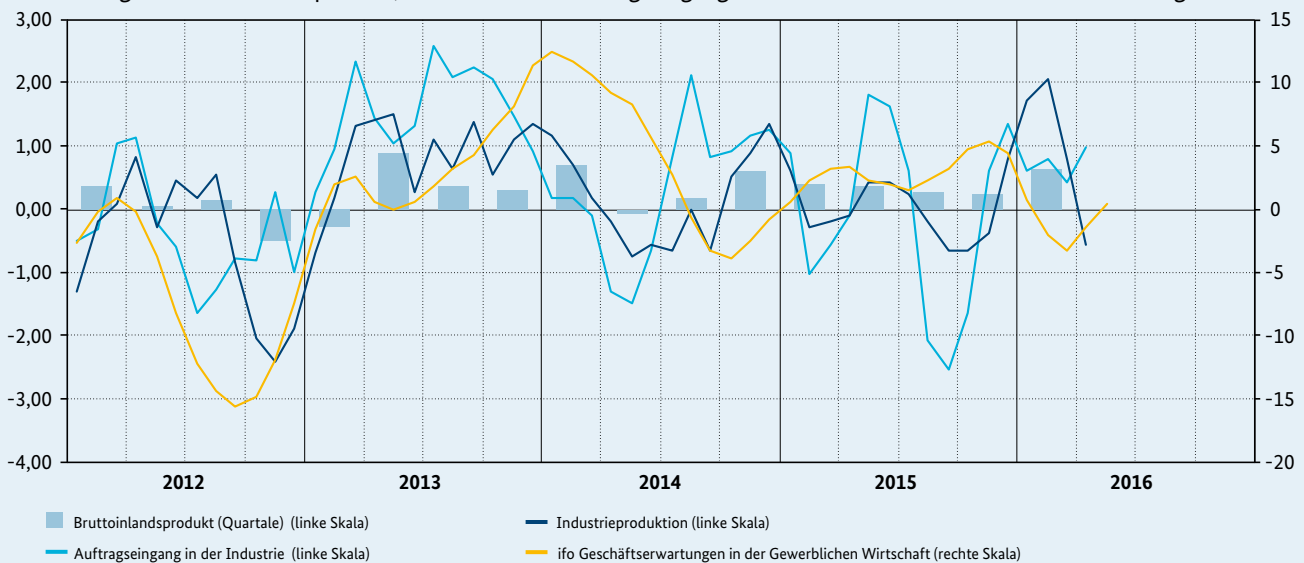
Der private Konsum stützt weiterhin die Konjunktur. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge) sind im Mai gestiegen (+0,7%), blieben aber niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals. Die Umsätze im Kfz-Handel konnten im April ebenfalls wieder gesteigert werden (+2,2%), ein Ende des positiven Trends zeichnet sich hier nicht ab.

Die Zahl der Kfz-Neuzulassungen privater Fahrzeughalter lag im ersten Halbjahr deutlich über dem Vorjahreswert. Das Geschäftsklima im Einzelhandel bleibt überdurchschnittlich positiv und das Konsumklima der Verbraucher hellte sich weiter auf. Die gute Lage am Arbeitsmarkt und die schwache Preisentwicklung bilden weiterhin günstige Rahmenbedingungen für die Konsumnachfrage.

Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Mai um 1,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat und stieg auf ein Rekordniveau von rund 43,6 Mio. Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte im Mai den Anstieg der Erwerbstätigkeit bewirkt haben. Saisonbereinigt waren 45.000 Personen mehr beschäftigt als im April. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich im Juni etwas stärker als jahreszeitlich üblich auf 2,61 Mio. Personen verringert, jedoch ist auch der Umfang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ausgeweitet worden. Dies zeigt sich an dem erneuten Anstieg der Unterbeschäftigung, die saisonbereinigt nicht zuletzt aufgrund der hohen Zuwanderung an Flüchtlingen den vierten Monat in Folge gestiegen ist. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Frühindikatoren senden alles in allem positive Signale für den Arbeitsmarkt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung

Am 25. Mai 2016 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung in Kraft getreten. Sie wird ab Mai 2018 in allen Mitgliedstaaten der EU unmittelbar anwendbar sein. Mit der Verordnung gibt sich Europa einheitliche und zukunftsorientierte Regeln für die digitalisierte Datenökonomie des 21. Jahrhunderts.



Datenschutzrecht als Zukunftsthema

In nie dagewesenem Umfang werden heute personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und weiterverarbeitet. Und aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung werden es in Zukunft immer mehr: Smart Homes, Smart Cars, Plattformen zur digitalen Vernetzung – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach den datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen immer wichtiger: Wer darf was mit den Daten der Nutzer digitaler Dienste tun? Wo liegen die Grenzen zulässiger Datennutzungen?

Angesichts der Chancen und Herausforderungen von „Big Data“ bedarf es Regeln, die die Datensouveränität des Einzelnen und das große wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenzial der Digitalisierung in einen angemessenen Ausgleich bringen. Datenschutz und „Big Data“ sind hierbei keineswegs unvereinbare Gegensätze. Notwendig sind vielmehr ausgewogene staatliche Steuerungsinstrumente, die sowohl den Interessen der Nutzer digitaler Dienste als auch den legitimen ökonomischen Interessen der datenverarbeitenden Unternehmen Rechnung tragen.

Ein einheitlicher Rechtsrahmen für Europa

In einer international vernetzten Datenökonomie sind rein nationale Datenschutzregeln allerdings nicht ausreichend. Deshalb legte die Europäische Kommission im Jahr 2012 den Entwurf einer EU-Datenschutz-Grundverordnung vor. Ziel war es, die EU-Datenschutz-Richtlinie aus dem Jahr 1995 zu ersetzen und das europäische Datenschutzrecht an die Herausforderungen des digitalen Zeitalters anzupassen. Im Dezember 2015 schließlich einigten sich Europäisches Parlament, Rat und Kommission auf einen endgültigen Verordnungstext, der seit Verkündung im Amtsblatt der EU am 25. Mai 2016 in Kraft ist. Die neuen europäischen Datenschutzvorgaben werden nach einer zweijährigen Übergangsphase ab Mai 2018 unmittelbar anwendbar sein. Bestehende nationale Regelungen werden durch die vorrangige Datenschutz-Grundverordnung zu einem großen Teil abgelöst werden.

Eine der größten Errungenschaften der Datenschutz-Grundverordnung ist die Schaffung eines europaweit einheitlichen „Level Playing Field“ im Bereich des Datenschutzes. Gemeint ist, dass alle Mitgliedstaaten der Euro-

päischen Union im Bereich der Digitalökonomie nach denselben Spielregeln spielen. Wettbewerbsverzerrungen infolge unterschiedlicher nationaler Datenschutzregeln werden weitgehend beseitigt. Dies schafft Rechtssicherheit sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen.

Der Harmonisierungseffekt wird zudem durch das neu eingeführte „Marktortprinzip“ noch verstärkt: Danach gilt die EU-Verordnung auch für solche Datenverarbeiter, die zwar nicht in der EU niedergelassen sind, aber auf dem hiesigen Markt Waren und Dienstleistungen anbieten – dies betrifft zum Beispiel Unternehmen wie Google und Facebook.

Stärkung der Datensouveränität

Die Datenschutz-Grundverordnung schafft einen Rechtsrahmen, der eine Balance zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger am Schutz ihrer Daten und den legitimen ökonomischen Interessen der Wirtschaft an der Nutzung personenbezogener Daten herstellt. Der selbstbestimmte Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit den eigenen Daten wird durch zahlreiche Neuerungen gestärkt: Die Informationspflichten, die zum Beispiel Anbieter von Smartphone Apps oder sozialen Netzwerken gegenüber ihren Nutzern erfüllen müssen, sind klarer gefasst als bislang. So verlangt die neue Verordnung ausdrücklich, dass digitale Anbieter ihre Nutzungsbedingungen leicht zugänglich, verständlich und in klarer Sprache abfassen. Die konkreten Zwecke der Datennutzung sind vom Anbieter transparent zu machen. Darüber hinaus müssen die datenschutzrechtlichen Einwilligungen der Nutzer eindeutig und unmissverständlich bekundet werden – Stillschweigen oder das Bestätigen bereits vorangekreuzter Kästchen reichen nicht aus. All diese Vorgaben stärken die Datensouveränität der Nutzer.

Neu ist auch, dass die Datenschutz-Grundverordnung ein Recht auf Datenportabilität enthält. Nutzer digitaler Dienste haben demnach unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, die Übertragung ihrer Daten von einem Unternehmen zu einem anderen Unternehmen zu verlangen. Hinzu kommt das Recht, von einem datenverarbeitenden Unternehmen konkrete Auskunft darüber zu erlangen, welche Daten es über sie gespeichert hat und wie lange und auf welche Weise die Daten verwendet werden. Nutzer können zudem die unverzügliche Löschung ihrer Daten verlangen, wenn diese für den Datenverarbeitungszweck nicht mehr benötigt werden.



Flexibilität für digitale Geschäftsmodelle

Neben der Stärkung der Rechte von Nutzern digitaler Dienste sichert die Datenschutz-Grundverordnung auch die legitimen ökonomischen Interessen der Wirtschaft an der Nutzung personenbezogener Daten. Im Zuge der Rats- und Trilogverhandlungen hat sich die Bundesregierung zum einen dafür eingesetzt, etablierte Geschäftsmodelle, die auf die Nutzung personenbezogener Daten angewiesen sind, zu erhalten. Zum anderen war es ein Anliegen der Bundesregierung, die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung so zu gestalten, dass sie einen offenen und zukunftsorientierten Rechtsrahmen auch für neue, innovative Geschäftsmodelle darstellt.

Eine wichtige Errungenschaft ist, dass die Anonymisierung und Pseudonymisierung personenbezogener Daten im Verordnungstext stärker verankert sind. Anonymisierung bezeichnet das Verändern personenbezogener Daten derart, dass die Daten nicht mehr einer Person zugeordnet werden können. Bei der Pseudonymisierung werden die personenbezogenen Daten durch Pseudonyme ersetzt, um die Identifizierung einer Person zu erschweren. Beide Methoden ermöglichen die Verarbeitung großer Mengen von Daten ohne direkten Personenbezug – das ist wichtig für Big-Data-Anwendungen und stärkt den Datenschutz. Ein konkretes Beispiel: Die Datenschutz-Grundverordnung stellt ausdrücklich klar, dass die Nutzung von Daten zu

anderen als ursprünglich vorgesehenen Zwecken insbesondere dann zulässig sein kann, wenn die Daten in anonymisierter oder pseudonymisierter Form weiterverarbeitet werden. Gerade für den Bereich kommerzieller Datenweiterverarbeitungen schafft diese Vorschrift einen hinreichend offenen und flexiblen Rahmen.

Differenzierte Haftungsregeln

Begleitet werden die Vorgaben zur Zulässigkeit von Datennutzungen durch klare und differenzierte Regelungen zur Haftung von Unternehmen, die Daten rechtswidrig verwenden. So haftet ein Unternehmen beispielsweise nicht, wenn es nachweisen kann, dass es nicht für die schadensbegründenden Ursachen verantwortlich ist. Datenverarbeiter, die im Auftrag anderer Unternehmen handeln, wie zum Beispiel Cloud-Dienste-Anbieter, haften nur, wenn sie speziell an Auftragsdatenverarbeiter gerichtete Pflichten aus der Datenschutz-Grundverordnung verletzen oder gegen rechtmäßige Weisungen des Auftraggebers verstoßen und dabei in Widerspruch zur Datenschutz-Grundverordnung handeln. Diese auch auf Betreiben der Bundesregierung erreichten Regelungen sind ein großer Fortschritt gegenüber dem ursprünglichen Verordnungsentwurf der Kommission. Dieser hatte noch eine kumulative Haftung vorgesehen, wonach sich Auftragsdatenverarbeiter sämtliches Fehlverhalten der Auftraggeber im Rahmen der Nutzung der personenbezogenen Daten hätten zurechnen lassen müssen.

Grenzüberschreitende Harmonisierung der Datenschutzaufsicht

Eine wirkliche Harmonisierung des Datenschutzrechts in Europa kann nur gelingen, wenn auch die Auslegung und Anwendung der Verordnung durch die unabhängigen nationalen Datenschutzaufsichtsbehörden harmonisiert und koordiniert werden. Ein europaweit gültiges Datenschutzrechtsregime erfordert daher einheitliche Regelungen darüber, welche Datenschutzbehörde bei grenzüberschreitenden Datenverarbeitungsvorgängen die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung kontrolliert. Hier ist ein so genannter „One-Stop-Shop-Mechanismus“ vorgesehen. Danach soll stets die Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat federführend zuständig sein, in dem das Unternehmen seine Hauptniederlassung hat. Geht es um eine Niederlassung in anderen Ländern, werden die Aufsichtsbehörden der jeweils anderen Länder in die Entscheidungsfindung einbezogen. Sollten die verschiedenen Aufsichts-



behörden zu unterschiedlichen Auffassungen gelangen, ist ein Streitschlichtungsmechanismus vor dem Europäischen Datenschutzausschuss („European Data Protection Board“) vorgesehen.

Anpassung des deutschen Datenschutzrechts

Der deutsche Gesetzgeber ist gefordert, bis zur Anwendbarkeit der Datenschutz-Grundverordnung im Mai 2018 das gesamte deutsche Datenschutzrecht auf seine Vereinbarkeit mit den neuen Regeln hin zu überprüfen. Nationale Datenschutzvorschriften können nur dann erhalten werden, wenn die Datenschutz-Grundverordnung eine Öffnungsklausel vorsieht, die den Erhalt der Vorschrift ermöglicht. Im Übrigen wird die vorrangige Datenschutz-Grundverordnung das bestehende nationale Datenschutzrecht ersetzen.

Ist diese Umstellung geschafft, schließen sich für Wirtschaft und Datenschutzaufsicht praktische Herausforderungen bei der Anwendung des neuen Rechts an. Der Umstand, dass die Datenschutz-Grundverordnung insbesondere im kommerziellen Bereich weniger detailliert ist als das bestehende Bundesdatenschutzgesetz, wird eine ausgewogene Auslegung der Verordnung sowohl auf Seiten der Wirtschaft als auch auf Seiten der Aufsichtsbehörden nötig machen. Ziel dabei sollte sein, den mit der Verordnung beabsichtigten Ausgleich zwischen legitimen ökonomischen Interessen und dem Recht auf Privatheit in jedem Einzelfall in der Praxis umzusetzen.

Kontakt: Philipp-Lennart Krüger
Referat: Zentrales Rechtsreferat

Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an

Das Europäische Semester 2016 – der jährliche Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union – ist mit der Annahme der neuen länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten durch den Rat der Europäischen Union am 12. Juli zu Ende gegangen. Nun ist es Aufgabe der Mitgliedstaaten, die Empfehlungen in den kommenden zwölf bis 18 Monaten umzusetzen. Der Rat empfiehlt Deutschland unter anderem, mehr in Infrastruktur, Bildung und Forschung zu investieren, die Steuer- und Abgabenlast für Geringverdiener zu senken, Anreize für einen späteren Renteneintritt zu setzen sowie den Wettbewerb im Dienstleistungssektor zu stärken.



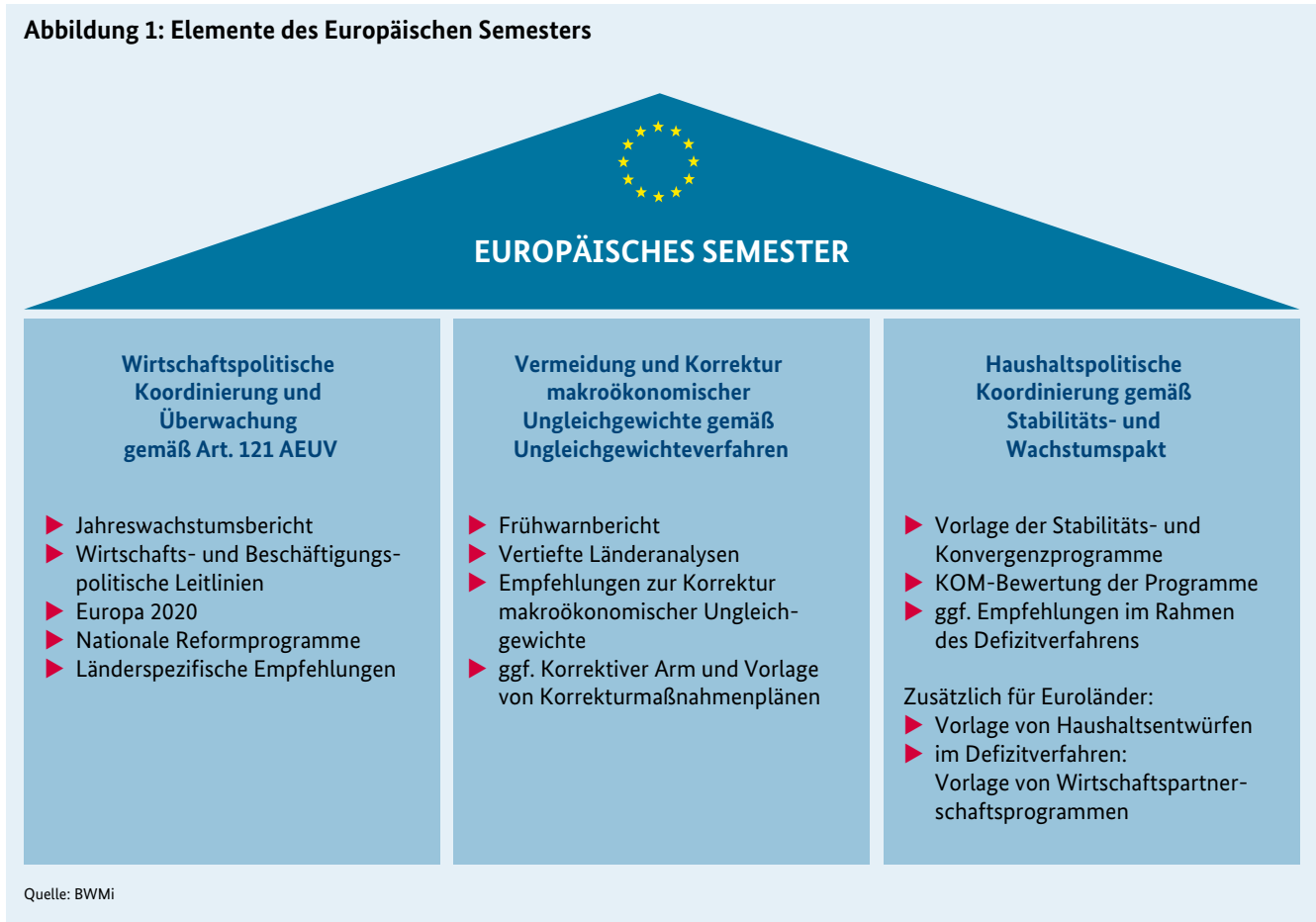
Für die Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union selbst zuständig. Sie haben sich jedoch vertraglich verpflichtet, ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren¹. Wesentliche Ziele der wirtschaftspolitischen Koordinierung sind, das Zusammenwachsen in der Union zu fördern und Spannungen innerhalb des gemeinsamen Währungsraumes zu vermeiden. Im Zentrum der Koordination stand lange die Überwachung der Finanzpolitik. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat jedoch gezeigt, dass nicht nur hohe Verschuldung, sondern auch unzureichende Wettbewerbsfähigkeit und mangelnde wirtschaftliche Konvergenz zu großen Schwierigkeiten in Europa führen können.

Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa: Das Europäische Semester

Die Staats- und Regierungschefs haben daher im Jahr 2010 beschlossen, die wirtschaftspolitische Koordinierung in der Europäischen Union zu stärken. Im so genannten Europäischen Semester, das seit dem Jahr 2011 jährlich durchgeführt wird, wurden die Verfahren zur wirtschaftspolitischen Koordinierung zusammengefasst und miteinander verzahnt (siehe Abbildung 1). Leitgedanke des Europäischen Semesters ist, dass die Mitgliedstaaten ihre souveränen wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Ent-

1 Die wirtschaftspolitische Koordinierung ist in Artikel 121 des Allgemeinen EU-Vertrags (AEUV) verankert. Der Artikel beginnt wie folgt: „Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat [...]“

Abbildung 1: Elemente des Europäischen Semesters



scheidungen auch an den gemeinsamen Zielen und Leitlinien der Union ausrichten. Zur Orientierung erhalten sie von der Gemeinschaft unter anderem die so genannten länderspezifischen Empfehlungen (siehe Säule 1 in Abbildung 1). Die Umsetzung dieser Empfehlungen in den Mitgliedstaaten wird von der Europäischen Kommission überwacht. Treten schwerwiegende Fehlentwicklungen in den Mitgliedstaaten auf, zum Beispiel in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen oder in Form gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte, können die europäischen Vorgaben für die nationale Politik verbindlicher gemacht werden – bis hin zur Verhängung von Sanktionen (Säulen 2 und 3 in Abbildung 1).

Die länderspezifischen Empfehlungen 2016

Die länderspezifischen Empfehlungen 2016 richten sich an alle 28 Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Griechenland. Griechenland erhielt keine länderspezifischen Empfehlun-

gen, um Dopplungen mit dem aktuell laufenden ESM-Anpassungsprogramm zu vermeiden. Die länderspezifischen Empfehlungen 2016 greifen in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten unterschiedliche Politikfelder auf (siehe Abbildung 2). In einigen Bereichen gibt es nach Auffassung der Kommission in vielen Mitgliedstaaten Handlungsbedarf: So erhielten fast alle Mitgliedstaaten (24 der 27) eine Empfehlung im Bereich „Fiskalpolitik und Haushaltsführung“. Auch in den Bereichen „langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen einschließlich der Rente“, „aktive Arbeitsmarktpolitik“ sowie „Arbeitsanreize, Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsmarktpartizipation“ wurden vielen Mitgliedstaaten Empfehlungen ausgesprochen (jeweils 15 der 27).

Deutschland hat drei übergeordnete Empfehlungen erhalten, welche neun Bereiche betreffen (siehe auch Kasten 1). Deutschland liegt damit im unteren Drittel bezogen auf die Anzahl der Politikbereiche, die mit den länderspezifischen Empfehlungen angesprochen werden.

Abbildung 2: In den länderspezifischen Empfehlungen angesprochene Politikfelder nach Ländern

Policy areas	AT	BE	BG	CY	CZ	DE	DK	EE	ES	FI	FR	HR	HU	IE	IT	LT	LU	LV	MT	NL	PL	PT	RO	SE	SI	SK	UK
Fiscal policy & fiscal governance																											
Long-term sustainability of public finances, inc. pensions																											
Reduce the tax burden on labour																											
Broaden tax bases																											
Reduce the debt bias																											
Fight against tax evasion, improve tax administration & tackle tax avoidance																											
Financial services																											
Housing market																											
Access to finance																											
Private indebtedness																											
Employment protection legislation & framework for labour contracts																											
Unemployment benefits																											
Active labour market policies																											
Incentives to work, job creation, labour market participation																											
Wages & wage setting																											
Childcare																											
Health & long-term care																											
Poverty reduction & social inclusion																											
Education																											
Skills & life-long learning																											
Research & innovation																											
Competition & regulatory framework																											
Competition in services																											
Telecom, postal services & local public services																											
Energy, resources & climate change																											
Transport																											
Business environment																											
Insolvency framework																											
Public administration																											
State-owned enterprises																											
Civil justice																											
Shadow economy & corruption																											

Quelle: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/csr2016-overview-table_en.pdf

Kasten 1: Länderspezifische Empfehlungen 2016 an Deutschland

Der Rat der Europäischen Union empfiehlt, dass Deutschland 2016 und 2017

1. einen nachhaltigen Aufwärtstrend bei den öffentlichen Investitionen, insbesondere in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation, erzielt, wobei das mittelfristige Ziel eingehalten wird; die Gestaltung der föderalen Finanzbeziehungen verbessert, um öffentliche Investitionen, insbesondere auf kommunaler Ebene, zu erhöhen;

2. Ineffizienzen im Steuersystem abbaut, insbesondere indem es die Unternehmensbesteuerung und die kommunale Gewerbesteuer überprüft, die Steuerverwaltung modernisiert und den regulatorischen Rahmen für Risikokapital überprüft; die Maßnahmen zur Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor, insbesondere bei den Unternehmensdienstleistungen und den reglementierten Berufen, vorantreibt;

3. mehr Anreize für einen späteren Renteneintritt setzt und negative Arbeitsanreize für Zweitverdiener abbaut; die hohe Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdienende senkt und den Übergang aus Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erleichtert.

Das Europäische Semester 2016 begann am 26. November 2015 mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts der Europäischen Kommission. Darin hat die Kommission einen Überblick über die wirtschaftliche Lage in der Union gegeben und die allgemeinen wirtschaftspolitischen Prioritäten für die EU benannt. Eine hohe Priorität liegt demzufolge auf der Stärkung der Investitionstätigkeit. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten zudem auf, die Strukturreformen fortzusetzen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik zu betreiben.

In den darauffolgenden Monaten haben sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten verschiedene Analysen und Berichte veröffentlicht, mit denen sie sich gegenseitig über wirtschaftspolitische Herausforderungen und Maßnahmen informieren. Ein wichtiges Element des Europäischen Semesters sind die Länderberichte der Kommission, die im Februar veröffentlicht werden. Darin analysiert sie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten, identifiziert gesamtwirtschaftliche Herausforderungen und bewertet die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen. Die Mitgliedstaaten reagieren im April mit ihren Nationalen Reformprogrammen auf die Länderberichte der Kommission.

Auf Grundlage dieser und weiterer Berichte sowie eines Dialogs zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission und unter Berücksichtigung der im Jahreswachstumsbericht benannten Prioritäten hat die Europäische Kommission neue länderspezifische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Am 12. Juli 2016 hat der Rat der Europäischen Union die Empfehlungen förmlich angenommen. Damit endete das Europäische Semester 2016. Jetzt sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, die neuen Empfehlungen in den kommenden zwölf bis 18 Monaten umzusetzen.

Kontakt: Dr. Ulrike Zirpel
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer

Die Abschlussprüferaufsichtsstelle beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (APAS)

Seit dem 17. Juni 2016 hat Deutschland eine neue Aufsicht über Abschlussprüfer. Die Abschlussprüferaufsichtsstelle, APAS, ist beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle angesiedelt. Deutschland setzt damit die Vorgaben der EU-Abschlussprüferreform um: Die neue Behörde übernimmt die bislang von der Abschlussprüferaufsichtskommission (APAK) ausgeführte Aufsicht. Sie erhält darüber hinaus neue Aufgaben und solche, die bislang bei der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) lagen. Wie bisher wird eine hochwertige Abschlussprüferaufsicht auch künftig das Vertrauen in den Berufsstand der Wirtschaftsprüfer und in die geprüften Unternehmen stärken.



Mit Wirkung vom 17. Juni 2016 wurde die deutsche Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften maßgeblich reformiert: Die neue Abschlussprüferaufsichtsstelle beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (APAS) hat ihre Arbeit als Aufsicht über die Abschlussprüfer aufgenommen. Sie wird künftig berufsaufsichtliche Untersuchungen bei Prüferpraxen durchführen, die Jahresabschlüsse von „Unternehmen von öffentlichem Interesse“ erstellen. Darüber hinaus wird sie als weitere wichtige Aufgabe die fachbezogene Aufsicht über die Wirtschaftsprüferkammer (WPK) führen und Deutschland in der europäischen sowie internationalen Zusammenarbeit der Prüferaufsichten vertreten.

Unternehmen von öffentlichem Interesse

(englisch: public interest entities – PIE) sind z.B. Banken, Versicherungen und börsennotierte Unternehmen.

Damit übernimmt die APAS die Aufgaben, die seit 2005 von der Abschlussprüferaufsichtskommission (APAK) wahrgenommen worden waren. Die APAK war ein vom Berufsstand unabhängiges Gremium mit bis zu zehn ehrenamtlichen Mitgliedern. Sie hatte keine eigene Rechtspersönlichkeit

und wurde als „nicht rechtsfähige Personengemeinschaft eigener Art“ (sui generis) qualifiziert. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, bediente sie sich der Mitarbeiter der WPK, über die sie ein Weisungs- und Direktionsrecht hatte. Aufgrund der fehlenden Rechtspersönlichkeit der APAK wurden Verwaltungsakte im Rahmen der Berufsaufsicht von der WPK erlassen und die WPK war auch Partei in etwaigen Rechtsstreitigkeiten.

Trotz des im Ergebnis sehr gut funktionierenden Aufsichtsystems über die Abschlussprüfer machten die Vorgaben der EU-Abschlussprüferreform vom Juni 2014 einen Systemwechsel notwendig, da Struktur, Aufbau und rechtlicher Status der APAK den neuen EU-Vorgaben nicht mehr entsprachen.

EU-Reform der Abschlussprüfung

Zum 16. Juni 2014 traten die überarbeitete EU-Abschlussprüferrichtlinie und die EU-Verordnung zur Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse in Kraft.¹

Ziel der Reform war es, nach den Erfahrungen der Finanzkrise die Qualität der Abschlussprüfungen europaweit zu verbessern und die Aussagekraft der Prüfungsergebnisse zu erhöhen. In den Erwägungsgründen der Verordnung betonten das Europäische Parlament und der Rat, wie wichtig die gute Prüfungsqualität der Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften für das Funktionieren der Märkte ist, und unterstrichen die besondere gesellschaftliche Funktion der Abschlussprüfer.

Die EU-Reform sieht im Kern strengere Anforderungen an die Abschlussprüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse vor.² Als weiteren wichtigen Baustein enthält die EU-Reform die Vorgabe an die Mitgliedstaaten, eine vom Berufsstand unabhängige Behörde vorzusehen, die die Aufsicht über die Abschlussprüfer ausübt. Diese soll insbesondere über eigene Mitarbeiter verfügen und im Rahmen der Berufsaufsicht selbst Maßnahmen ergreifen können.

Da die APAK die geforderten Rahmenbedingungen aufgrund ihrer Rechtsstruktur nicht erfüllte, musste die deutsche Aufsicht über die Abschlussprüfer infolge der EU-Reform umfassend umstrukturiert werden.



Die Mitgliedstaaten hatten zwei Jahre – bis zum 17. Juni 2016 – Zeit, die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen sowie die notwendigen Durchführungsvorschriften und Anpassungen an die Verordnung vorzunehmen. In Deutschland geschah dies durch das Abschlussprüferreformgesetz (AReG) vom 10. Mai 2016, in dem die Vorgaben zur inhaltlichen Ausgestaltung der Abschlussprüfung, vor allem im Handelsgesetzbuch, unter Federführung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz umgesetzt wurden. Die Neuerungen im Bereich des Berufsrechts und der Berufsaufsicht wurden unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) durch das Abschlussprüferaufsichtreformgesetz vom 31. März 2016 (APAReG) in nationales Recht übertragen. Mit dem darin enthaltenen APAS-Einrichtungsgesetz erhält die Aufsicht über die Abschlussprüfer in Deutschland ihre grundlegend neue Form.

Abschlussprüfung

Die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses von Unternehmen. Sie ist im Wesentlichen im Handelsgesetzbuch (HGB) geregelt. In Deutschland darf die Prüfung nur von Wirtschaftsprüfern und – eingeschränkt – vereidigten Buchprüfern durchgeführt werden. Die berufsrechtlichen Vorgaben für Wirtschafts- und vereidigte Buchprüfer sowie zur Organisation der Berufsaufsicht ergeben sich aus der Wirtschaftsprüferordnung (WPO).

1 Richtlinie (EU) Nr. 2014/56, ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 196 und Verordnung (EU) Nr. 537/2014, ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 77.

2 Vgl. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe Juni 2014, zur EU-Abschlussprüferreform.



Aufgaben der APAS

Die APAS übernimmt neben den bisherigen Aufgaben der APAK auch neue Aufgaben³ und solche, die bislang bei der WPK lagen.

Anlassbezogene Berufsaufsicht und Inspektionen

Die APAS ist künftig allein zuständig für berufsaufsichtliche Verfahren bei Prüfern von Unternehmen von öffentlichem Interesse. Sie wird demnach sowohl anlassbezogen als auch anlassunabhängig bei Prüfern von Unternehmen von öffentlichem Interesse ermitteln und diesen gegebenenfalls präventive oder repressive Maßnahmen einschließlich Rügen und Geldbußen auferlegen.

Schwerpunkte der Tätigkeit der APAS sind, wie bislang bei der APAK, turnusmäßige, anlassunabhängige Überprüfungen bei Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften von Unternehmen von öffentlichem Interesse. Für diese Inspektionen gilt: Je risikoreicher die von den Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften geprüften Jahresabschlüsse von Unternehmen sind, desto häufiger werden die Prüfer selbst von der APAS in den Blick genommen.

Grundsätzlich erfolgt eine Inspektion durch die APAS alle drei Jahre, bei Prüfern kleiner und mittelgroßer Unternehmen alle sechs Jahre. Führen Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften besonders viele Inspektionen bei großen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch, kann der Turnus jedoch auch kürzer ausfallen (so zum Beispiel bei den so genannten „Big Four“, den großen Prüfer-Netzwerken PricewaterhouseCoopers, KPMG, Ernst & Young und Deloitte). Der Inspektionsturnus entspricht damit den best practices anderer internationaler Prüferaufsichten.

Daneben wird die APAS auch gemeinschaftlich durchgeführte Inspektionen insbesondere mit der Aufsicht in den Vereinigten Staaten, PCAOB, und die internationale Zusammenarbeit in Bezug auf die großen Prüfer-Netzwerke (insbesondere den „Big Four“) fortsetzen.

Internationale Arbeit

Aufgrund der Reform ändert sich künftig auch der Rahmen der internationalen Gremienzusammenarbeit: An die Stelle der bisherigen Expertengruppe der Europäischen Kommission EGAOB tritt der neu ins Leben gerufene Ausschuss der europäischen Aufsichtsstellen (CEAOB). Die Bundesregie-

³ Z.B. die Marktüberwachung nach Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 oder die Überwachung der Einhaltung der Rotationsfristen nach Artikel 17 der Verordnung.

zung hat sich im Rahmen der Ratsverhandlungen in Brüssel gemeinsam mit der APAK und einigen anderen Mitgliedstaaten intensiv und erfolgreich für diese Form der Kooperation und damit gegen eine Konzentration von Aufsichtsaufgaben bei der Europäischen Finanzmarktaufsicht ESMA eingesetzt. Der Erfolg des CEAOB ist daher ein besonderes Anliegen der APAS wie auch der Bundesregierung. Die Leitung wie die Mitarbeiter der APAS werden sich aktiv einbringen und die Entwicklung einer starken Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union, aber auch im weltweiten Kontext, maßgeblich unterstützen.

Fachaufsicht über die WPK

Neben diesen umfangreichen Aufgaben obliegt der APAS die Fachaufsicht über die WPK. Denn in dem auch künftig geteilten Aufsichtssystem bleibt die WPK weiter operativ zuständig für Prüfgesellschaften, die Unternehmen prüfen, die nicht in die Kategorie der „Unternehmen von öffentlichem Interesse“ fallen. Auch in diesem Bereich gelten durch die EU-Reform strengere Anforderungen an die Qualität der Abschlussprüfung, die interne Qualitätssicherung der Prüferpraxen sowie die Aufsicht darüber. Dennoch soll an der bewährten „Peer-Kontrolle“ festgehalten werden, bei dem die Abschlussprüferpraxen von Berufskollegen („Peers“) auf die Einhaltung der Vorgaben geprüft werden. Die Kommission für Qualitätskontrolle bei der WPK (und mittelbar die sie beaufsichtigende APAS) muss durch ihre Aufsicht die Auswahl gut ausgebildeter und erfahrener Peers und eine qualitativ hochwertige, aber auch verhältnismäßige Qualitätskontrolle gewährleisten. Eine Herausforderung dieses gemischten Systems unter weitestmöglichem Erhalt der Selbstverwaltung des Berufsstands liegt in der zuständigkeitsgenauen Abgrenzung der jeweiligen Aufgaben. Dazu gehört auch die Entwicklung eines neuen Berichtswesens sowohl für die Qualitätskontrolle als auch die Inspektionen.

Ausgestaltung der APAS

Das APAS-Einrichtungsgesetz sieht vor, dass die Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), einer Behörde im Geschäftsbereich des BMWi, eingerichtet wird. Der Gesetzgeber hat damit bewusst das schlanke Modell einer „Behörde in der Behörde“ gewählt. Organisatorisch, personalrechtlich und haushalterisch ist die APAS in das BAFA eingebunden. Fachlich ist sie aber unabhängig. Die APAS erledigt ihre durch die Wirtschaftsprüferordnung (WPO) und andere Gesetze zugewiesenen Aufgaben auf dem Gebiet der Abschlussprü-



fung in eigener Zuständigkeit und untersteht insoweit ausschließlich der Rechtsaufsicht durch das BMWi.

Darüber hinaus regelt das APAS-Einrichtungsgesetz Aufbau und Leitung der Behörde, die Art und Weise der Beschlussfassung und ihre Finanzierung. Insbesondere an die Leitungsebene der APAS werden strenge Anforderungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Qualifikation formuliert. Die Vorgaben des Gesetzes werden in der durch das BMWi erlassenen Geschäftsordnung der APAS weiter ausgestaltet. Die wichtigsten Charakteristika der neuen Behörde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Organisation und Aufbau

Die APAS hat ihren Hauptsitz in Berlin und zwei weitere Standorte in Düsseldorf und Eschborn (bei Frankfurt/Main). Sie ist als eigenständige Abteilung im BAFA eingerichtet und besteht aus zwei Unterabteilungen. Um die Unabhängigkeit vom Berufsstand zu gewährleisten, wird die APAS von Nichtberufsausübenden geleitet. Als Nichtberufsausübende gelten dabei solche Personen, die während der letzten drei Jahre vor ihrer Beauftragung keine Abschlussprüfungen durchgeführt haben, keine Stimmrechte in einer Prüfungsgesellschaft gehalten haben, nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans einer Prüfungsgesellschaft gewesen sind und nicht bei einer Prüfungsgesellschaft angestellt oder in sonstiger Weise mit dieser verbunden gewesen sind. Die Leitung der APAS wurde in einem unabhängigen und transparenten Verfahren ausgewählt und besteht aus dem Abteilungsleiter 6 des BAFA als Leiter der Behörde sowie den zwei Unterabteilungsleitern.

Personal

Eine Herausforderung bei der Errichtung der neuen Aufsichtsbehörde bestand darin, Kontinuität und Qualität der bisherigen berufsstandsunabhängigen Aufsicht zu sichern. Daher sieht das APAS-Einrichtungsgesetz Vorschriften vor, mit denen eine weitestmögliche Übernahme des Personals der ehemaligen APAK durch gesetzlichen Personalübergang gesichert werden konnte. Die meisten der ehemaligen Mitarbeiter der APAK sowie einige Mitarbeiter der WPK-Berufsaufsicht konnten auf diese Weise auf die APAS „übergeleitet“ werden – und mit ihnen ihre Expertise und Erfahrung. Neuer Dienstvorgesetzter der bei der APAS angestellten Mitarbeiter ist der Präsident des BAFA.

Entscheidungen der APAS

Die APAS trifft ihre Entscheidungen in gerichtsähnlich aufgebauten Beschlusskammern, wie sie auch bei der Bundesnetzagentur oder dem Bundeskartellamt zu finden sind. Die Beschlusskammern bestehen aus fünf Mitgliedern, wobei es einen Vorsitzenden gibt und mindestens zwei Mitglieder die Befähigung zum Richteramt haben. Auch an die Mitglieder der Beschlusskammern werden strenge Anforderungen hinsichtlich ihrer Integrität gestellt. Sie unterliegen nicht nur Verschwiegenheits-, sondern auch Unabhängigkeitsanforderungen. Dadurch wird sichergestellt, dass sie an keiner Entscheidung mitwirken, bei denen Grund zur Annahme besteht, sie könnten befangen sein. Der Ständige Ausschuss der Beschlusskammern entscheidet unter anderem über Widersprüche und Einsprüche.

Fachbeirat

Als beratendes Organ wird bei der APAS ein Fachbeirat gebildet. Er besteht aus drei bis fünf Mitgliedern. Diese werden durch das BMWi für die Dauer von vier Jahren bestellt, wobei je ein Mitglied vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) bzw. vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) benannt wird. Der Fachbeirat kann die APAS nicht nur bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beraten, sondern auch Empfehlungen zur allgemeinen Weiterentwicklung der Aufsichtspraxis einbringen. Auch an die Qualifikation und Unabhängigkeit der Fachbeiratsmitglieder werden hohe Anforderungen gestellt.

Finanzierung/Gebühren

Eine große Neuerung stellt die Finanzierung der APAS dar: Diese erfolgt jetzt über den Bundeshaushalt und kostendeckende Gebühren. Gebühren werden insbesondere für die Durchführung der Inspektionen und für die Verhängung berufsaufsichtlicher Maßnahmen bei Abschlussprüfern von Unternehmen von öffentlichem Interesse erhoben. Die Fachaufsicht über die WPK ist vollständig steuerfinanziert. Das bisherige System, wonach die APAK über eine Kostentragungspflicht der WPK mittelbar vom Berufsstand finanziert wurde, konnte aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht aufrechterhalten bleiben, denn die Aufsicht wird aufgrund der oben geschilderten EU-Vorgaben künftig als Staatsaufgabe von einer eigenständigen Behörde ausgeführt. Der Systemwechsel in puncto Finanzierung wird für die meisten Prüfer voraussichtlich nicht mit einer Mehrbelastung sondern einer Entlastung verbunden sein, weil im Gegenzug die bisher an die WPK gezahlten Sonderbeiträge entfallen und die allgemeinen Kammerbeiträge voraussichtlich entsprechend der Aufgabenübertragung abgesenkt werden können. Einzelheiten regelt eine vom BMWi erlassene Gebührenverordnung der APAS.

Ausblick

Eine hochwertige Abschlussprüferaufsicht ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland von zentraler Bedeutung. Sie sorgt nicht nur für Vertrauen in den Berufsstand, sondern auch für Vertrauen in die geprüften Unternehmen und damit in die deutsche Wirtschaft.

Die APAS geht mit einer hervorragend qualifizierten Leitung und hochmotivierten Mitarbeitern an den Start. Es ist daher davon auszugehen, dass das neue Kapitel der Aufsicht über die Abschlussprüfer in Deutschland ebenso erfolgreich sein wird wie das zurückliegende. Gemeinsames Ziel aller Beteiligten ist es, dass die Abschlussprüferaufsicht auch künftig auf höchstem und international anerkanntem Niveau erfolgt.

Kontakt: Dr. Alexander Lücke, Dr. Friederike Schwarzberg
Referat: Freie Berufe, Gewerberecht

Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung

7. Dialogveranstaltung in Berlin

Garantien für Exportkredite, Investitionen und Ungebundene Finanzkredite sind seit Jahrzehnten ein bewährtes Instrument zur Stärkung der deutschen Außenwirtschaft. Allein im vergangenen Jahr sicherte die Bundesregierung Ausfuhren in Höhe von rund 25,8 Milliarden Euro mit Exportkreditgarantien ab. Das Volumen der Investitionsgarantien belief sich 2015 auf 2,6 Milliarden Euro, das Volumen Ungebundener Finanzkredite betrug 96 Millionen Euro. Um den Erfolg der Außenwirtschaftsförderung dauerhaft zu gewährleisten, werden die Förderinstrumente regelmäßig an die sich wandelnden Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst.



Am 21. Juni 2016 trafen sich auf Einladung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mehr als 280 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden zu einer Dialogveranstaltung in Berlin, um über die Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zu diskutieren. Die Veranstaltung „Im Dialog mit der Wirtschaft – Garantien der Bundesrepublik Deutschland für Exportkredite, Investitionen und Ungebundene Finanzkredite“ findet alle zwei Jahre statt und hat sich inzwischen zu einer zukunftsweisenden Ideenplattform entwickelt. In seiner Eröffnungsrede betonte Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, den besonderen Beitrag der Garantieinstrumente zum Wachstum des deutschen Exports.

Bundesregierung übernimmt wieder Garantien für Exportkredite, Investitionen und Ungebundene Finanzkredite für den Iran

Aus aktuellem Anlass fand der Workshop „Neue Märkte – Länderfokus Iran“ bei den Teilnehmern besonders großes Interesse und entwickelte sich zum zentralen Thema des Konferenztages. Einen Tag vor der Dialogveranstaltung hatte der Iran vereinbarungsgemäß Altschulden gegenüber der Bundesrepublik Deutschland aus hermesgedeckten Geschäften beglichen und damit die Voraussetzung geschaffen, dass Lieferungen und Leistungen in den Iran künftig wieder mit staatlichen Exportkreditgarantien abgesichert werden können. Nach der Teilaufhebung der Sanktionen stehen nun zusammen mit den Investitionsgarantien und den Garantien für Ungebundene Finanzkredite wieder alle Absicherungsinstrumente des Bundes zur Verfügung. Bundeswirtschaftsminister Gabriel bezeichnete dies als einen wichtigen Schritt, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederzubeleben.



Marktgerechte Weiterentwicklung der Förderinstrumente

Damit die Garantieinstrumente die deutsche Exportwirtschaft und die sie finanzierenden Banken auch zukünftig effektiv unterstützen können, müssen sie den sich wandelnden wirtschaftlichen, politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Hier seien in der jüngeren Vergangenheit Fortschritte erzielt worden, so der Parlamentarische Staatssekretär Beckmeyer. Als Beispiele für eine kontinuierliche und sachgerechte Weiterentwicklung der Garantien im Interesse der deutschen Exportindustrie nannte er unter anderem die Erweiterung der Deckungsmöglichkeiten für ausgewählte Länder Subsahara-Afrikas, die Erleichterungen bei der Absicherung von Geschäften mit einem hohen ausländischen Warenanteil durch das Voranfrageverfahren und die Einigung auf das OECD-Sektorabkommen im Bereich Kohlekraftwerke. Er wies auch auf die Entscheidung der Bundesregierung hin, künftig Investitionsgarantien auf Basis der neuen Verträge mit Investitionsschutz der EU und der EU-Mitgliedstaaten zu übernehmen, da diese deutschen Investoren einen ähnlich hohen Schutz wie die bilateralen Investitionsschutzverträge der Bundesrepublik Deutschland bieten. Darüber hinaus erwähnte er die Entwicklung von Exportkreditvorgaben mit Nicht-OECD-Partnern in der International Working Group on Export Credits, die vom 6. bis 8. Juli erstmals in Berlin tagte. Dabei ging es darum, durch international einheitliche Standards und faire Wettbewerbsbedingungen unter den Exportkreditagenturen einen Wettlauf um die besten Konditionen zu vermeiden und ein Level Playing Field zu schaffen.

Banken spielen für die Exportwirtschaft eine wichtige Rolle

Der Parlamentarische Staatssekretär wies auch auf die zentrale Bedeutung der Banken für die Exportwirtschaft hin. Damit der Bund Exportgeschäfte durch seine Garantieinstrumente absichern kann, müssen Banken zur Finanzierung dieser Geschäfte zur Verfügung stehen. Besonders herausfordernd ist dies aktuell für Exportgeschäfte mit dem Iran sowie generell für kleinvolumige Exportgeschäfte. Mit den Herausforderungen von Finanzierungs- und Forfaitierungsmöglichkeiten im Bereich der so genannten Small Tickets (Geschäfte mit einem Auftragswert bis fünf Millionen Euro) befasste sich daher auch ein eigener Workshop. Hier wurde erörtert, mit welchen Maßnahmen die Finanzierung kleinvolumiger Geschäfte verbessert werden kann. Da Exportkreditgarantien insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärken sollen, ist diese Frage für die Wirksamkeit von Exportkreditgarantien von großer Bedeutung.

Neues Diskussionsformat – „Speeddating“

Neben den Workshops fand im Rahmen der Dialogveranstaltung erstmals ein Speeddating statt. Beim Speeddating diskutierten die Teilnehmer mit Experten in kleiner Runde zu wechselnden Themen, wie zum Beispiel Nachhaltigkeit, Schadensregulierung und Komplexitätsreduktion. Es entwickelte sich ein intensiver und informativer Schlagabtausch und Meinungsaustausch zwischen Exportindustrie, Banken, Bund und Mandataren. Fazit: „Im Dialog mit der Wirtschaft“ – die Veranstaltung trägt diesen Titel zu Recht.



Die sechs Workshops im Überblick

In sechs Workshops diskutierten die Teilnehmer über Exportkredit- und Investitions Garantien sowie Ungebundene Finanzkredite. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte zu den Themen

- ▶ Exportkreditgarantien: Herausforderungen im internationalen Kontext
- ▶ Small Tickets – ist das Deckungsangebot für den Mittelstand ausreichend?
- ▶ Investitions Garantien – wirksame Risikoabsicherung in einem sich wandelnden Umfeld
- ▶ Neue Märkte – Länderfokus Iran
- ▶ UFK-Garantien im Umfeld der aktuellen Rohstoffmärkte
- ▶ Speeddating@Dialogveranstaltung

finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter www.bmwi.de/go/exportdialog2016.

Kontakt: Dr. Christoph Herfarth
 Referat: Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung
 und Dr. Ursina Krumpholz
 Referat: Auslandsinvestitionen – Nationale Kontaktstelle
 OECD-Leitsätze

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Langsame Erholung.

Die Weltwirtschaft wächst derzeit mit schwacher Dynamik. Im laufenden Jahr dürfte das globale Wachstum kaum höher ausfallen als im Vorjahr. Die OECD geht in ihrer Prognose vom Juni von einem Anstieg des globalen BIP von 3,0% in diesem Jahr und 3,3% im nächsten Jahr aus. Die abgesenkte Wachstumserwartung wird unter anderem mit einer verschlechterten Konjunkturperspektive der Industriestaaten begründet. Die infolge des Brexit-Votums entstandenen Unsicherheiten dürften die Aussichten weiter dämpfen.

Das Wachstumstempo in den Vereinigten Staaten hatte sich zuletzt verlangsamt. Gegenwärtig deuten die Indikatoren jedoch wieder auf ein anziehendes Wachstum im zweiten Quartal hin. Die Wirtschaft im Euroraum entwickelt sich weiter moderat. Zwar hat das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal deutlich zugenommen, im laufenden Quartal dürfte die Entwicklung aber etwas ruhiger ausfallen. Für Japan sind trotz des positiven ersten Quartals 2016 die Wachstumserwartungen weiterhin gedämpft.

Unter den Schwellenländern verzeichnet China zwar weiter ein deutliches Wachstum, seine Dynamik schwächt sich aber tendenziell ab. Dies beeinträchtigt den Welthandel und die chinesischen Handelspartner vor allem in Asien.

Für Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien wirken die niedrigen Rohöl- und Rohstoffpreisen weiterhin wachstumshemmend.

Die monatlichen Indikatoren zur Lage der Weltwirtschaft deuten weiter nur auf ein moderates Wachstum hin. Im April ist die weltweite Industrieproduktion leicht angestiegen. Der weltweite Composite Einkaufsmanagerindex von Markit blieb im Juni unverändert, befindet sich aber noch immer leicht über seiner Wachstumsschwelle. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima verbesserte sich im zweiten Quartal. Im Gesamtbild deuten die Indikatoren und die Prognosen auf eine leichte Expansion der Weltwirtschaft hin.

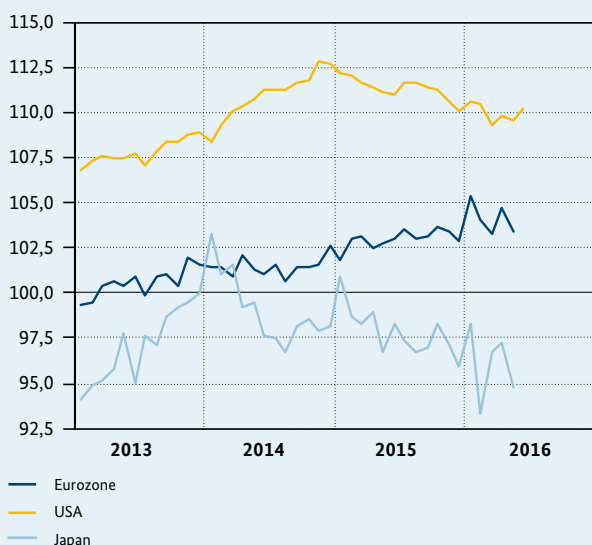
USA: Gewisse Aufhellung.

Das an sich robuste Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten hat sich im ersten Quartal weiter verlangsamt. Die sinkenden Investitionen der Ölförderer und ihrer Zulieferer sowie die schwache Exportentwicklung aufgrund des starken Dollars hemmen das Wachstum.

Die Industrieproduktion hat sich im Mai um 0,7% gegenüber dem Vormonat verringert. Auch die Aufträge für die Industrie fielen im Mai und befinden sich weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Die Frühindikatoren senden jedoch insgesamt ein leicht positives Bild für die weitere Entwicklung. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe hat sich im Mai und im Juni erhöht. Der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen stieg im Juni ebenfalls leicht.

Auch die Beschäftigungsentwicklung erhöhte sich im Juni unerwartet deutlich. Die Arbeitslosigkeit stieg jedoch etwas an. In der Gesamtbetrachtung erwartet das Modell der FED in Atlanta für das zweite Quartal aktuell ein annualisiertes Wachstum der amerikanischen Wirtschaft von 2,3%. Damit wäre das annualisierte Wachstum doppelt so hoch wie das des ersten Quartals dieses Jahres. Insgesamt erwartet die OECD in ihrer Prognose vom Juni eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,8% in diesem Jahr und 2,2% im kommenden Jahr.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1
Euroraum	0,6	0,4	0,3	0,4	0,6
USA	0,2	1,0	0,5	0,3	0,3
Japan	1,3	-0,4	0,4	-0,4	0,5

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Feb.	März	April	Mai	Juni
Euroraum	10,3	10,2	10,2	10,1	-
USA	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9
Japan	3,3	3,2	3,2	3,2	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Feb.	März	April	Mai	Juni
Euroraum	-0,2	0,0	-0,2	-0,1	0,1
USA	1,0	0,9	1,1	1,0	1,0
Japan	0,3	0,0	-0,3	-0,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

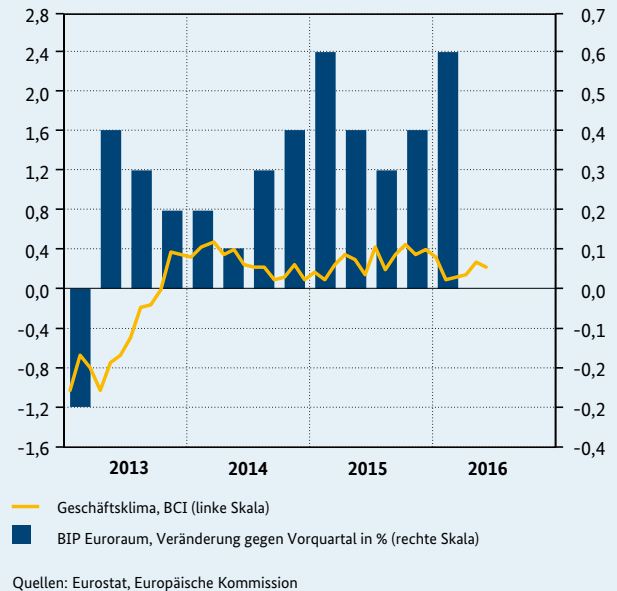
Japan: Schwaches Wachstum.

Im ersten Quartal 2016 nahm das japanische BIP etwas überraschend um 0,5% gegenüber dem Vorquartal zu. Neben dem privaten Konsum waren hierfür die Konsumausgaben des Staates und steigende Exporte ausschlaggebend. Angesichts des deutlichen Rückgangs des BIP im vierten Quartal 2015 zeichnet sich insgesamt kein nachhaltiges Wachstum ab.

Die Industrieproduktion schwächte sich im Mai ab. Ihr Anstieg der letzten zwei Monate setzte sich somit nicht fort. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe konnte dagegen im Juni erstmals im laufenden Jahr einen Zuwachs verzeichnen. Er befindet sich jedoch weiterhin unter seiner Wachstumsschwelle. Auch der viel beachtete Tankan-Index ging im zweiten Quartal etwas zurück. Die japanische Industrie leidet unter der schwachen Nachfrage aus China. So sind die Exporte auch im Mai weiter rückläufig.

Um das Wachstum zu stützen, hat die japanische Regierung die geplante Mehrwertsteuererhöhung in das Jahr 2019 verschoben. In der aktuellen Prognose vom Juni geht die OECD von einem Wirtschaftswachstum von 0,7% für das Jahr 2016 und 0,4% im Jahr 2017 aus.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Moderate Aussichten.

Die wirtschaftlichen Perspektiven im Euroraum sind seit dem Brexit-Votum von größeren Unsicherheiten behaftet. Vor dem britischen Referendum war der moderate Wachstumspfad intakt. So hat sich die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum im ersten Quartal recht deutlich um 0,6% beschleunigt.

Die Industrieproduktion hat im Mai deutlich abgenommen. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission fiel im Juni ebenfalls leicht. Der Einkaufsmanagerindex von Markt blieb gegenüber dem Vormonat unverändert und signalisiert weiterhin ein moderates Wachstum. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist im Mai auf 10,1% zurückgegangen.

Die OECD erwartete in ihrer Prognose vom Juni eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts für das Eurogebiet in Höhe von 1,6% im Jahr 2016. Für das Jahr 2017 wurde eine leichte Beschleunigung auf 1,7% erwartet. Allerdings korrigierten nach dem britischen Referendum internationale Bankvolkswirte ihre Prognosen für das nächste Jahr deutlich nach unten. Begründet wird dies mit der befürchteten wirtschaftlichen Abschwächung im Vereinigten Königreich, die auf den Euroraum ausstrahlt. Allerdings sind die wirtschaftlichen Effekte des Brexits derzeit schwerlich abzuschätzen.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

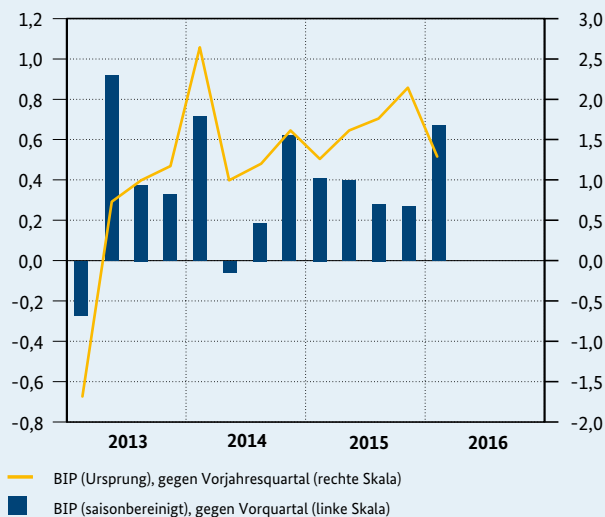
1. Gesamtwirtschaft

Eine schwache Frühjahrsbelebung folgt auf das starke erste Quartal.

Die Dynamik der deutschen Wirtschaft hat sich abgeschwächt.¹ Nach dem sehr starken Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal um 0,7%² war dies zu erwarten. So war die Frühjahrsbelebung im Baugewerbe nach dem produktionsintensiven milden Winter weniger ausgeprägt als üblich. Die Industrieproduktion war Mitte des zweiten Quartals saisonbereinigt geringer als im Durchschnitt des ersten Quartals, wobei allerdings auch Brückentageeffekte zu Buche schlugen. Die Beschäftigung nahm insbesondere in den Dienstleistungsbereichen weiter zu, in einigen Bereichen allerdings langsamer als zuvor. Auf der Nachfrageseite entwickelten sich die Ausfuhren weiter überraschend dynamisch. Die privaten Konsumausgaben scheinen demgegenüber eine ruhigere Gangart eingeschlagen zu haben. Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft hat sich aber seit dem Frühjahr insbesondere hinsichtlich der Geschäftserwartungen merklich aufgehellt.

Bruttoinlandsprodukt

(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion schwächte sich Mitte des zweiten Quartals ab. Hierfür war die überdurchschnittliche Zahl an Brückentagen mit verantwortlich.

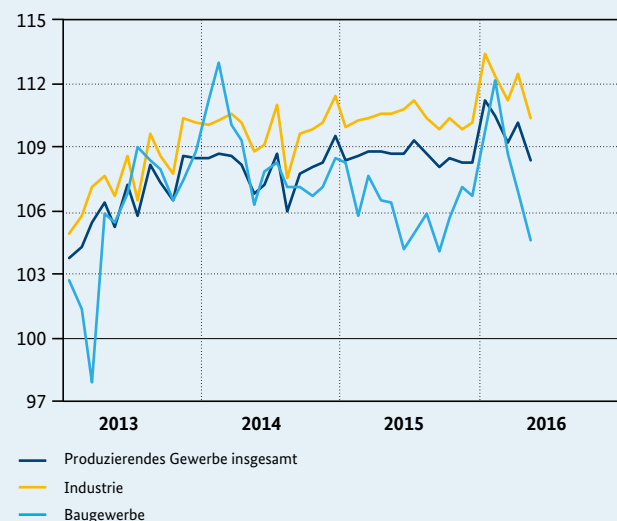
Die gute Baukonjunktur wird derzeit durch witterungsbedingte Sondereffekte verdeckt.

Das Produzierende Gewerbe entwickelte sich im Mai 2016 schwächer. Die Produktion nahm gegenüber dem Vormonat um 1,3% ab. Auch im Dreimonatsdurchschnitt wurde die Erzeugung im Vergleich zur Vorperiode eingeschränkt. Im Teilbereich der Industrie wurde das Produktionsvolumen im Mai mit -1,8% sogar noch kräftiger zurückgefahren. Im Baugewerbe wurde saisonbereinigt nochmals weniger produziert als im Vormonat (-0,9%). Die Energieerzeugung wurde demgegenüber um 3,9% ausgeweitet.

Zur schwachen Industrieproduktion hat allerdings die überdurchschnittliche Zahl an Brückentagen beigetragen. Die hierdurch ausgelösten vorübergehenden Produktions-

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

- 1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juli 2016 vorlagen.
- 2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

einbußen werden bei der Saisonbereinigung nicht gesondert berücksichtigt. Aber auch die weniger durch Sonderinflüsse beeinflussten Zwei- und Dreimonatsvergleiche deuten auf eine tendenziell leicht rückläufige Industrieproduktion hin (Stand Mai: -0,4% bzw. -0,5%). Das Niveau des ersten Quartals wurde dadurch saisonbereinigt unterschritten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Produktionsniveau des ersten Quartals durch Produktionsverlagerungen aus dem Dezember wegen der Lage der Weihnachtsfeiertage überzeichnet war.

Innerhalb der Industrie wurde im Mai insbesondere die Herstellung von Investitionsgütern eingeschränkt (-3,9%). Die Vorleistungs- und Konsumgüterproduktion entwickelte sich mehr oder weniger stabil (-0,3 bzw. +0,5%).

Industrie

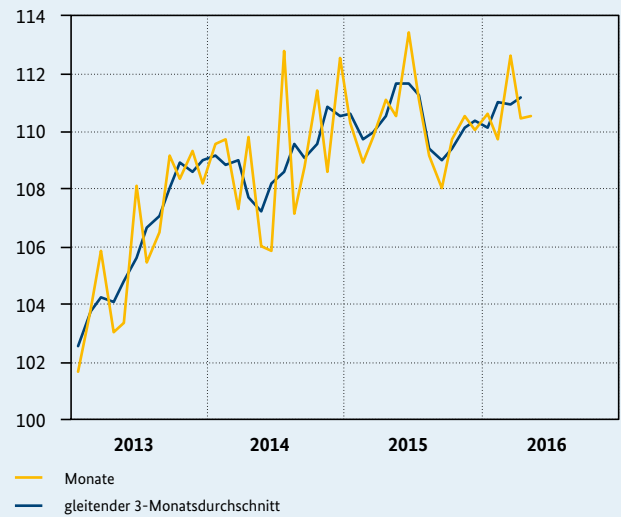
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q4	Q1	März	April	Mai
Produktion					
Insgesamt	-0,4	2,1	-1,0	1,0	-1,8
Vorleistungsgüter	0,2	1,4	-1,3	0,4	-0,3
Investitionsgüter	-0,5	2,6	-1,2	1,9	-3,9
Konsumgüter	-1,2	1,7	0,0	0,2	0,5
Umsätze					
Insgesamt	0,2	1,0	-0,7	0,9	-0,8
Inland	0,3	1,2	-1,0	0,3	-0,9
Ausland	0,1	0,8	-0,4	1,6	-0,8
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,6	0,8	2,6	-1,9	0,0
Inland	1,1	-0,8	0,3	1,6	-1,9
Ausland	0,2	2,1	4,4	-4,3	1,4
Vorleistungsgüter	2,5	-1,8	-1,2	4,5	-2,9
Investitionsgüter	-0,9	2,3	5,2	-5,6	1,9
Konsumgüter	4,0	1,7	2,2	-1,2	-0,4

Quellen: StBA, BBk

Wie die Industrieproduktion sind die Industrieumsätze am aktuellen Rand ebenfalls zurückgegangen (Mai: -0,8%). Auch im Dreimonatsvergleich sind sie leicht rückläufig (-0,3%). Im Mai sanken die Umsätze aus dem Inland und aus dem Ausland. Insbesondere Investitionsgüterhersteller verzeichneten im Inland Umsatzeinbußen. Dagegen konnten die Konsumgüterproduzenten im Inland ihre Umsätze steigern.

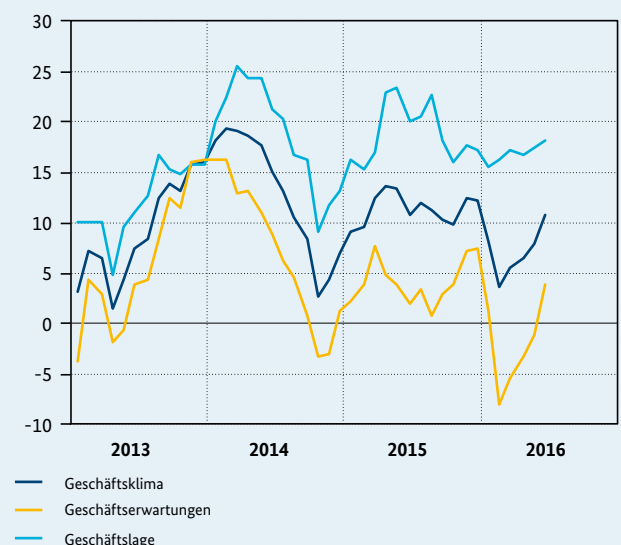
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge in der Industrie entwickeln sich gegenwärtig schleppend. Im Mai blieben sie gegenüber dem Vormonat insgesamt konstant. Im Dreimonatsdurchschnitt zeigt sich jedoch eine Aufwärtstendenz (+1,0%). Die Zahl der Großaufträge fiel unterdurchschnittlich aus. Ohne Berücksichtigung der schwankungsanfälligen Großaufträge ergibt sich für die Bestellungen im Mai eine leichte Aufwärtsbe-

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

wegung. Die Inlandsaufträge gingen im Mai zurück (-1,9%), während aus dem Ausland mehr nachgefragt wurde (+1,4%). In geografischer Betrachtung sind die Entwicklungen ebenfalls heterogen. Die Bestellungen aus dem Euroraum sind deutlich aufwärtsgerichtet und auch die inländische Nachfrage steigt tendenziell. Die Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum entwickeln sich demgegenüber derzeit eher schwach. Über drei Monate betrachtet stehen einem Aufwärtstrend bei den Aufträgen für Vorleistungs- und Investitionsgüter Abwärtstendenzen bei Konsumgütern gegenüber. Der Auftragsbestand war im Mai mit einer Jahresrate von 3,4% etwas niedriger als im Vormonat. Die Reichweite der Aufträge blieb mit 5,0 Monaten stabil.

Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich im Juni zum vierten Mal in Folge leicht. Damit wurde der Dämpfer vom Jahresbeginn kontinuierlich überwunden. Dies gilt gleichermaßen für die Einschätzungen der Lage und der Erwartungen. Die Kapazitäten waren im zweiten Vierteljahr laut ifo-Befragung dagegen etwas weniger gut ausgelastet als im Vorquartal. Insgesamt deuten die Stimmungsindikatoren auf eine moderate Industriekonjunktur im weiteren Verlauf hin.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	1,5	3,5	-3,0	-1,7	-2,2
Bauhauptgewerbe	3,5	1,4	-5,1	-3,6	-0,4
Ausbaugewerbe	-0,7	5,9	-0,6	0,4	-4,1

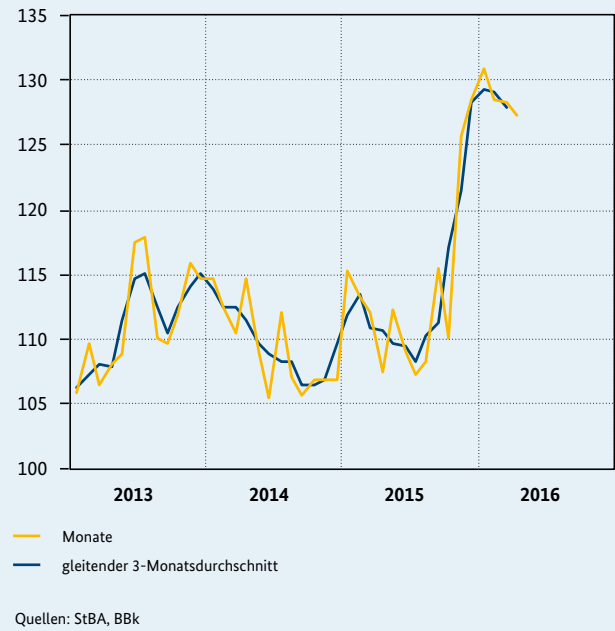
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	Feb.	März	April
Insgesamt	10,2	6,4	-1,8	-0,2	-0,8
Hochbau	6,0	4,9	-1,8	0,4	0,7
Wohnungsbau*	-2,2	13,7	-3,7	6,7	-10,1
Gewerblicher*	11,2	-1,2	2,3	-2,3	9,1
Öffentlicher*	15,6	1,0	-9,2	-10,1	9,3
Tiefbau	15,1	8,0	-1,6	-1,1	-2,4
Straßenbau*	2,0	25,2	-1,6	-17,8	4,0
Gewerblicher*	14,5	-1,1	-14,4	15,9	-0,6
Öffentlicher*	35,3	-0,2	16,0	5,7	-11,6
Öffentlicher Bau insg.	15,5	10,9	2,4	-8,5	-1,3

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Nach deutlichen Anstiegen zu Jahresanfang ging die Produktion im Baugewerbe saisonbereinigt den dritten Monat in Folge, wenn auch deutlich weniger stark, zurück. Neben dem bereits erwähnten Brückentageeffekt dürfte hierbei nach wie vor eine Rolle spielen, dass im vergangenen milden Winter ein Teil der Produktion vorgezogen wurde. Die Frühjahrsbelebung fällt daher weniger stark aus als üblich.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe waren im April in saisonbereinigter Betrachtung zum dritten Mal in Folge rückläufig. Damit sind diese jetzt auch im Dreimonatsvergleich leicht abwärtsgerichtet (-0,2%). Der Rückgang im April war erneut auf weniger Aufträge im Tiefbau zurückzuführen. Nach deutlichen Zuwächsen im ersten Quartal wurden im Wohnungsbau zu Beginn des zweiten Vierteljahres weniger Aufträge vergeben. Gleiches gilt für die öffentlichen Auftraggeber.

Die Stimmung im Baugewerbe ist gemessen am ifo Geschäftsklima weiterhin auf Rekordkurs. Die günstigen Finanzierungsbedingungen, positive Einkommenserwartungen und die nach wie vor gute Lage am Arbeitsmarkt dürften insbesondere den Wohnungsbau weiterhin begünstigen. Daher sollte sich die gute Grundkonjunktur im Baugewerbe durchsetzen, sobald die Sonderfaktoren in den Hintergrund treten.

3. Privater Konsum

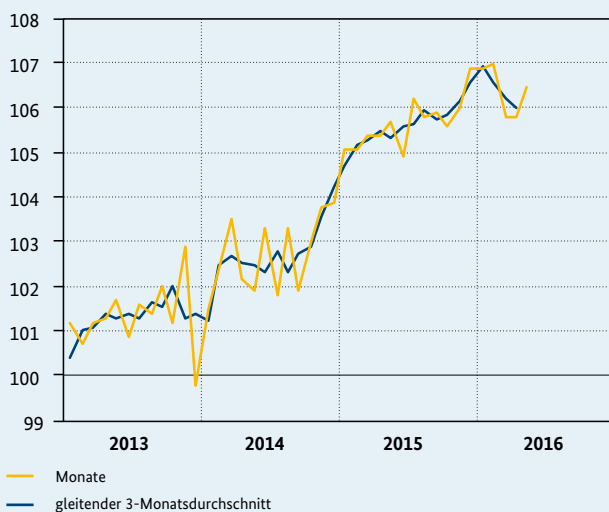
Die Umsätze im Einzelhandel blieben hinter dem Rekordergebnis im ersten Quartal zurück.

Die Stimmung unter Einzelhändlern und Verbrauchern blieb aufgeheitelt.

Angesichts guter Rahmenbedingungen dürfte der private Konsum eine wichtige Stütze der Konjunktur bleiben. Dafür sprechen insbesondere die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, die gute Einkommensentwicklung sowie die sehr moderate Preisentwicklung. Die Umsätze im Einzelhandel haben sich zuletzt allerdings nur moderat entwickelt.

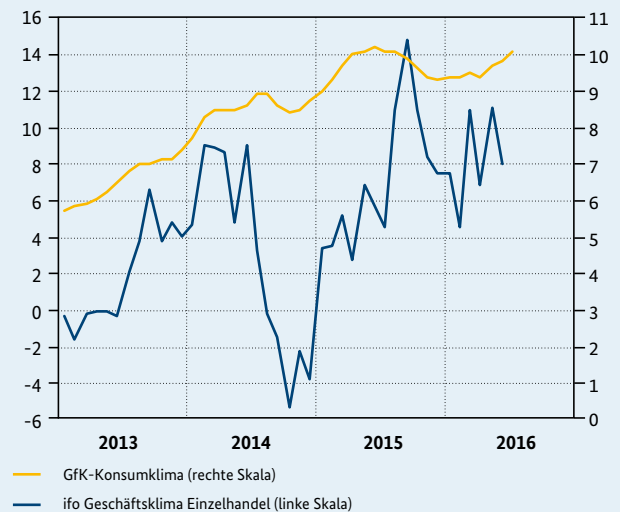
Die Umsätze im Einzelhandel fielen im Mai um 0,7% höher aus als im Vormonat. In den beiden Vormonaten hatten sich die Erlöse etwas schwächer entwickelt. Im Durchschnitt der Monate April und Mai lagen die Umsätze 0,4% unter dem Rekordniveau des ersten Quartals. Der Kfz-Handel entwickelte sich dagegen weiterhin sehr dynamisch. Im April nahmen seine Umsätze um 2,2% zu. Zudem lässt der deutliche Aufwärtstrend der privaten Kfz-Neuzulassungen im zweiten Quartal (+7,9% gegenüber dem Vorjahr) auch eine weiterhin positive Entwicklung in den nächsten Monaten erwarten.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

Das Geschäftsklima im Einzelhandel ist weiterhin überdurchschnittlich gut. Im zweiten Quartal fiel das Umfrageergebnis noch geringfügig optimistischer aus als im Vorquartal. Dies gilt sowohl für die Einschätzung der aktuellen Lage als auch für die Erwartungskomponente. Das GfK-Konsumklima konnte sich auf sehr hohem Niveau im Vorfeld des Brexit-Votums nochmals verbessern. Vor allem die Konjunkturerwartungen der Befragten haben sich seit dem Jahreswechsel deutlich aufgeheitelt.

4. Außenwirtschaft

Der Export ist nach starker Entwicklung in den Vormonaten im Mai gesunken.

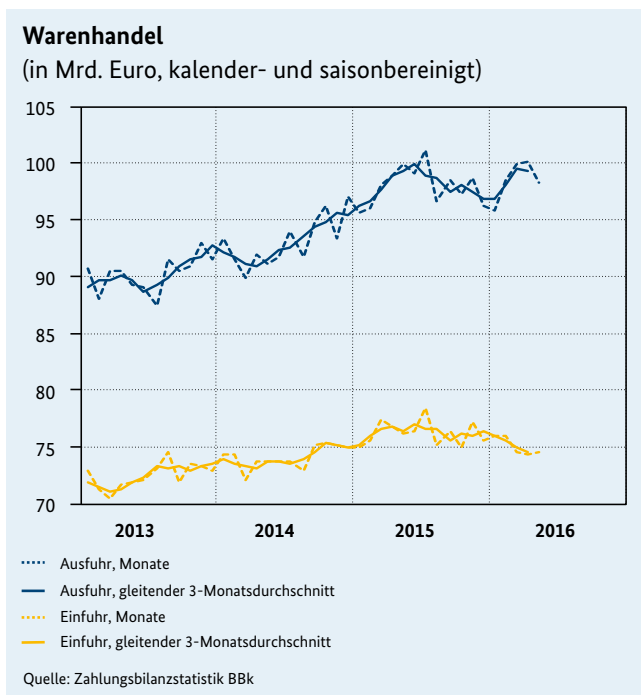
Die Exportaussichten bleiben verhalten.

Im Mai 2016 wurden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 116,4 Mrd. Euro ausgeführt.³ Im saisonbereinigten Vergleich zum Vormonat nahmen die Ausfuhren im Mai allerdings um 0,9% ab. Trotz dieser Rückgänge sind die Exporte in der Dreimonats-Tendenz mit +2,1% deutlich ansteigend. Die Ausfuhrpreise sind im Mai gestiegen, sodass die Exporte in realer Rechnung noch etwas stärker gesunken sein dürften. Nach Regionen wurden im ersten Quartal

3 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

gegenüber dem Vorquartal insbesondere die Ausfuhren von Waren in die EU-28 überdurchschnittlich ausgeweitet. Hingegen waren die Ausfuhren von Waren in große Absatzmärkte außerhalb der EU-28 wie beispielsweise in die Vereinigten Staaten und China im ersten Quartal rückläufig.

Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen nahmen im Mai im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt um 0,5% zu. Im Dreimonatsvergleich waren sie dennoch sogar um -1,8% rückläufig. Die Einfuhrpreise sind im Mai gestiegen. Preisbereinigt dürften die Importe daher gesunken sein.



Im Mai ergab sich insgesamt eine positive Bilanz des Handels mit Waren und Dienstleistungen in Höhe von 21,5 Mrd. Euro. Der Leistungsbilanzsaldo lag bei 17,5 Mrd. Euro. Der Anstieg der Leistungsbilanz gegenüber dem Vorjahreswert um 5,8 Mrd. Euro ist auf geringere Kosten für importiertes Öl, aber auch auf die zunehmenden Salden der Primär- und Sekundäreinkommen zurückzuführen.

Außenhandel*

	Q4	Q1	März	April	Mai
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	-1,2	1,1	-0,1	0,1	-0,9
Einfuhr	-0,1	-0,9	-1,7	-0,3	0,5
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	4,9	0,7	-0,5	3,9	1,6
Eurozone	6,5	1,5	1,0	5,9	1,5
EU Nicht-Eurozone	6,2	4,7	3,0	9,9	3,1
Drittländer	3,0	-2,2	-3,4	-0,6	0,9
Einfuhr	4,2	0,3	-4,3	0,0	-0,1
Eurozone	4,1	1,0	-3,0	-0,9	-0,8
EU Nicht-Eurozone	6,4	4,8	-0,3	8,5	2,4
Drittländer	3,0	-3,0	-8,4	-4,0	-0,7

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

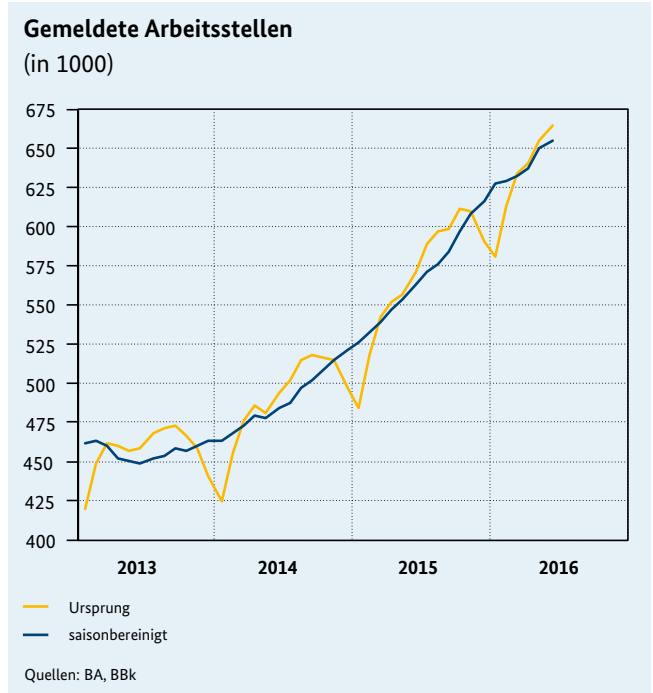
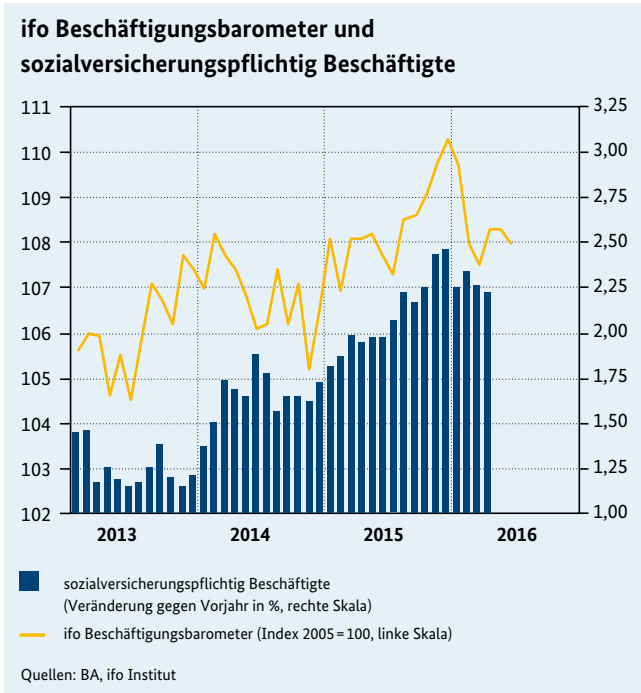
Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft wurden vor dem Brexit-Referendum erhoben und deuten noch auf eine verhalten positive Exportentwicklung hin. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich im Mai etwas erhöht. Auch die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im Juni spürbar gestiegen. Der real effektive Wechselkurs des Euro hat gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern im Juni etwas abgewertet.

5. Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort.

Die Arbeitslosigkeit ist, unterstützt durch ausgeweitete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, weiter gesunken.

Der Arbeitsmarkt gibt weiter Anlass zu Optimismus. Die Erwerbstätigkeit nahm im Mai saisonbereinigt weiter kräftig zu. Kennzeichnend hierfür blieb die expandierende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit nahm weiter ab, auch in der saisonbereinigten Betrachtung. Ausschlaggebend war die Ausweitung entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die Unterbeschäftigung stieg daher erneut an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt weiterhin hoch. Die Zahl der Flüchtlinge, die am Arbeitsmarkt sichtbar wird, nimmt beständig zu. Die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wird hierdurch schrittweise stärker beeinflusst.

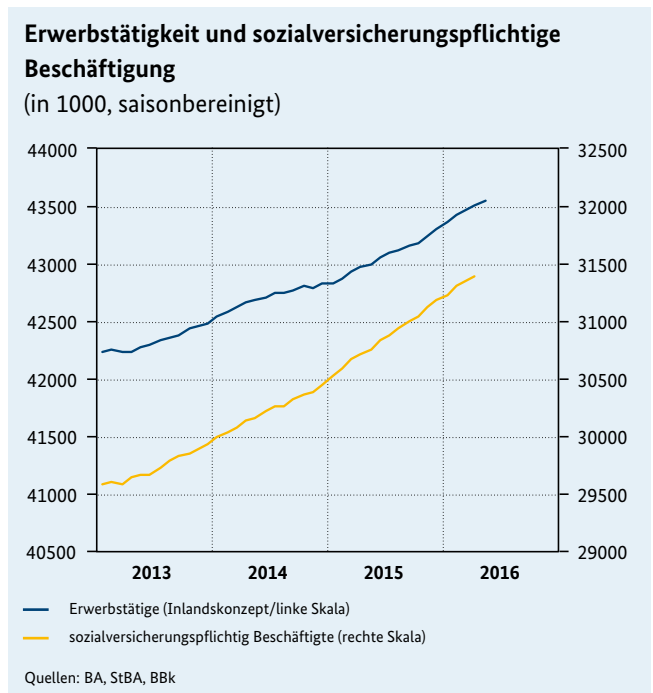


Die Frühindikatoren senden im Juni gemischte Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer verringerte sich leicht, blieb aber weit über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) signalisiert sehr gute Beschäftigungsaussichten. Die Agenturen rechnen zudem mit einem stabilen Verlauf der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten. Der BAX Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt sind, hat den Rekordwert des Vormonats gehalten.

Die Erwerbstätigkeit ist weiter stabil aufwärtsgerichtet. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Mai saisonbereinigt um 45.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Erwerbstätigen erneut um 1,3% zu.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im April saisonbereinigt um 33.000 Personen, etwas weniger stark als die Erwerbstätigkeit in diesem Monat. Nach den Ursprungszahlen lag sie bei 31,33 Mio. Personen. Damit wurde die Zahl des Vorjahresmonats um 681.000 Personen übertroffen.

In fast allen Branchen stieg binnen Jahresfrist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Dienstleistungsbe- reiche Pflege und Soziales, sonstige wirtschaftliche Dienst- leistungen sowie der Handel ragten hierbei heraus.



Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,892	2,674	2,744	2,664	2,614
gg. Vorjahr in 1.000	-101	-98	-99	-98	-97
gg. Vorperiode in 1.000*	-39	-30	-17	-10	-6
Arbeitslosenquote	6,6	6,1	6,3	6,0	5,9

Erwerbstätige (Inland)

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio.	43,4	43,1	43,2	43,4	43,6
gg. Vorjahr in 1.000	424	533	527	544	559
gg. Vorperiode in 1.000*	116	182	47	43	45

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	Feb.	März	April
in Mio.	31,3	31,1	31,1	31,2	31,3
gg. Vorjahr in 1.000	278	-221	710	691	681
gg. Vorperiode in 1.000*	184	175	80	55	33

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit, wie die Selbständigen, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten und die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten, haben gegenüber dem Vorjahr etwas an Gewicht verloren.

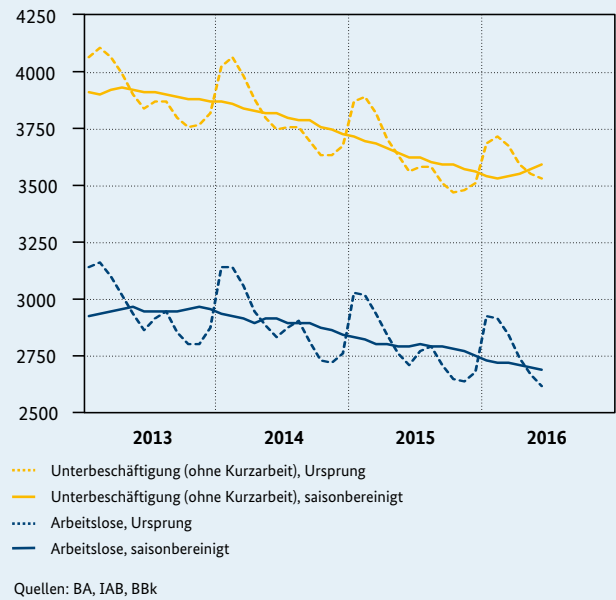
Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Juni saisonbereinigt um 6.000 Personen, nach einem Rückgang im Mai um 11.000 Personen. Der Rückgang war von umfangreicheren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die insbesondere Flüchtlingen zu Gute kommen, begleitet. Nach Ursprungszahlen ging die Arbeitslosigkeit im Zuge der Frühjahrsbelegung um 50.000 auf 2,61 Mio. Personen zurück. Der Vorjahresstand wurde um 97.000 Personen unterschritten, obwohl die Arbeitslosigkeit von Personen aus den Asylzugangsländern deutlich anstieg. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,9%.

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im Mai unverändert bei 4,2%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Juni auf 3,53 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 26.000 Personen zurück. Der Saldo zum Vorjahr ist seit Jahresanfang deutlich geringer geworden. Gegenüber Mai nahm sie saisonbereinigt um 23.000 Personen zu.

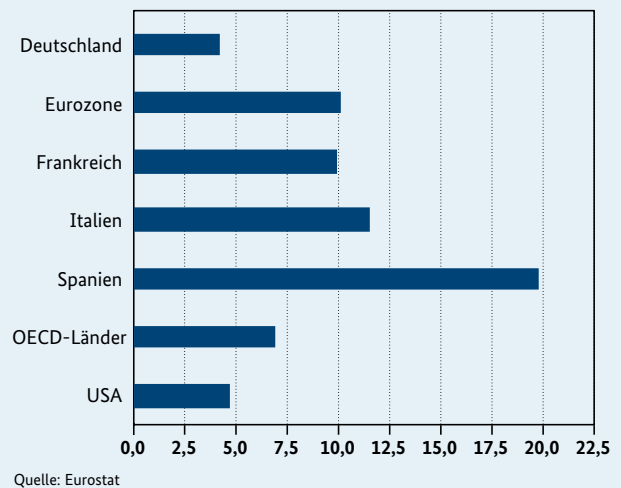
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)



Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Mai 2016)

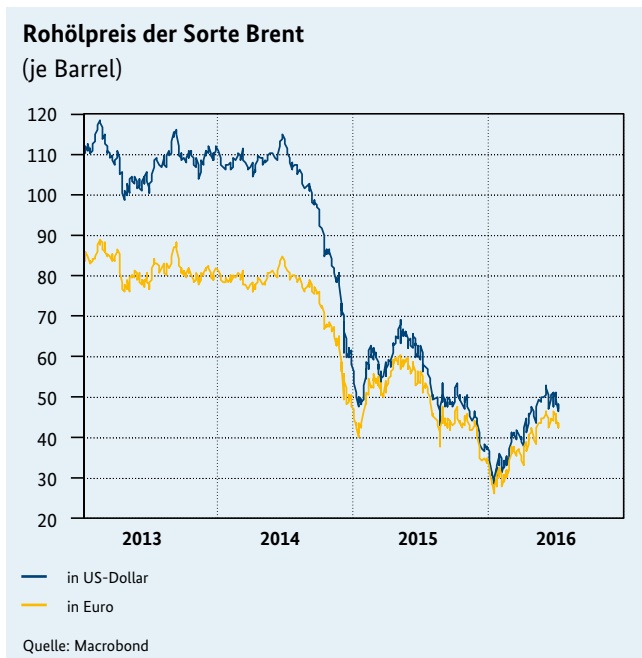


6. Preise

Der Rohölpreis sinkt nach dem Brexit-Votum etwas.

Die Verbraucherpreise entwickelten sich in der ersten Jahreshälfte sehr gemäßigt. Die Jahresrate lag im Juni bei 0,3%.

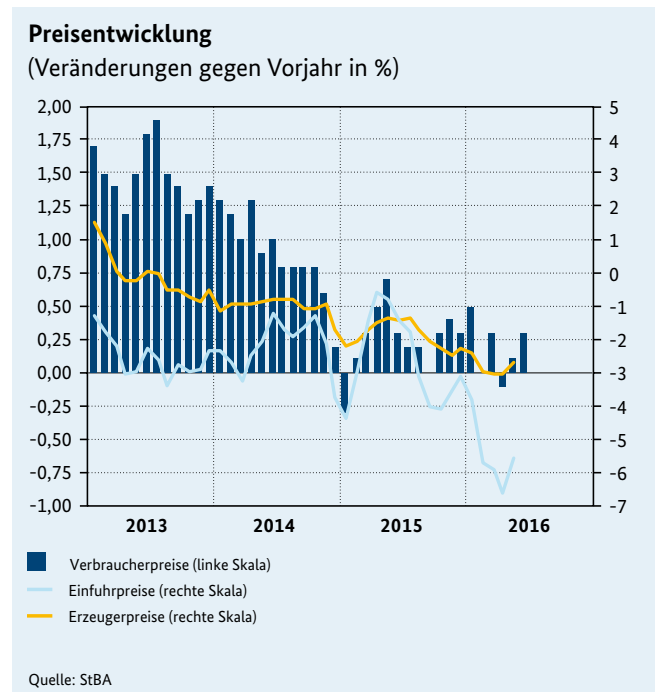
Das Preisklima in Deutschland bleibt entspannt, auch wenn sich die Preisentwicklung im Verlauf des ersten Halbjahres 2016 wieder etwas beschleunigt hat. Ursächlich hierfür war in erster Linie die zum Teil kräftige Konsolidierung des Rohölpreises. Gegenüber dem Tiefstand vom Jahresanfang hat sich der Preis der europäischen Leitrohölsorte Brent bis Ende Juni auf knapp 50 US-Dollar pro Barrel fast verdoppelt. Mit dem Brexit-Votum der Briten stieg die Unsicherheit auf dem Ölmarkt wieder etwas, so dass der Rohölpreis bis Mitte Juli auf ca. 46 US-Dollar zurückging.



Die Einfuhrpreise sind im Mai gegenüber dem Vormonat deutlich angestiegen (+0,9%). Vor allem Energie verteuerte sich im Zuge der Rohölpreisentwicklung spürbar. Für importierte Mineralölerzeugnisse musste im Mai durchschnittlich 7,5% mehr bezahlt werden als noch im April. Die Einfuhrpreise sind weiterhin niedriger als vor einem Jahr. Sie fielen um 5,5% und damit etwas schwächer als im Monat zuvor. Insbesondere die Energiepreise liegen aber weiter sehr deutlich unter ihren Vorjahresniveaus.

Die Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse sind zum Beispiel noch knapp ein Drittel niedriger als vor einem Jahr. Die Importpreise ohne Energie verringerten sich dementsprechend nur um 2,7% gegenüber dem Vorjahr.

Im Auslandsabsatz erhöhten die deutschen Exporteure ihre Preise im Mai um 0,2% im Vergleich zum Vormonat. Die Preisimpulse kamen aus dem Bereich der Vorleistungsgüter sowie aus dem Energiesektor. Binnen Jahresfrist fielen die Ausfuhrpreise mit einer Rate von -1,6%, vor allem weil die Preise für Energie und Vorleistungsgüter im Vergleich zum Vorjahr sanken. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich aus deutscher Sicht im Mai 2016 mit +4,2% gegenüber dem Vorjahreswert etwas schwächer als in den Vormonaten.



Im Inlandsabsatz erhöhten sich die Erzeugerpreise im Mai um 0,4% im Vergleich zum Vormonat. Dabei verteuerten sich vor allem Energieprodukte, wie zum Beispiel Mineralölerzeugnisse und elektrischer Strom. Teurer wurden aber auch Vorleistungsgüterprodukte. Die Preise der Investitions- und Konsumgüterproduzenten blieben im Mai nahezu unverändert. Auf Jahressicht sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 2,7% bei allerdings leicht gestiegenen Preisen für Gebrauchs- und Investitionsgüter. Die Preise für Energie und Vorleistungsgüter waren dagegen deutlich niedriger als vor einem Jahr.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Mai	Juni	Mai	Juni
Insgesamt	0,3	0,1	0,1	0,3
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,4	0,0	1,3	1,3
Nahrungsmittel	-0,5	-0,4	0,0	0,1
Bekleidung und Schuhe	-1,0	-3,3	2,1	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,1	1,0	1,1	1,5
Pauschalreisen	10,0	4,3	-1,2	1,2
Bildungswesen	0,0	0,1	1,7	1,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,4	0,2	2,1	1,9
Energie	1,6	1,2	-7,9	-6,4
Heizöl	9,0	5,2	-25,0	-19,0
Kraftstoffe	3,3	2,7	-12,0	-9,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,2	-	-

Quellen: StBA, BBK

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Mai auf Juni um 0,1%. Der leichte Anstieg ging vor allem auf Energiepreiserhöhungen, insbesondere bei Heizöl und Kraftstoffen, zurück. Teurer wurden mit Beginn der Sommerferien in fünf Bundesländern aber auch Pauschalreisen und Beherbergungsdienstleistungen. Preisnachlässe gab es im Gegenzug bei Nahrungsmitteln und Bekleidung. Die Inflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist, erhöhte sich im Juni um 0,2 Prozentpunkte auf +0,3%. Dämpfend wirkten weiterhin noch die im Vorjahresvergleich gesunkenen Energiepreise (-6,4%), auch wenn die Raten seit dem zweiten Quartal sukzessive schwächer werden. Die Preise für Dienstleistungen stiegen dagegen moderat. Die Kerninflationsrate, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, ging geringfügig auf 1,2% zurück.

Da die im Vorjahresvergleich dämpfenden Effekte der Energiepreise langsam auslaufen, ist im weiteren Jahresverlauf mit einer allmählich anziehenden Teuerung zu rechnen.

7. Monetäre Entwicklung

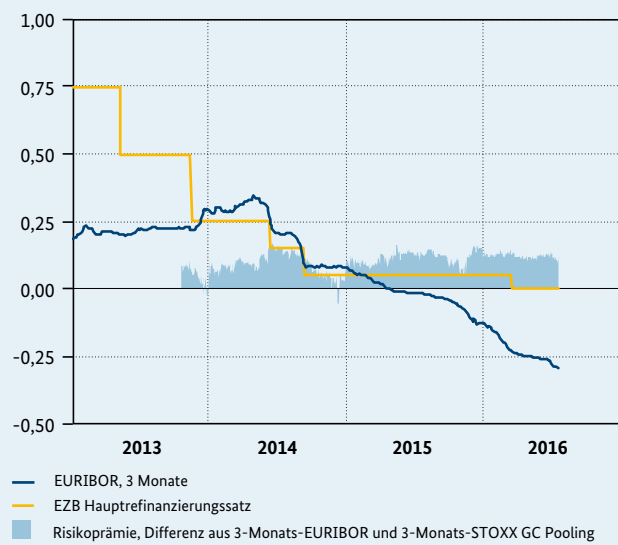
Der Euro wertete nach dem Brexit-Votum gegenüber dem britischen Pfund deutlich auf.

Die Renditen von Staatsanleihen gehen insgesamt weiter zurück.

Weiterhin gibt es keine Signale für eine Abkehr der Europäischen Zentralbank (EZB) von ihrer expansiven Geldpolitik. Der Refinanzierungssatz liegt unverändert bei 0,0% und für Einlagen mit -0,4% sogar im negativen Bereich.

Geldmarktsätze in der Eurozone

(in %)



Quelle: Macrobond

Der besicherte Interbankenzins sank zuletzt nochmals marginal und liegt derzeit bei -0,40%. Auch der unbesicherte Interbankenzins ging leicht zurück und ist mit -0,30% etwas weniger negativ. Geldpolitische Sondermaßnahmen der EZB im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) sorgen für eine zusätzliche Versorgung des Marktes mit Liquidität. Das monatliche Ankaufvolumen der EZB beläuft sich auf rund 80 Mrd. Euro. Anfang Juni 2016 startete die EZB zusätzlich mit dem Ankauf von Unternehmensanleihen (ohne Banken) als neuen Teil des EAPP.

EZB Bilanzsumme

(in Bio. Euro)

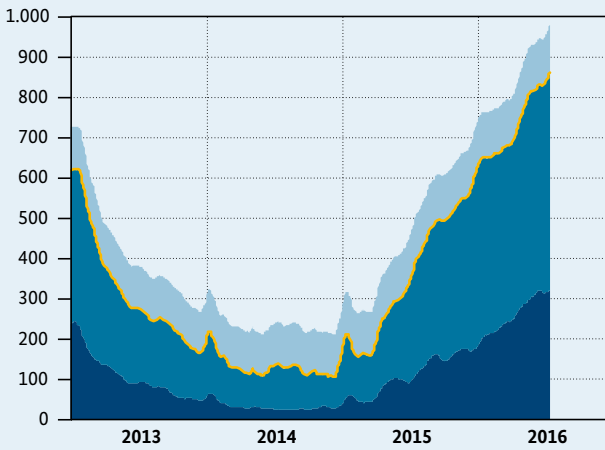


Quellen: EZB, Macrobond

Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 3,24 Billionen Euro Anfang Juli 2016 ausgeweitet. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB stieg die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an und lag im Juni bei 832 Mrd. Euro.

Liquidität im Eurobankensystem

(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



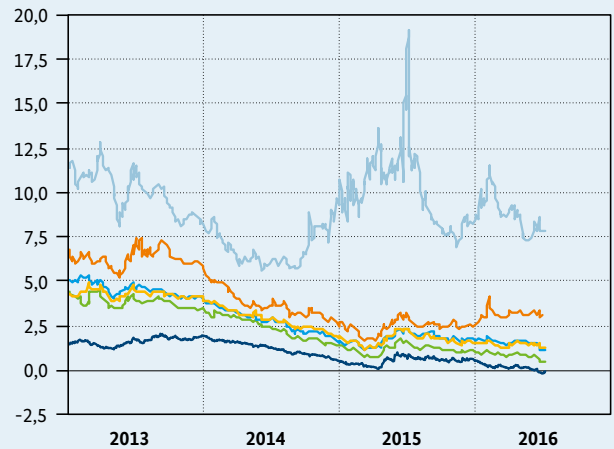
- Einlagenfazilität
- Überschuss-Reserven
- Mindestreserven
- Überschuss-Liquidität

Quellen: EZB, Macrobond

Die Rendite deutscher Staatsanleihen liegt schon lange auf außergewöhnlich niedrigem Niveau. Die Flucht der Anleger in sichere Häfen ließ die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen bereits im Juni erstmals in den negativen Bereich sinken. Nach dem Ausgang des Votums in Großbritannien für einen Brexit gingen die Zinsen nochmals zurück und lagen Mitte Juli bei -0,1%. Auch im restlichen Euroraum gingen die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen zuletzt zurück, die Zinsdifferenz innerhalb des Euroraums besteht jedoch weiterhin. Französische Staatsanleihen werden nur mit 0,2% verzinst, wohingegen die Rendite griechischer Staatsanleihen bei 7,8% liegt. Die Rendite für portugiesische Anleihen beträgt 3,1%, für spanische 1,2% und für italienische 1,3%. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind zuletzt nochmals weiter gesunken und haben im Juli neue Rekordtiefstände erreicht.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



- Deutschland
- Irland
- Portugal
- Spanien
- Griechenland
- Italien

Quelle: Macrobond

Im Dezember vorigen Jahres hat die amerikanische Notenbank die Zinsen letztmals auf 0,5% angehoben und weitere Zinsschritte für 2016 angekündigt. Die Finanzmärkte erwarten heute jedoch langsamere Zinserhöhungsschritte der amerikanischen Notenbank als noch zu Jahresbeginn. Nach der Entscheidung des Referendums zugunsten eines EU-Austritts des Vereinigten Königreichs hat der Euro Mitte Juli gegenüber dem britischen Pfund deutlich um 5,37% im Vergleich zum Stand vor einem Monat aufgewertet. Direkt im Anschluss an das Votum hatte die Aufwertung

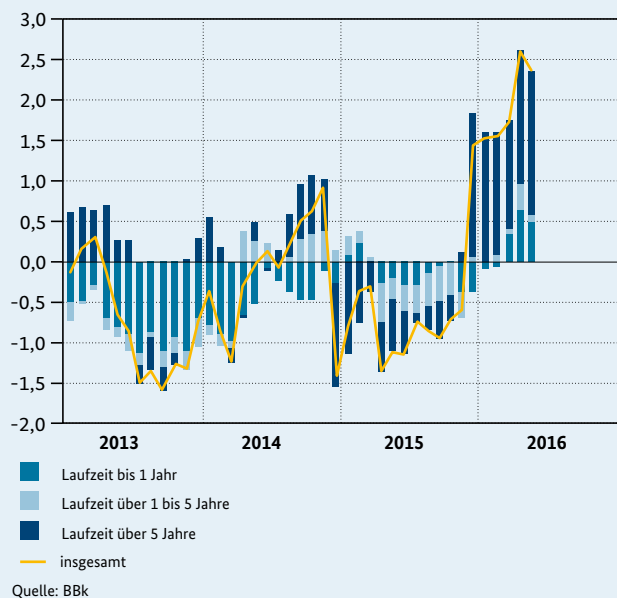
sogar nahezu 10% betragen. Gegenüber dem US-Dollar wertete der Euro hingegen um 0,4% ab. Gegenüber dem japanischen Yen (+0,8%) gewann der Euro. Und auch gegenüber dem chinesischen Renminbi (+1,0%) und dem Schweizer Franken (+0,8%) legte der Euro an Wert zu. Der reale effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern ging im Juni um 0,3% gegenüber dem Vormonat zurück.

Gemäß langfristigen Untersuchungen der Deutschen Bundesbank folgt die Vergabe von Unternehmenskrediten mit zeitlicher Verzögerung dem Wirtschaftswachstum. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seit Dezember wieder zugenommen. Das Volumen an Buchkrediten stieg mit 2,4% im Mai erneut kräftig an. Über alle Laufzeiten hinweg stieg die Zahl an Buchkrediten am aktuellen Rand, insbesondere die kurzfristigen Kredite mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr und Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren legten deutlich zu. Das aktuelle Bank Lending Survey der EZB bestätigt eine steigende Kreditnachfrage der Unternehmen. Die Banken geben auch an, dass die Kreditstandards weiter gesenkt wurden. Das niedrige Zinsniveau lässt bereits seit längerem die Kreditvergabe an private Haushalte steigen. Diese legte im Mai erneut um 2,9% gegenüber dem Vorjahr zu. Insbesondere bei Wohnungsbaukrediten hält die hohe Dynamik weiter an (+3,6%).

Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls weiter an. Im Mai lag das Kreditvolumen für nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften um 1,4% über dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,6%. Nach dem aktuellen Bank Lending Survey gehen die Banken im Euroraum auch in den kommenden Monaten von einer ansteigenden Kreditnachfrage bei unveränderten Kreditvergabe-standards aus.

Innerhalb des Euroraums ist der Zinsabstand für Unternehmenskredite in der Tendenz rückläufig. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland müssen im Mittel 1,4 Prozentpunkte höhere Finanzierungskosten aufbringen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der kontinuierliche Anstieg der Geldmenge M3 des Euro-raums setzt sich weiter fort. Die Jahresrate ihres Dreimonatsdurchschnitts lag im April bei 4,8%. Insbesondere eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 ist für diesen Anstieg ausschlaggebend, die auf Jahresfrist Stand Mai um 9,1% gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

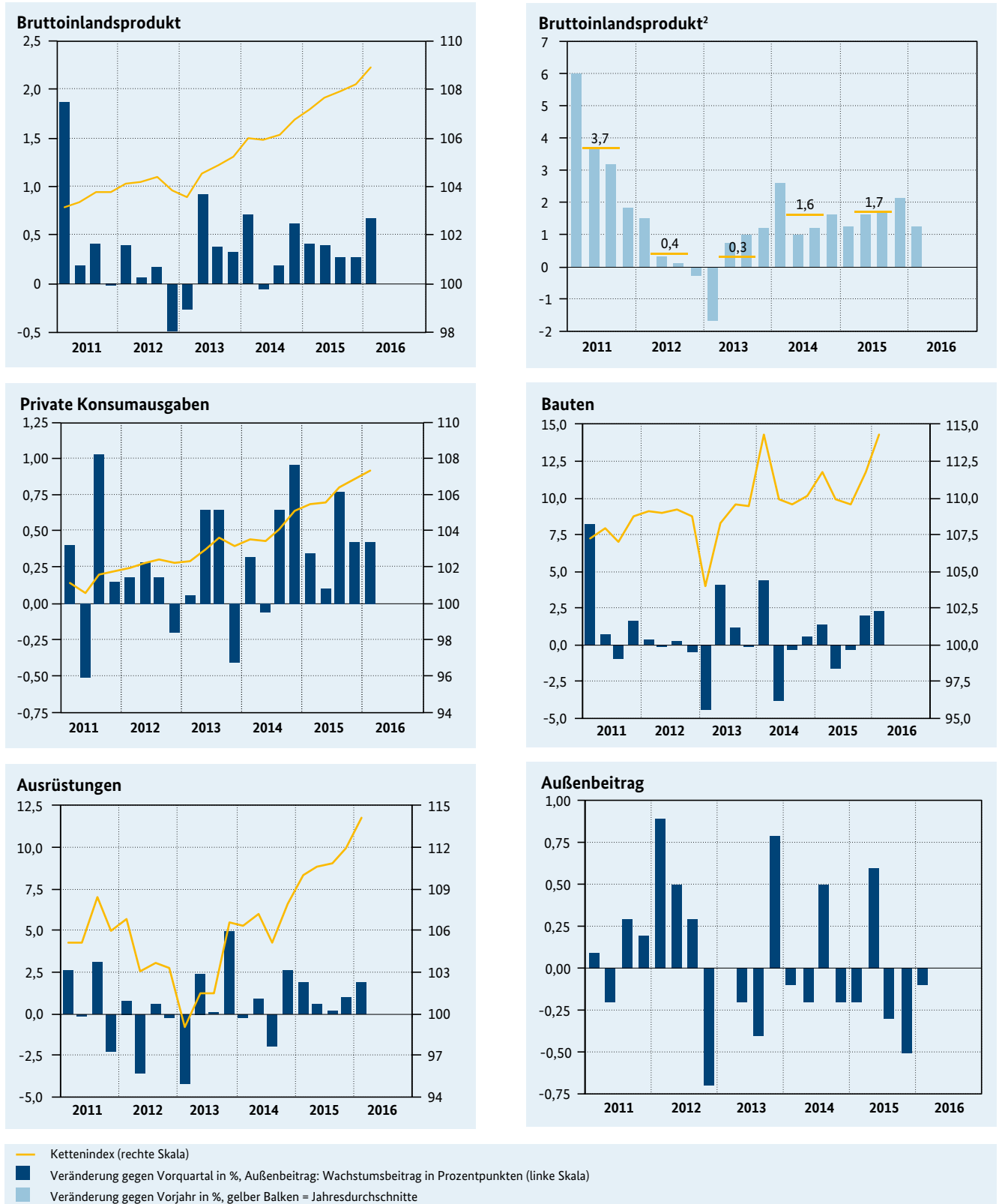
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013		2014		2015				2016		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7
Inländische Verwendung	+ 0,9	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,8
Ausrüstungen	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,9
Bauten	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,4	- 1,7	- 0,3	+ 2,0	+ 2,3
Sonstige Anlagen	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2
Exporte	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	- 0,6	+ 1,0
Importe	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,4
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,8	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,4
Ausrüstungen	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1
Bauten	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,2	- 0,6	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,1	+ 0,1
Außenbeitrag	- 0,4	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,1
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %⁶											
							2015				2016
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,0
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,1	+ 2,1
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,4	+ 5,4	+ 6,3	+ 2,4
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,3	- 2,2	0,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 1,9
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,2
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 4,8	+ 6,5	+ 5,2	+ 5,0	+ 1,5
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2	+ 5,9	+ 3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013		2014			2015				2016	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	- 1,3	+ 1,6
Baugewerbe	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,1	- 1,5	- 0,7	+ 1,2	+ 2,0
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	0,0	- 0,1	+ 1,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 2,5	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	- 1,2	- 0,4	+ 1,0	+ 3,3
Unternehmensdienstleister	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	- 0,6
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	0,0	+ 0,3

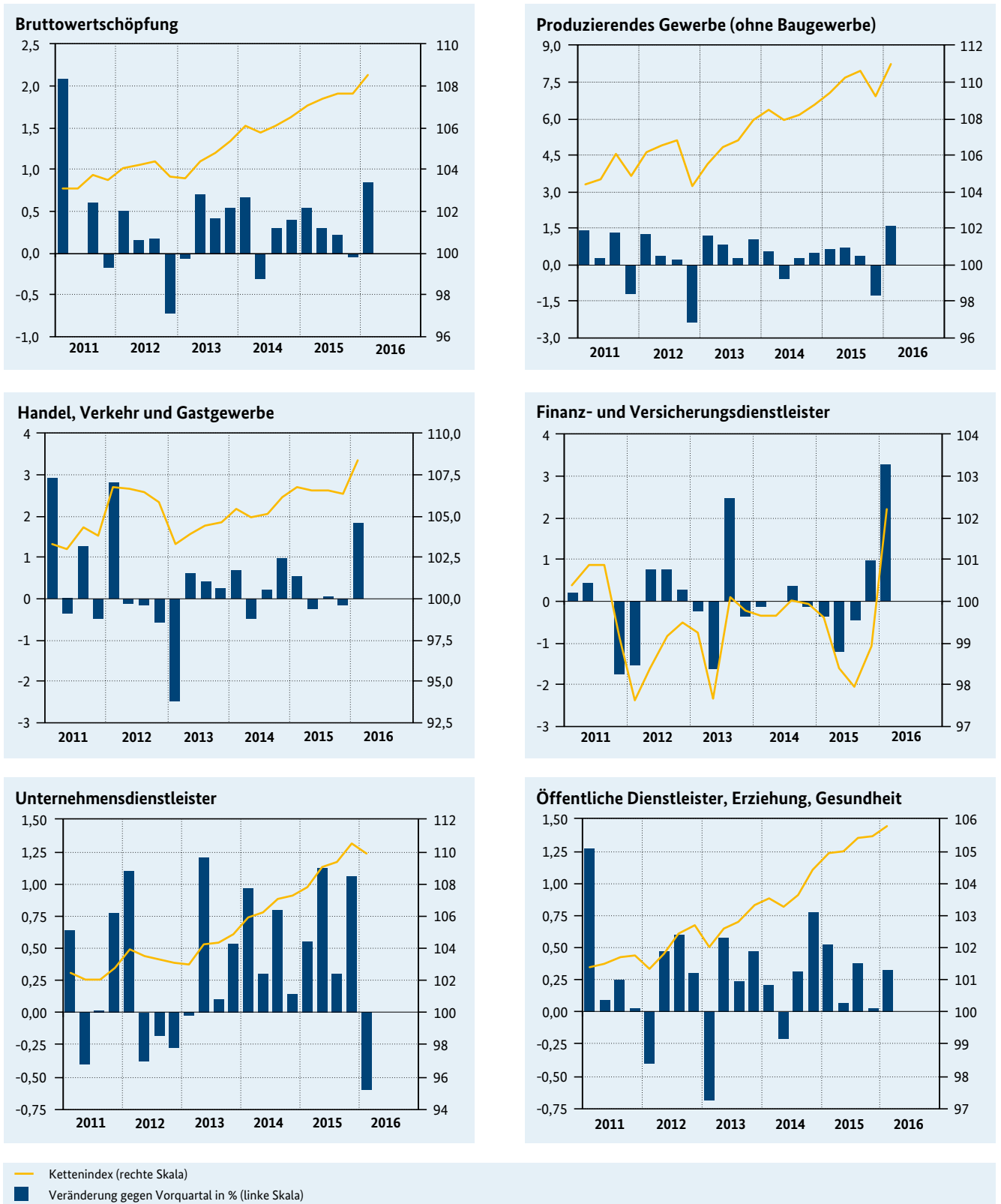
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,2
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1	0,0
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,4
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,4
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,5
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,5

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,7	+ 1,4
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	06/2016	+ 1,5	+ 1,3
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,8	+ 1,6
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2016	+ 1,9	+ 2,1
IWF	Internationaler Währungsfonds	06/2016	(+ 1,7) ^a	(+ 1,5) ^a
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2016	+ 1,8	+ 1,6
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2016	+ 1,7	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,7	+ 1,6
EU	Europäische Kommission	05/2016	+ 1,6	+ 1,6
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2016	+ 1,7	+ 1,5
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2016	+ 1,6	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

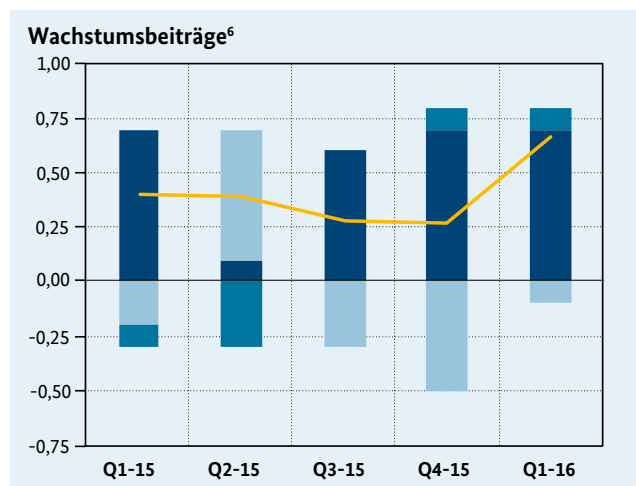
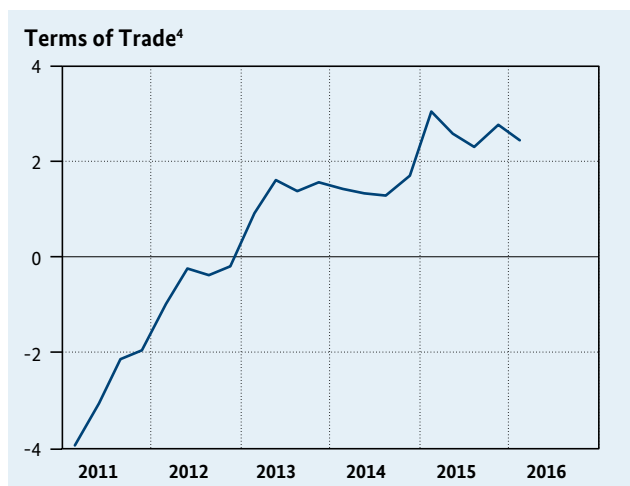
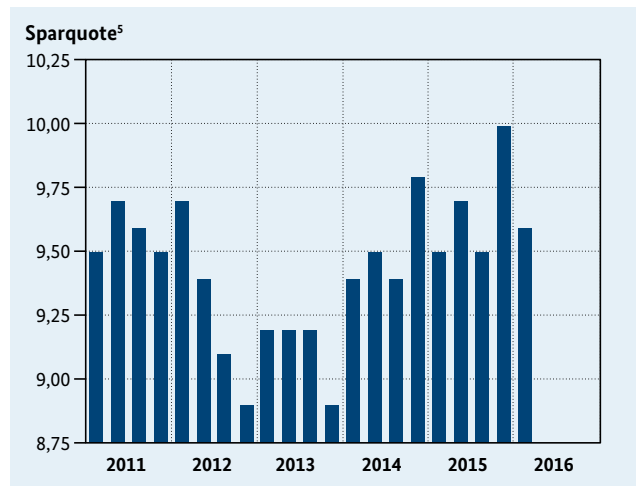
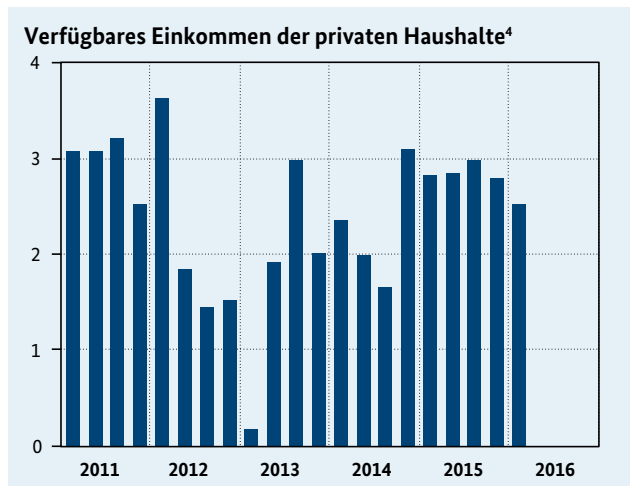
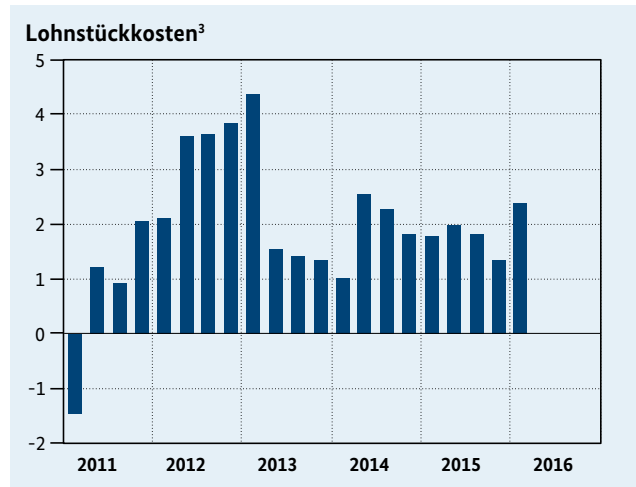
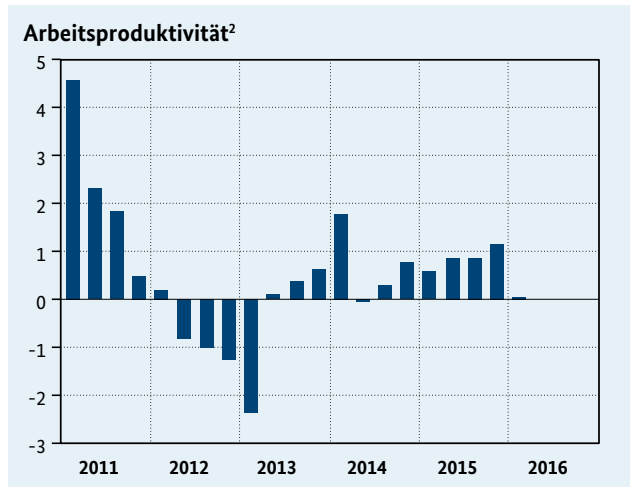
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 ■ Vorratsveränderungen
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013		2014			2015				2016		
	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	-
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	-
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	+ 1,3	- 2,0	- 0,7	+ 0,5	+ 1,3	- 0,4	+ 0,4	- 0,4	+ 0,5	-
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	-
China	+ 8,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8

	in % des BIP4															
	2012	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP4															
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,6	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,3	+ 8,5	+ 9,1	+ 8,4	+ 9,6	-
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	-
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	-
USA	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 2,2	- 1,9	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,7	-
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	-

				2015							2016					
	2013	2014	2015	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	11,0	10,8	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,4	10,3	10,2	10,2	10,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,8	10,2	9,4	9,5	9,4	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,7	8,7	8,6	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,4	3,3	3,4	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9
China	4,1	4,1	4,1	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,6	0,0	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	0,0
Japan	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	0,0	- 0,3	- 0,4	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

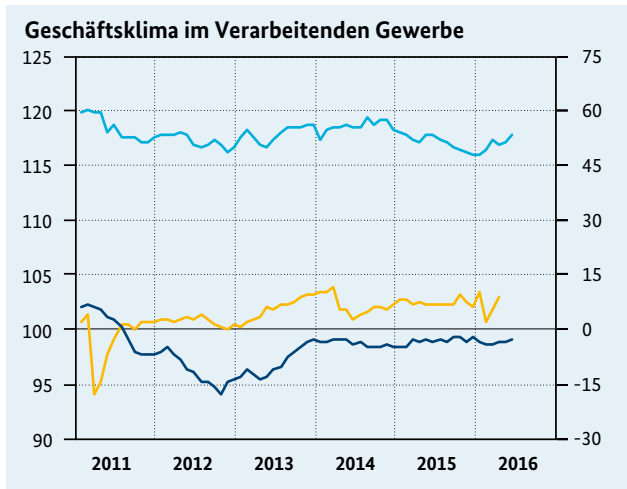
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015		2016		2016					
	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,2	99,7	99,6	99,4	99,3	-	99,3	99,3	99,4	-	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	121,7	125,6	127,8	128,1	128,4	128,8	-	128,5	128,7	129,4	-	-	-
CPB Welthandel ²	127,7	131,4	133,5	133,3	134,0	133,6	-	134,1	133,3	134,0	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	2742	2429	2037	2311	2017	2116	2331	2383	2385	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 2,9	- 2,4	- 3,8	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 3,6	- 3,7	- 2,8	-
Industrieproduktion ⁴	101,5	103,3	105,0	105,3	105,5	106,6	-	106,7	105,3	106,8	105,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,4	1,2	1,0	0,9	1,1	0,9	0,9	0,9	0,8	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,8	-10,2	- 6,2	- 7,0	- 6,4	- 8,3	- 7,9	- 8,8	- 9,7	- 9,3	- 7,0	- 7,3	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,6	51,3	51,0	48,6	49,8	51,8	49,5	51,8	50,8	51,3	53,2	-
Industrieproduktion ⁷	101,9	104,9	105,2	105,5	104,6	104,1	103,8	104,4	103,4	103,8	103,5	104,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	2,2	1,9	1,8	1,8	1,9	1,8	1,8	1,6	-
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	98,0	98,3	96,0	96,0	95,0	94,0	96,1	94,7	92,4	98,0	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	102,5	102,4	102,6	102,0	-	100,7	101,8	103,0	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	97,9	97,1	97,1	96,1	-	93,2	96,7	97,3	94,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,4	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	41,3	41,0	42,2	41,4	41,2	40,1	41,7	40,8	40,9	41,8	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	49,9	49,8	49,7	49,5	50,1	49,0	50,2	50,1	50,1	50,0	-
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 5,9	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,1	+ 5,4	+ 6,8	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,4	3,0	2,8	2,9	2,9	2,8	-	3,0	2,8	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	105,9	104,7	103,9	102,8	-	104,4	100,0	101,0	99,8	-	-

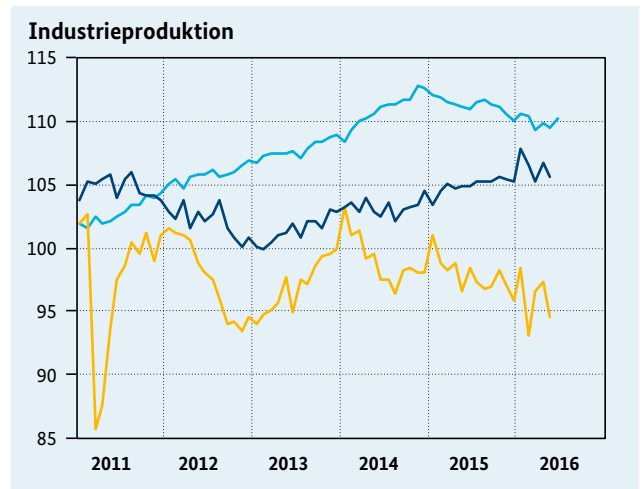
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

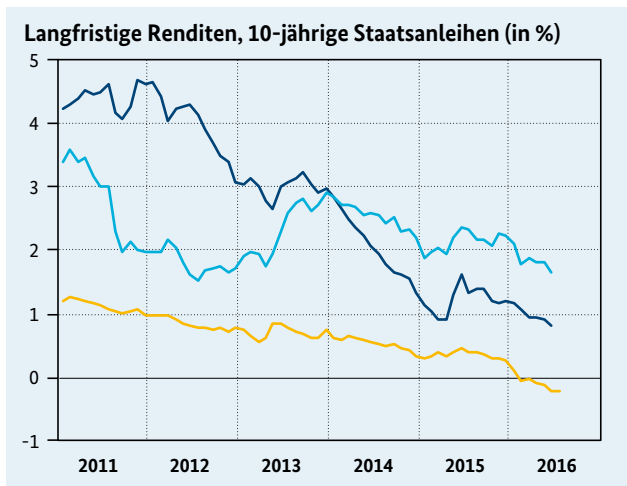
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



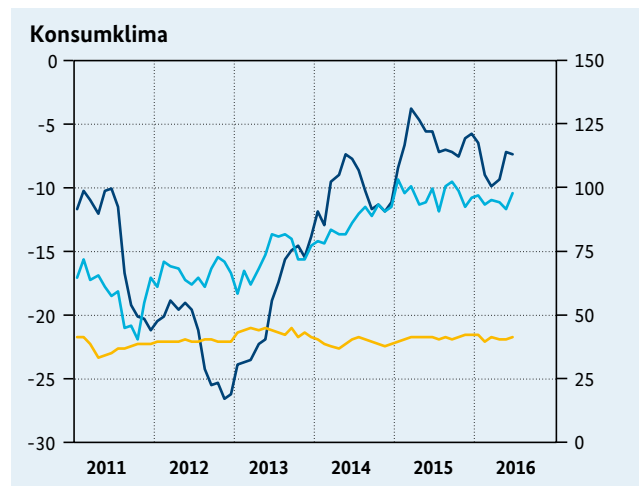
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

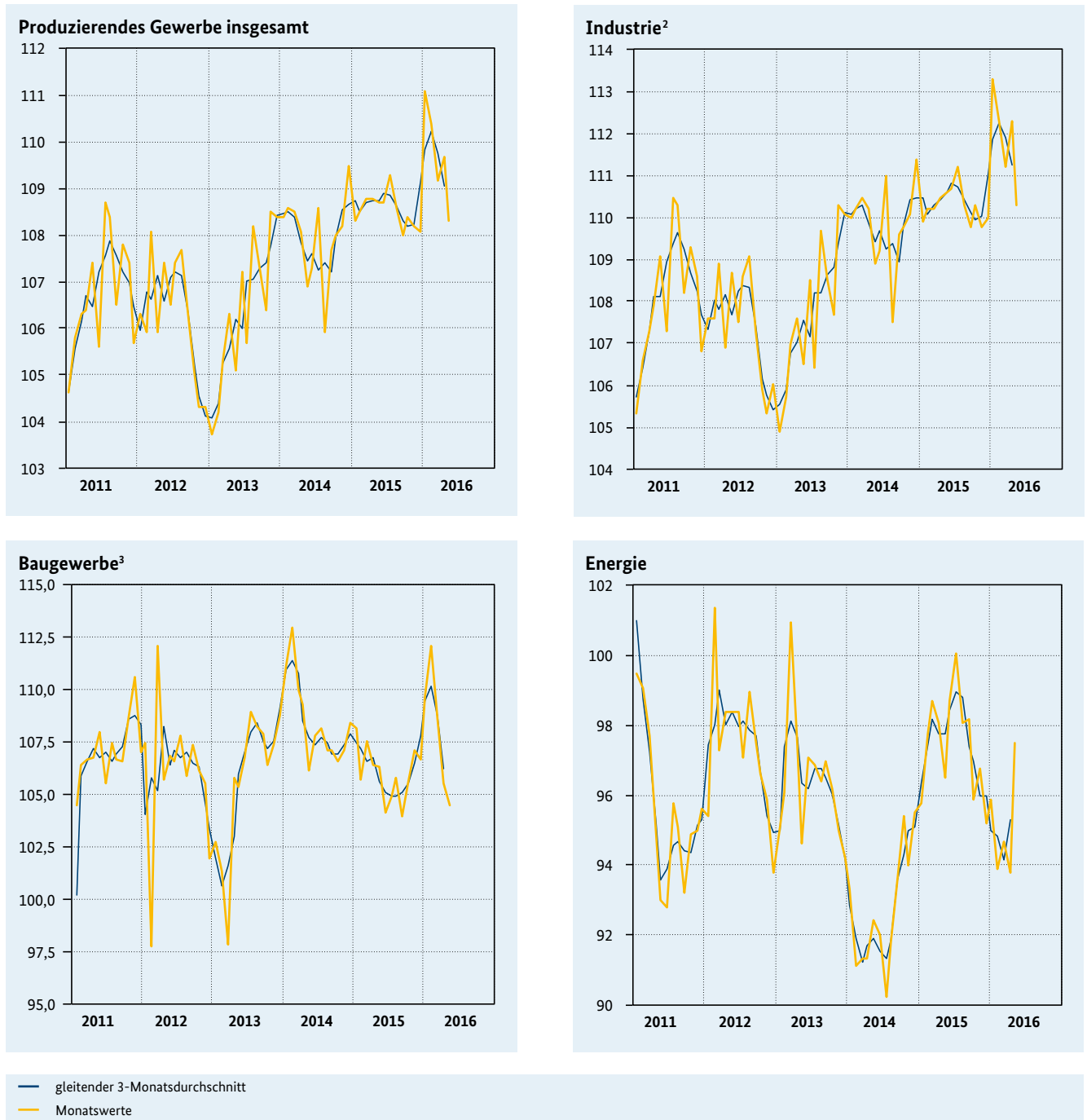
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016			2015	2016					
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,4	108,0	108,5	108,7	108,6	108,2	110,2	108,1	111,1	110,4	109,2	109,7	108,3
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	0,2	-0,1	-0,4	1,8	-0,1	2,8	-0,6	-1,1	0,5	-1,3
	gg. Vj. in %	0,1	1,4	0,6	1,2	1,0	-0,3	1,6	-1,0	2,7	2,0	0,4	0,8	-0,4
Industrie²	Index	107,7	109,9	110,3	110,6	110,4	110,0	112,3	110,0	113,3	112,3	111,2	112,3	110,3
	gg. Vp. in %	0,2	2,0	0,4	0,5	-0,2	-0,4	2,1	0,2	3,0	-0,9	-1,0	1,0	-1,8
	gg. Vj. in %	0,3	1,9	0,5	1,1	0,9	-0,4	1,9	-1,2	3,2	2,1	0,8	1,6	-0,4
Vorleistungsgüter	Index	104,4	106,3	106,2	106,3	105,9	106,1	107,6	107,0	107,7	108,3	106,9	107,3	107,0
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,0	-0,4	0,2	1,4	0,9	0,7	0,6	-1,3	0,4	-0,3
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,3	0,2	-0,3	1,3	-0,1	1,4	2,0	0,7	0,9	0,8
Investitionsgüter	Index	113,9	116,6	117,7	118,0	118,1	117,5	120,6	116,6	122,8	120,2	118,8	121,0	116,3
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	0,8	0,1	-0,5	2,6	-0,1	5,3	-2,1	-1,2	1,9	-3,9
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	1,7	1,6	-0,2	2,8	-1,7	5,2	2,4	1,3	2,4	-1,7
Konsumgüter	Index	100,5	101,9	102,1	102,9	102,4	101,2	102,9	101,2	103,5	102,6	102,6	102,8	103,3
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	1,1	-0,5	-1,2	1,7	-0,9	2,3	-0,9	0,0	0,2	0,5
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	1,0	0,9	-1,2	1,0	-2,0	2,2	1,1	-0,1	1,1	0,5
Baugewerbe	Index	105,6	108,5	106,0	105,6	104,9	106,5	110,2	106,7	109,7	112,1	108,7	105,5	104,5
	gg. Vp. in %	-0,3	2,7	-2,3	-1,5	-0,7	1,5	3,5	-0,4	2,8	2,2	-3,0	-2,9	-0,9
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-2,0	-2,2	-0,8	3,7	-1,5	2,0	8,4	1,1	-0,8	-1,6
Bauhauptgewerbe ³	Index	113,8	119,8	119,0	117,8	117,1	121,2	122,9	122,1	121,5	126,9	120,4	115,9	115,6
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	-1,7	-0,6	3,5	1,4	0,5	-0,5	4,4	-5,1	-3,7	-0,3
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	-0,1	-1,3	1,5	3,3	1,8	-0,9	11,7	0,2	-1,7	-2,2
Ausbaugewerbe	Index	98,2	98,2	94,3	94,6	93,8	93,1	98,6	92,7	98,9	98,7	98,1	96,1	94,5
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-1,1	-0,8	-0,7	5,9	-1,5	6,7	-0,2	-0,6	-2,0	-1,7
	gg. Vj. in %	-2,7	0,1	-4,0	-4,4	-3,5	-2,9	4,1	-3,6	5,5	5,0	2,2	0,5	-0,7
Energie⁴	Index	96,4	92,7	97,5	97,8	98,8	96,0	94,8	95,2	95,9	93,9	94,7	93,8	97,5
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	0,4	1,0	-2,8	-1,3	-1,7	0,7	-2,1	0,9	-1,0	3,9
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	6,4	7,5	1,1	-2,8	-0,2	0,0	-4,2	-4,1	-4,3	0,9
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,7	108,6	110,3	110,7	110,2	110,4	111,5	110,9	112,1	111,6	110,8	111,8	110,9
	gg. Vp. in %	-0,2	2,7	1,6	0,8	-0,5	0,2	1,0	1,6	1,1	-0,4	-0,7	0,9	-0,8
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,5	2,6	1,9	0,8	1,6	0,8	2,1	1,7	1,0	1,0	-0,2
Inland	Index	103,2	104,5	105,0	105,2	104,9	105,2	106,5	105,2	107,5	106,5	105,4	105,7	104,8
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	0,4	-0,3	0,3	1,2	0,9	2,2	-0,9	-1,0	0,3	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,4	1,3	0,5	0,7	1,1	0,7	1,5	-0,1	2,6	2,0	0,1	0,9	-0,6
darunter: Investitionsgüter	Index	107,6	111,0	113,7	113,7	113,2	114,9	116,5	113,2	119,0	116,2	114,4	117,0	112,6
	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	0,6	-0,4	1,5	1,4	0,4	5,1	-2,4	-1,5	2,3	-3,8
	gg. Vj. in %	-1,6	3,1	2,4	3,4	2,3	2,1	2,9	-0,1	5,6	3,1	0,7	4,2	-1,3
Ausland	Index	108,4	113,0	115,8	116,6	115,8	115,9	116,8	117,1	117,0	117,0	116,5	118,4	117,4
	gg. Vp. in %	1,3	4,2	2,5	1,3	-0,7	0,1	0,8	2,4	-0,1	0,0	-0,4	1,6	-0,8
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	4,4	2,8	0,9	1,7	1,6	1,4	1,5	1,9	1,2	0,1
darunter: Eurozone	Index	97,1	102,0	106,4	106,4	106,9	107,8	109,3	109,8	109,0	109,4	109,4	110,5	110,0
	gg. Vp. in %	-1,8	5,0	4,3	1,8	0,5	0,8	1,4	1,9	-0,7	0,4	0,0	1,0	-0,5
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	5,2	4,7	3,9	4,6	4,3	3,9	4,2	5,7	4,5	3,6
		2013	2014			2015			2016					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	81,7	83,0	83,7	83,9	83,9	83,9	84,2	84,4	84,4	84,2	84,4	85,1	84,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	111,7	109,4	110,1	111,0	110,0	110,6	109,7	112,6	110,5	110,5
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	1,8	-2,1	0,6	0,8	-0,5	0,5	-0,8	2,6	-1,9	0,0
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	4,2	-0,3	-0,7	1,2	-2,5	0,4	0,7	2,4	-0,4	-0,2
Inland	Index	101,8	103,4	105,3	104,3	104,7	105,9	105,0	105,8	104,3	105,2	105,5	107,2	105,2
	gg. Vp. in %	1,0	1,6	1,8	-1,7	0,4	1,1	-0,8	-0,8	-1,4	0,9	0,3	1,6	-1,9
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	1,0	2,6	2,1	-1,1	0,8	-1,3	1,4	-2,9	1,9	0,8
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	117,6	113,2	113,4	115,8	113,5	115,7	113,3	118,3	113,2	114,8
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	4,4	-3,7	0,2	2,1	0,0	1,9	-2,1	4,4	-4,3	1,4
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	6,7	-2,5	-2,7	2,9	-4,6	1,7	0,3	6,7	-2,1	-0,9
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	107,2	109,3	105,6	106,8	100,3	108,3	105,3	106,8	109,5	113,9
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	6,2	2,0	-3,4	1,1	-7,2	8,0	-2,8	1,4	2,5	4,0
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	8,8	6,3	-0,1	5,8	-8,7	7,1	5,4	4,8	2,5	7,8
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	124,9	115,9	118,9	122,0	122,8	120,9	118,9	126,3	115,8	115,4
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	3,5	-7,2	2,6	2,6	4,7	-1,5	-1,7	6,2	-8,3	-0,3
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	5,6	-7,4	-4,2	1,3	-2,0	-1,6	-2,9	8,0	-4,9	-5,9
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,6	101,3	100,3	102,8	100,9	102,6	100,0	101,9	100,7	105,2	102,1
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,5	-0,5	-1,0	2,5	-1,8	-1,7	-2,5	1,9	-1,2	4,5	-2,9
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-0,1	-1,2	0,0	-0,8	-1,4	-2,9	0,7	-0,5	4,7	0,5
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	98,7	98,2	100,0	98,0	99,2	97,2	98,2	98,6	103,7	97,3
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	-0,6	-0,5	1,8	-2,0	-3,1	-2,0	1,0	0,4	5,2	-6,2
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	-1,5	-0,4	0,9	-1,3	-2,7	-2,9	0,5	-1,4	5,4	-2,1
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	104,4	102,7	106,0	104,2	106,6	103,2	106,2	103,2	106,9	107,7
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	-0,4	-1,6	3,2	-1,7	-0,1	-3,2	2,9	-2,8	3,6	0,7
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	1,4	-2,2	-1,1	-0,6	0,0	-3,1	1,0	0,4	3,9	3,3
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	119,1	116,1	115,0	117,7	114,8	117,0	115,0	121,0	114,2	116,4
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	3,3	-2,5	-0,9	2,3	-0,1	1,9	-1,7	5,2	-5,6	1,9
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	7,1	0,1	-1,7	2,2	-4,0	1,2	1,1	4,1	-3,6	-0,7
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	110,4	111,8	112,6	112,6	112,9	111,7	113,0	113,0	111,5	112,9
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	-2,7	1,3	0,7	0,0	0,9	-1,1	1,2	0,0	-1,3	1,3
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	3,1	5,4	2,9	-0,9	3,7	0,0	2,6	-4,6	-1,2	2,9
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	124,5	118,7	116,5	120,8	116,0	120,3	116,3	125,9	115,9	118,5
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	7,0	-4,7	-1,9	3,7	-0,7	3,7	-3,3	8,3	-7,9	2,2
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	9,5	-2,9	-4,2	4,2	-7,6	2,0	0,2	9,9	-5,0	-2,7
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	110,9	107,5	111,8	113,7	113,9	118,2	110,2	112,6	111,3	110,9
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	2,0	-3,1	4,0	1,7	3,8	3,8	-6,8	2,2	-1,2	-0,4
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,2	3,7	0,5	4,1	4,5	7,7	10,8	-1,3	4,3	0,8	0,5
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,7	101,0	101,6	101,6	102,7	102,2	100,1	102,6	102,9	106,8
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	0,1	-0,7	0,6	0,0	1,0	-0,5	-2,1	2,5	0,3	3,8
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,2	2,0	2,2	0,2	1,7	0,3	-1,3	1,4	2,2	4,5
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	118,7	113,1	120,5	124,0	123,4	131,9	118,9	121,1	118,4	114,4
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	3,4	-4,7	6,5	2,9	5,9	6,9	-9,9	1,9	-2,2	-3,4
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	4,7	-0,6	5,4	7,9	12,1	18,9	-1,4	6,7	-0,3	-2,4
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,5	109,9	111,2	108,6	110,2	110,8	110,5	110,7	111,1	110,6	108,9	109,8
	gg. Vp. in %	1,5	3,3	1,3	1,4	-2,3	1,5	0,5	0,2	0,2	0,4	-0,5	-1,5	0,8
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	4,2	0,4	-0,3	1,1	-1,0	-0,1	1,3	2,1	-1,8	-0,8

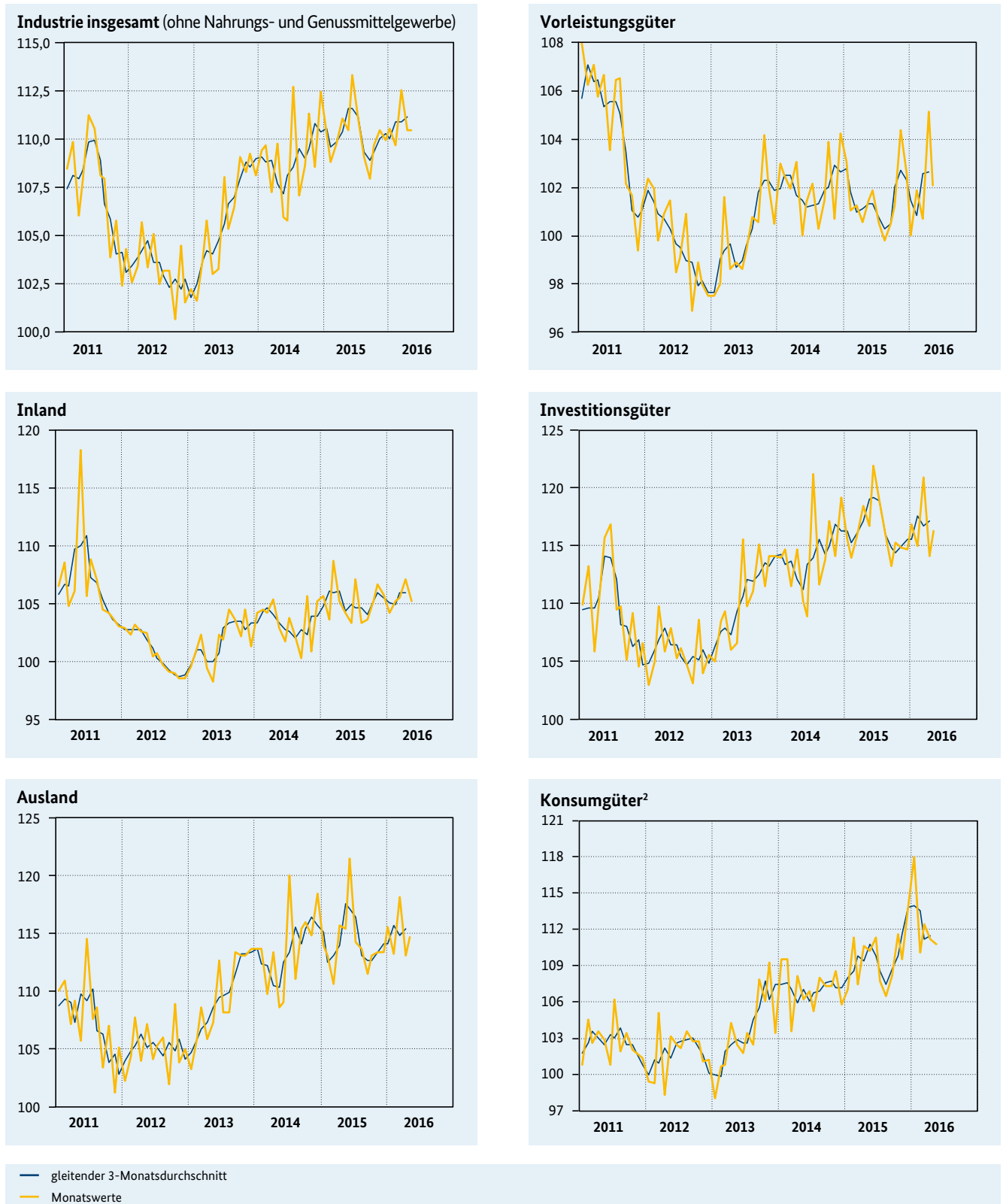
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016			2015			2016		
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai		
Auftragseingang¹																
Bauhauptgewerbe		Index	111,3	109,3	113,7	109,6	110,3	121,5	129,3	128,6	130,9	128,6	128,3	127,3	-	
	gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	-3,4	0,6	10,2	6,4	2,2	1,8	-1,8	-0,2	-0,8	-		
	gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	-0,2	1,7	13,2	14,2	19,9	12,7	14,5	14,9	18,2	-		
Hochbau		Index	118,0	117,4	121,8	117,6	120,9	128,2	134,5	130,7	136,0	133,5	134,1	135,0	-	
	gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	-2,2	2,8	6,0	4,9	-5,7	4,1	-1,8	0,4	0,7	-		
	gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	1,9	5,9	8,6	12,0	9,3	14,4	10,2	11,5	16,0	-		
Wohnungsbau		Index	131,0	134,9	149,9	142,9	156,1	152,6	173,5	159,8	174,0	167,6	178,8	160,7	-	
	gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	-3,4	9,2	-2,2	13,7	2,5	8,9	-3,7	6,7	-10,1	-		
	gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	3,6	27,8	7,9	17,6	6,6	19,0	14,6	19,0	13,5	-		
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	111,6	108,7	107,8	105,1	103,5	116,2	115,2	116,3	117,1	116,6	112,0	122,3	-	
	gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	-1,3	-1,5	12,3	-0,9	-10,5	0,7	-0,4	-3,9	9,2	-		
	gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	0,9	-6,0	9,0	8,0	11,3	11,2	7,4	6,2	17,7	-		
Tiefbau		Index	104,6	101,3	105,7	101,6	99,7	114,8	124,0	126,5	125,8	123,8	122,5	119,6	-	
	gg. Vp. in %	2,0	-3,2	4,3	-4,8	-1,9	15,1	8,0	11,8	-0,6	-1,6	-1,1	-2,4	-		
	gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	-2,3	-2,9	19,6	16,6	35,5	10,8	19,3	18,5	20,8	-		
Straßenbau		Index	103,6	99,2	101,2	98,5	100,8	102,8	128,7	113,8	138,2	136,0	111,8	116,3	-	
	gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	-4,1	2,3	2,0	25,2	16,4	21,4	-1,6	-17,8	4,0	-		
	gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	-1,4	2,4	7,0	22,6	23,0	53,3	17,9	13,2	20,9	-		
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	105,3	102,5	108,4	103,4	99,0	122,1	121,2	134,2	118,3	116,4	129,0	121,6	-	
	gg. Vp. in %	0,5	-2,7	5,8	-5,3	-4,3	23,3	-0,7	9,6	-11,8	-1,6	10,8	-5,7	-		
	gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	-2,8	-6,4	25,6	13,6	41,0	-2,1	20,2	21,5	20,7	-		
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	114,2	112,9	112,7	110,3	107,4	120,9	119,5	113,4	121,5	115,9	121,1	127,3	-	
	gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	-1,7	-2,6	12,6	-1,2	-18,9	7,1	-4,6	4,5	5,1	-		
	gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	0,4	-6,0	10,2	7,0	3,6	6,1	5,1	9,1	18,3	-		
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,5	95,4	100,3	95,5	94,9	109,6	121,6	131,5	123,2	126,1	115,4	113,9	-	
	gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	-5,4	-0,6	15,5	10,9	32,2	-6,3	2,4	-8,5	-1,3	-		
	gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	-2,6	-2,3	21,4	20,4	56,4	17,8	24,8	18,6	20,9	-		
Baugenehmigungen (Neubau)²																
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	76490	78378	83649	20491	22345	22875	22101	8290	6337	7532	8232	8515	8073	
	gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	1,4	6,4	18,3	23,2	27,5	24,8	32,1	15,0	27,7	23,7		
Wohngebäude		Mio. €	43680	46466	51214	12681	13829	14001	13636	4874	4185	4486	4966	5076	4894	
	gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	4,8	10,6	22,4	27,4	25,1	33,2	30,1	20,7	24,2	19,6		
Nichtwohngebäude		Mio. €	32809	31913	32435	7810	8516	8874	8465	3416	2153	3046	3267	3438	3179	
	gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,6	-3,7	0,2	12,5	17,0	31,2	11,1	35,1	7,4	33,1	30,5		
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23624	24145	24360	6050	6505	6717	6321	2534	1561	2376	2384	2582	2436	
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	-0,2	-0,3	14,5	24,2	38,6	11,6	64,2	6,3	28,3	26,1		
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	9185	7768	8074	1760	2011	2157	2144	882	592	670	882	857	743	
	gg. Vj. in %	20,9	-15,4	3,9	-13,9	1,8	6,9	-0,1	13,6	9,8	-16,9	10,2	50,2	47,0		
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	137	141	150	37,6	40,6	40,1	39,7	14,4	12,3	13,0	14,4	14,8	14,0	
	gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	2,6	7,8	17,6	24,6	25,5	31,4	28,1	16,5	22,2	15,6		
	gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	3,3	4,4	7,7	8,5	2,7	7,2	-3,1	-2,8	-0,8	-6,0		
ifo Konjunkturtest⁴																
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,8	73,8	73,3	79,3	78,0	64,7	76,1	67,7	62,0	64,5	72,5	76,8	79,0	
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	28,4	8,6	13,8	1,3	3,3	35,0	14,0	18,0	43,0	44,0	23,0	10,0	9,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

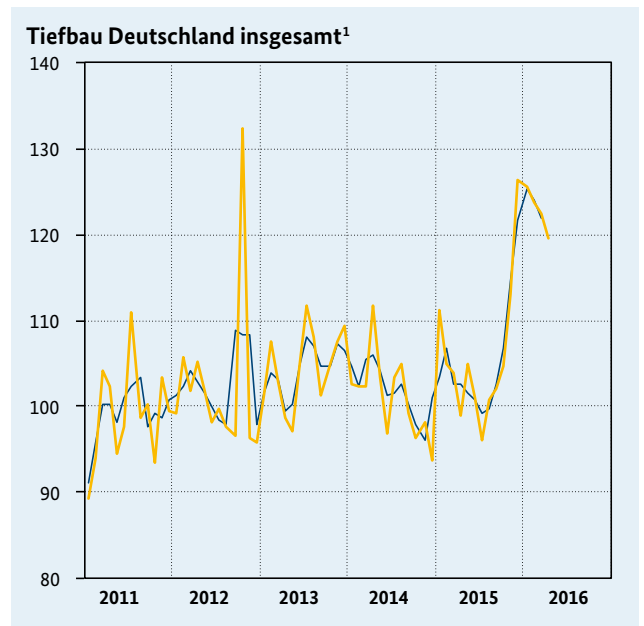
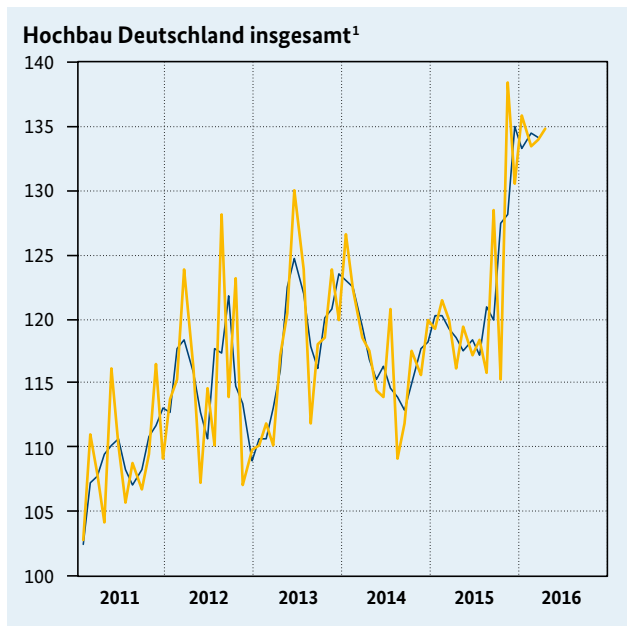
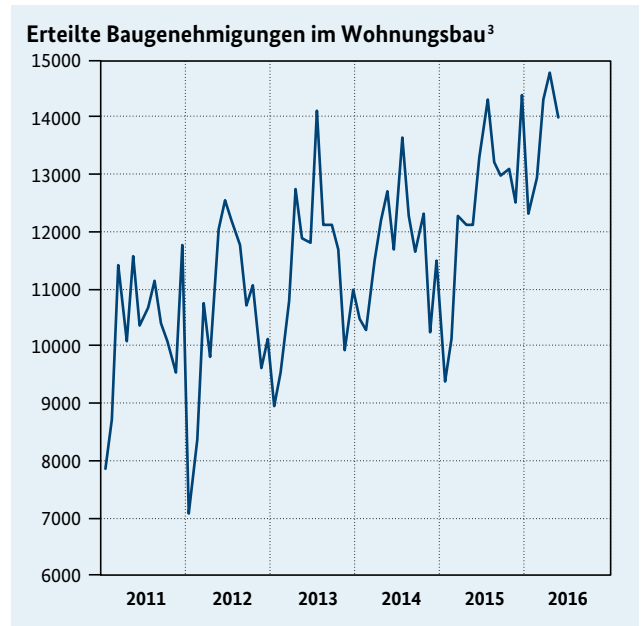
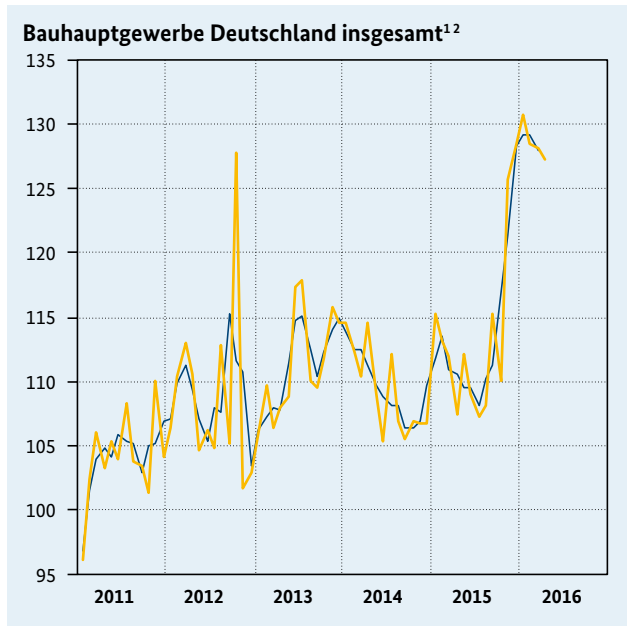
2 Ursprungszahlen;

3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;

4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	9,9	10,3	6,4	8,5	7,8	4,7	6,7	6,5	8,6	10,4
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	15,5	17,7	15,2	15,2	16,8	14,2	14,9	16,5	15,4	17,2	17,8
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,3	3,2	2,4	5,5	-2,0	0,5	1,6	-5,0	-2,6	-2,0	0,4	3,2
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	11,2	11,5	5,8	8,5	8,2	3,7	5,6	6,6	8,0	10,8
Geschäftslage	Salden	12,3	18,8	19,0	20,5	17,0	16,3	17,5	15,5	16,3	17,2	16,9	17,6	18,1
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	2,4	6,2	-4,1	-0,2	1,2	-8,1	-5,3	-3,3	-1,1	3,9
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	7,9	13,5	12,4	13,6	10,8	6,3	8,4	9,3	4,6	5,0	6,2	6,7	12,2
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	20,3	16,9	16,3	18,1	18,0	15,0	16,0	16,4	16,8	21,2
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	7,1	4,8	-3,3	-1,0	0,8	-5,4	-5,4	-3,6	-2,8	3,5
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	9,1	11,4	4,0	8,7	5,6	2,6	3,9	6,8	10,5	8,9
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	19,9	15,6	15,0	18,6	12,0	17,0	15,9	17,5	21,1	17,1
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	2,9	-1,2	7,4	-6,3	-0,6	-0,7	-10,9	-7,3	-3,4	0,4	1,1
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	9,9	11,2	8,3	7,4	9,2	5,1	10,6	6,1	6,4	9,6
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	19,4	18,9	17,9	16,3	15,4	14,3	24,0	16,7	16,4	15,7
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	0,9	3,8	-0,8	-1,2	3,2	-3,7	-2,0	-4,0	-3,1	3,6
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,1	-2,9	-2,1	1,0	-0,2	2,9	-0,6	0,4	-0,4	0,6	3,5	4,7
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-4,6	-0,9	3,4	8,3	1,6	5,8	2,8	5,1	8,7	11,2
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,8	-1,4	0,4	3,0	-3,7	-2,3	-2,7	-5,0	-3,5	-3,7	-1,5	-1,7
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,7	22,6	28,6	30,4	34,1	27,1	26,8	28,9	27,7	24,6	28,1	25,1	27,2
Geschäftslage	Salden	22,8	32,3	38,9	43,4	43,6	38,5	39,8	38,9	39,9	36,7	41,2	37,6	40,6
Geschäftserwartungen	Salden	10,7	13,2	18,7	18,1	24,9	16,2	14,5	19,3	16,1	13,1	15,7	13,3	14,4
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	65,7	54,9	54,2	51,8	59,7	52,3	50,7	47,7	53,1	54,5
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	22,3	9,5	5,2	12,3	10,2	1,0	4,3	11,2	6,4	19,2

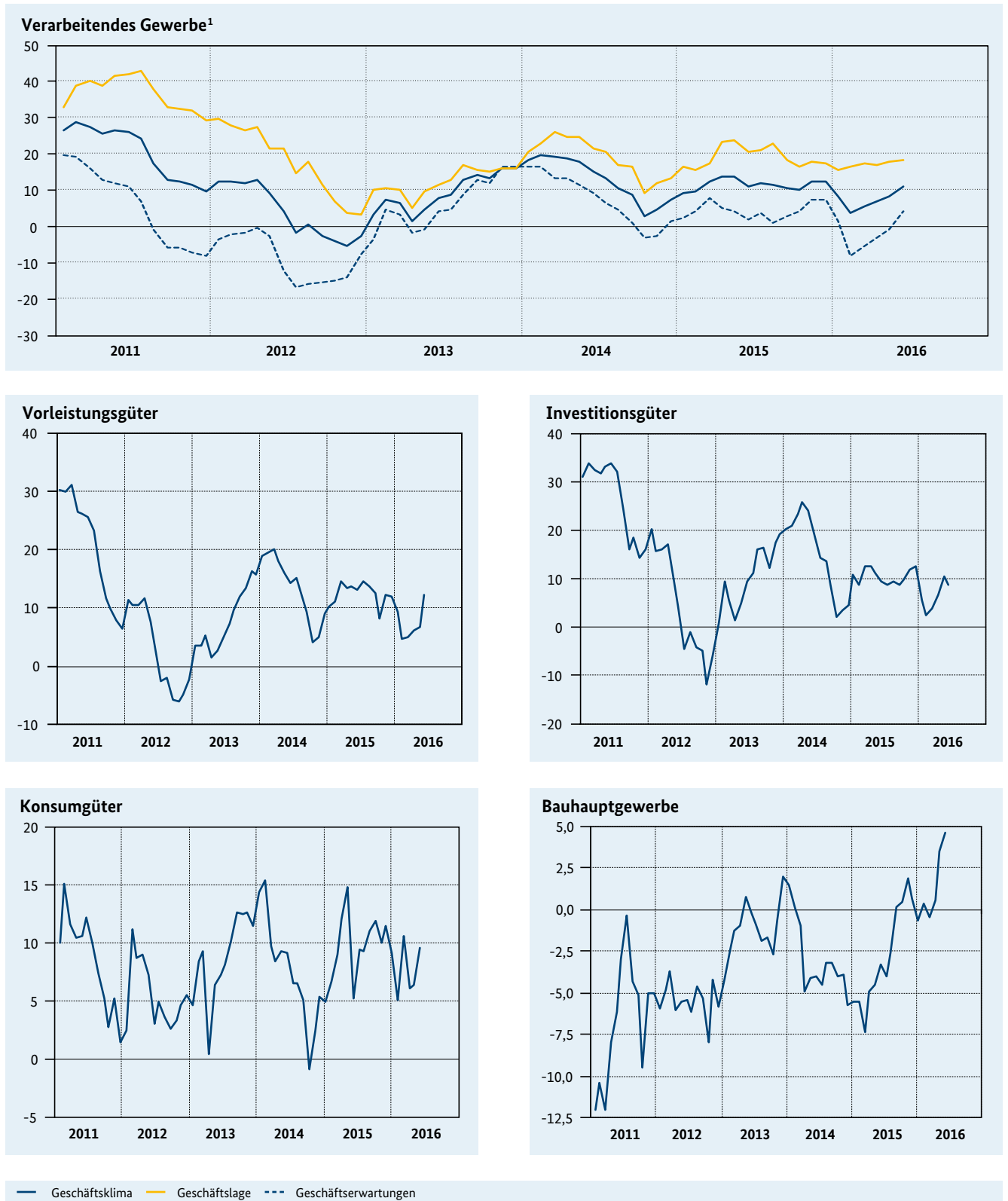
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2013	2014			2015				2016	
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,9	106,1	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,4	106,9	107,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,6	0,9	2,0	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,3	0,1	0,8	0,4	0,4
	gg. Vj. in %	0,6	0,9	2,0	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,7	2,2	1,9	1,8
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1759	420	424	425	428	435	434	438	441	446	445
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,8	2,3	2,9	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,7	1,2	-0,3
	gg. Vj. in %	1,8	2,3	2,9	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	3,0	2,8	2,5
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,7	106,0	106,2	106,6	-	107,0	105,8	105,8	106,5	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,9	0,7	0,2	0,4	-	0,1	-1,1	0,0	0,7	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,4	2,9	3,4	2,6	1,3	-	1,9	0,3	0,3	0,9	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,6	104,9	106,0	105,4	105,7	-	106,5	103,5	104,5	105,9	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,2	1,2	-0,6	0,3	-	-0,5	-2,8	1,0	1,3	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,3	3,9	2,0	2,0	-	2,9	0,5	-0,2	0,3	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	99,5	99,2	98,0	97,0	-	97,6	92,3	100,5	100,3	-	-
	gg. Vp. In %	-0,4	1,0	-0,3	-1,6	-1,2	-1,0	-	-3,4	-5,4	8,9	-0,2	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,1	-1,3	0,4	-2,8	-	-2,3	-8,5	1,5	-1,0	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	127,1	128,1	127,1	126,1	-	126,9	127,0	124,1	123,7	-	-
	gg. Vp. In %	1,6	3,6	4,4	1,9	-0,8	-0,8	-	2,0	0,1	-2,3	-0,3	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,3	4,8	1,2	-1,1	-	-0,9	0,3	-1,6	-1,8	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	98,9	101,1	100,4	102,3	101,8	-	103,6	99,1	101,1	101,5	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	2,2	-0,5	1,9	-0,5	-	0,8	-4,3	2,0	0,4	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	2,1	1,8	2,7	1,2	-	2,8	-0,9	0,7	0,1	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	102,1	104,5	111,6	111,5	113,5	117,6	-	118,9	115,9	118,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	6,8	0,0	1,8	3,6	-	0,7	-2,5	2,2	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	6,9	6,8	6,7	7,1	-	8,4	4,7	6,5	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	100,8	101,7	103,5	104,2	104,0	104,0	-	104,0	103,9	106,0	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	0,9	1,8	0,7	-0,2	0,0	-	-0,2	-0,1	2,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	2,0	2,2	1,4	2,2	-	3,8	1,4	4,9	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	789	798	791	942	250	323	316	287	340	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	6,1	5,7	4,5	9,4	12,0	0,0	8,4	11,9	8,3	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	266	266	259	336	80	112	110	107	118	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	-2,5	4,4	1,4	7,9	8,7	-3,3	6,2	12,9	5,3	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,1	107,0	106,6	107,1	106,5	107,3	106,9	107,2	107,3	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,1	0,3	0,3	0,1	0,0	0,3	-0,1	0,1	0,3	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	0,8	1,8	1,0	0,2	0,8	1,3	0,5	0,0	0,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-6,4	-6,2	-6,5	-5,6	-7,3	-6,5	-6,3	-5,7	-4,9	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-2,7	-2,5	-2,3	-2,8	-2,5	-3,6	-3,2	-3,1	-2,1	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	7,0	10,1	9,0	7,6	8,6	4,5	10,9	6,8	11,1	8,0	-
Geschäftslage	Salden	5,9	8,9	15,7	20,7	17,7	16,2	17,2	13,3	21,7	15,0	21,3	15,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,2	-2,9	-1,2	0,0	0,6	-0,7	0,4	-3,9	0,6	-1,1	1,4	1,0	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	10,0	9,4	9,4	9,6	9,4	9,5	9,4	9,7	9,8	10,1
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	53,4	48,7	50,1	53,1	50,0	50,4	52,2	53,0	54,2	-

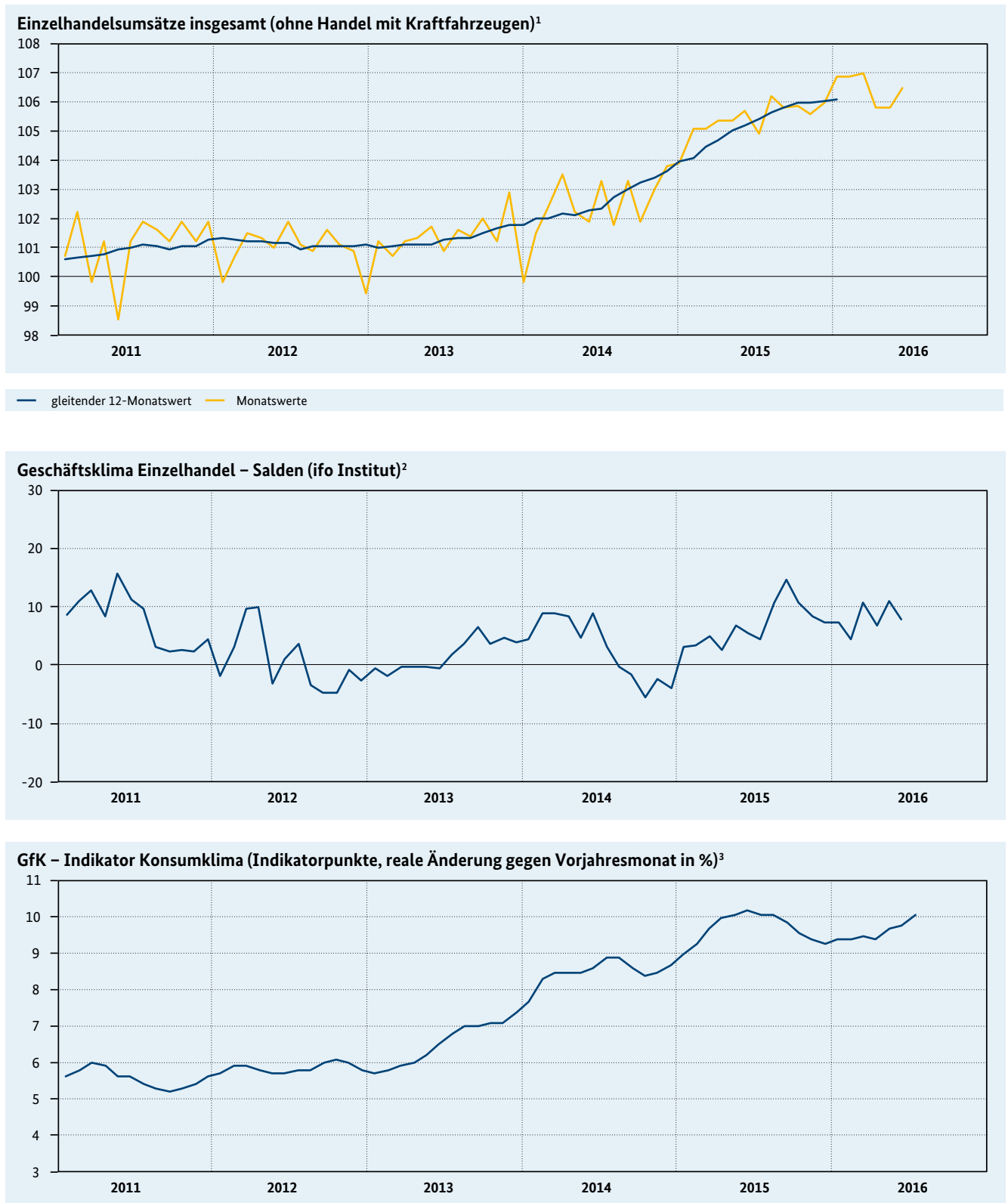
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	193	216	259	64	69	64	74	19,5	20,7	27,1	26,3	26,5	23,4
	gg. Vp. in %	-1,6	12,3	19,9	2,7	7,9	-7,4	15,9	-15,2	6,2	30,9	-2,8	0,6	-11,8
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	261	69	66	64	68	20,6	19,9	22,6	25,3	25,7	23,8
	gg. Vp. in %	6,0	6,7	14,5	10,1	-3,4	-2,8	5,3	-4,0	-3,7	13,9	11,6	1,7	-7,6
Ausfuhr	in Mrd. €	1084	1118	1177	298	296	292	295	96,4	96,0	98,7	99,9	100,2	98,3
	gg. Vp. in %	0,9	3,2	5,3	2,7	-0,5	-1,3	0,7	-2,5	-0,4	2,8	1,3	0,2	-1,8
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	230	230	228	227	75,7	76,1	76,0	74,7	74,5	74,6
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	0,7	0,3	-0,9	-0,6	-2,1	0,5	-0,1	-1,8	-0,3	0,1
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-31	-7	-8	-10	-7	-3,3	-3,2	-1,4	-2,4	-2,4	-2,1
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-11,8	7,6	12,2	27,3	-29,5	24,8	-3,6	-57,2	78,1	0,0	-15,2
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	60	60	61	20,2	19,5	21,6	20,2	20,1	20,8
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	1,0	0,7	-0,6	2,8	0,8	-3,6	11,0	-6,5	-0,4	3,5
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	269	66	68	70	68	23,5	22,7	23,0	22,6	22,5	22,9
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,4	1,7	1,9	2,6	-1,8	3,6	-3,6	1,3	-1,4	-0,4	1,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	14	17	17	18	5,2	5,5	6,5	6,0	5,6	4,9
	gg. Vp. in %	-2,7	-1,5	5,2	-14,8	21,6	-0,8	4,4	-13,3	6,3	17,7	-7,5	-8,0	-11,2
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-42	-39	-37	-12	-7	-8	-5	-3,0	-1,5	-0,7	-2,5	-2,3	-3,3
	gg. Vp. in %	5,8	-6,7	-6,4	15,3	-43,2	15,2	-39,4	64,1	-50,0	-54,3	266,7	-7,9	39,5

Außenhandel nach Ländern²

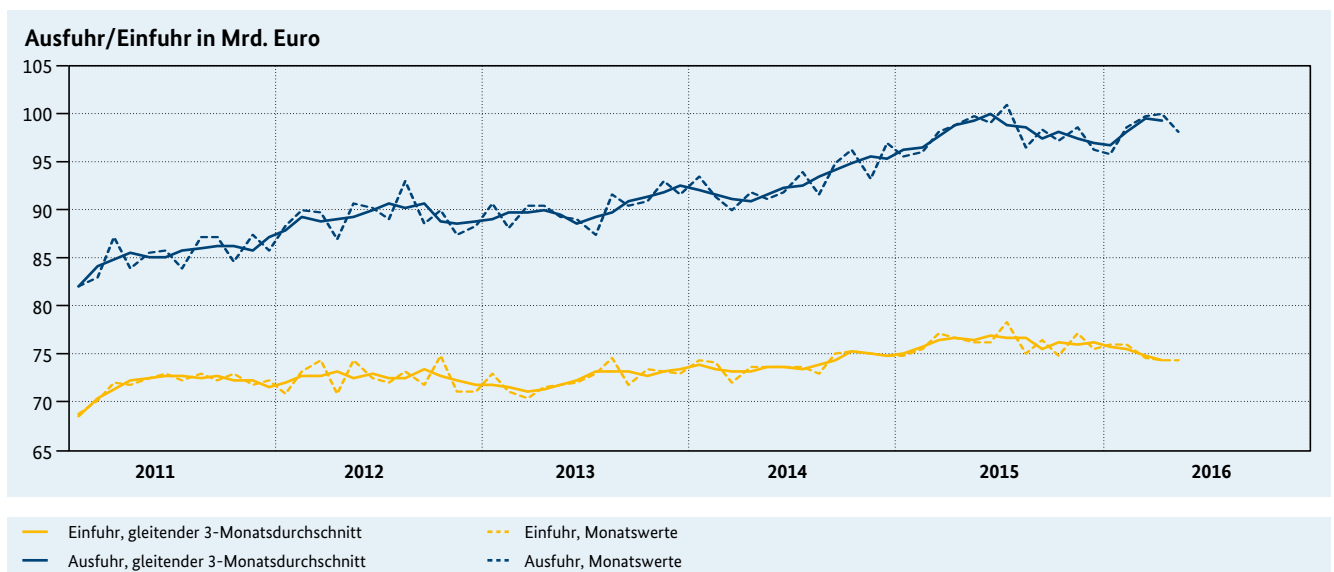
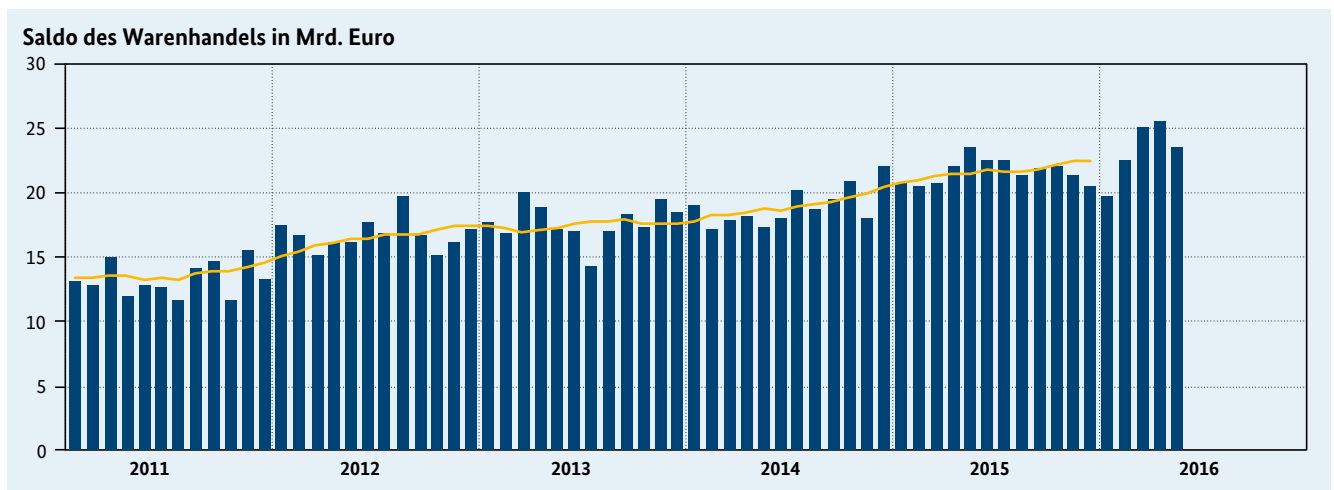
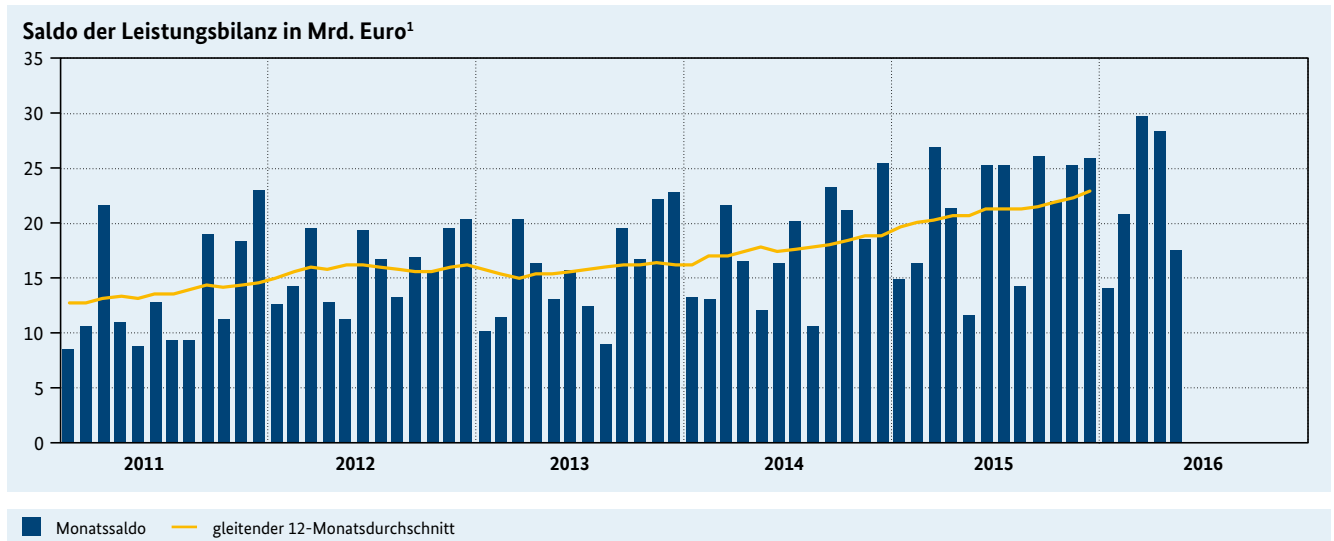
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	302	301	301	295	91,8	88,6	99,4	107,0	104,3	97,2
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,5	9,1	5,7	4,9	0,7	3,1	-1,5	4,0	-0,5	3,9	1,6
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	175	172	175	177	51,5	54,6	59,6	62,7	61,3	57,6
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	8,7	6,9	6,4	2,7	2,9	0,8	5,5	1,8	7,4	2,1
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	435	111	106	109	110	32,3	34,3	36,9	38,9	38,4	36,0
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,8	7,3	6,1	6,5	1,5	5,2	-0,2	3,6	1,0	5,9	1,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	64	66	66	67	19,2	20,3	22,7	23,8	22,9	21,6
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	9,0	11,1	8,2	6,2	4,7	-0,8	2,5	8,8	3,0	9,9	3,1
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	127	129	126	118	40,3	34,0	39,8	44,3	43,0	39,6
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,7	9,6	4,1	3,0	-2,2	3,4	-5,0	1,7	-3,4	-0,6	0,9
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	237	238	239	236	73,2	75,3	79,5	80,9	78,6	76,2
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	4,8	5,2	4,2	0,3	3,6	1,7	4,3	-4,3	0,0	-0,1
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	156	155	158	156	48,0	48,5	53,4	53,8	53,0	51,1
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	4,8	6,5	4,8	2,2	4,6	3,1	6,0	-2,2	2,0	0,2
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	108	106	107	106	32,9	33,2	36,2	36,6	35,6	34,8
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,7	4,2	5,8	4,1	1,0	4,2	2,5	3,9	-3,0	-0,9	-0,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	196	48	49	50	50	15,1	15,2	17,2	17,2	17,4	16,3
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,2	6,1	7,9	6,4	4,8	5,5	4,4	10,8	-0,3	8,5	2,4
Drittländer	in Mrd. €	315	315	327	80	83	82	80	25,2	26,8	26,1	27,0	25,7	25,1
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,7	4,9	2,8	3,0	-3,0	1,8	-0,8	0,8	-8,4	-4,0	-0,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

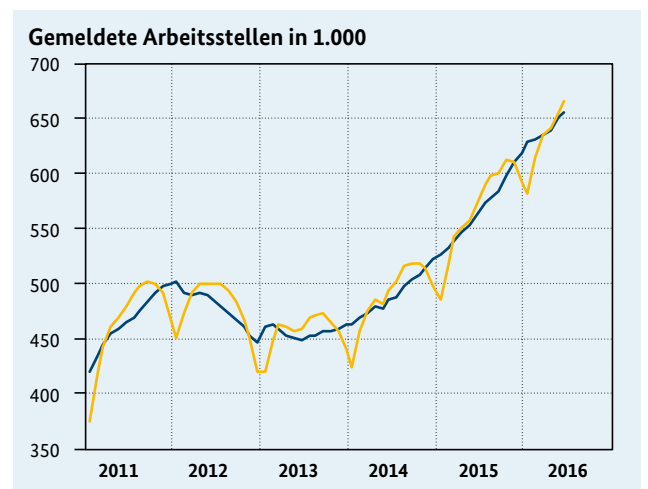
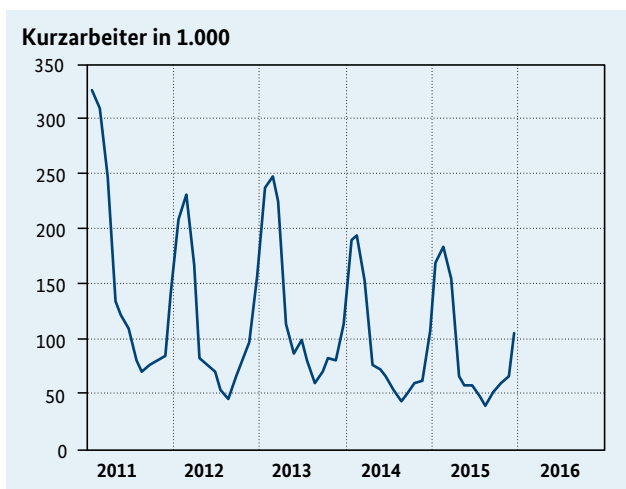
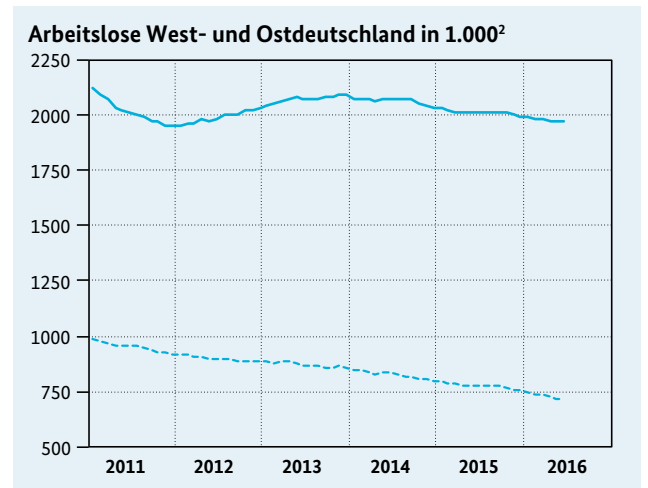
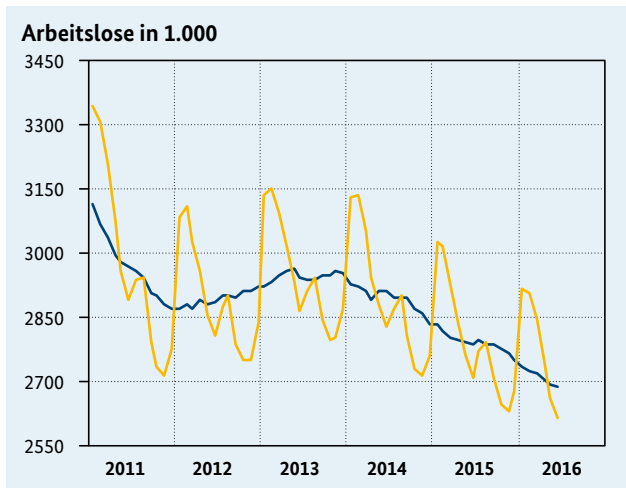
		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42328	42703	43056	43274	43440	43056	-	42991	43015	43162	43364	43561	-
	gg. Vj. in Tsd.	+268	+375	+353	+371	+424	+533	-	+532	+540	+527	+544	+559	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	30853	31020	31298	31076	-	30958	31052	31219	31327	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+635	+655	+728	+694	-	+683	+710	+691	+681	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	1847	1898	1915	-	1847	1980	1917	1788	1783	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-187	-114	-186	-	-221	-229	-108	-245	-109	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,4	4,5	4,5	-	4,3	4,6	4,5	4,2	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2759	2655	2892	2674	2920	2911	2845	2744	2664	2614
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-102	-83	-101	-98	-111	-106	-87	-99	-98	-97
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1932	1879	1960	1892	1959	1964	1956	1927	1890	1860
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-19	-13	-23	-58	-30	-19	-20	-48	-56	-68
SGB III	in Tsd.	970	933	859	827	775	932	782	961	947	888	817	774	754
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-83	-70	-78	-40	-82	-87	-67	-51	-42	-29
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2013	1929	2095	1962	2111	2107	2065	2004	1955	1928
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-59	-41	-42	-40	-49	-46	-32	-40	-40	-41
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	746	725	797	712	809	804	780	740	709	686
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-42	-42	-59	-58	-62	-60	-55	-59	-57	-56
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,0	6,6	6,1	6,7	6,6	6,5	6,3	6,0	5,9
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,7	5,5	5,9	5,5	6,0	6,0	5,8	5,7	5,5	5,4
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	8,9	8,6	9,5	8,5	9,6	9,6	9,3	8,8	8,4	8,2
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	629	600	681	589	765	677	602	600	578	589
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	630	609	627	666	526	686	668	701	657	639
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	77	49	44	33	46	51	-	48	50	53	55	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	-4	0	0	-	-2	-2	+3	+1	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3556	3485	3687	3561	3680	3712	3670	3596	3554	3533
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-178	-163	-167	-69	-183	-175	-142	-107	-73	-26
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	595	604	610	653	581	614	635	640	655	665
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+83	+95	+94	+93	+96	+95	+92	+89	+98	+93
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+268	+375	+352	+116	+116	+182	-	+79	+45	+47	+43	+45	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	+634	+171	+184	+175	-	+33	+80	+55	+33	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-43	-84	-153	-49	-32	-42	-	-15	-16	-15	-11	-8	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,6	4,5	4,3	-	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-3	-24	-39	-30	-18	-10	-2	-17	-10	-6
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	+8	-9	-26	-28	-15	-1	-4	-15	-11	-8
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-11	-15	-13	-3	-3	-8	+1	-2	0	+3
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-1	-8	-17	-14	-8	-4	0	-7	-8	-2
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-3	-16	-23	-16	-10	-6	-3	-8	-4	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,4	6,3	6,2	6,1	6,2	6,2	6,2	6,2	6,1	6,1
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,7	5,6	5,5	5,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,2	9,0	8,7	8,5	8,8	8,7	8,7	8,6	8,5	8,5
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-100	-171	-39	-30	-35	+34	-21	-6	+9	+10	+18	+23
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+23	+30	+22	+17	+11	+2	+3	+4	+14	+4
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	108,1	109,7	108,4	108,2	109,7	108,0	107,5	108,3	108,3	108,0
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,6	102,7	103,1	103,4	103,5	102,9	102,5	103,3	103,0	102,5	102,5	102,3	102,8
BA-X Stellenindex	Index	159,1	168,9	192,5	195,0	204,3	209,7	214,3	210,0	209,0	210,0	211,0	216,0	216,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

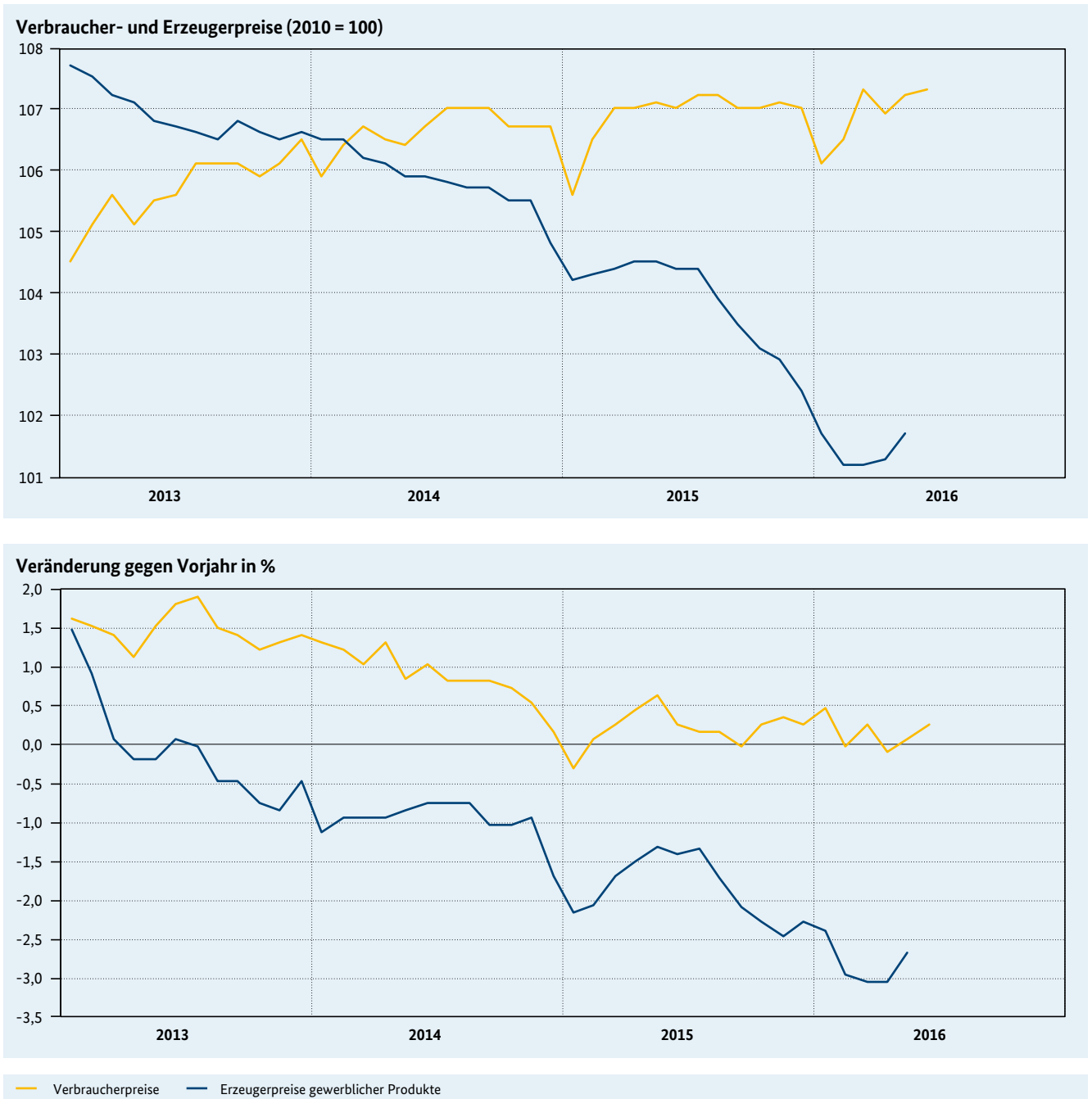
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,1	107,0	106,6	107,1	106,1	106,5	107,3	106,9	107,2	107,3
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,3	+0,2	+0,1	+0,5	0,0	+0,3	-0,1	+0,1	+0,3
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,9	106,8	105,5	106,8	105,2	105,2	106,1	106,7	106,9	106,7
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-1,0	-0,7	-0,8	-0,9	-0,3	-1,1	-1,2	-1,0	-0,9	-0,8
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	110,0	109,0	107,7	108,9	107,5	107,5	108,0	108,5	109,0	109,3
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-1,9	-1,6	-1,8	-2,0	-1,1	-2,2	-2,2	-2,2	-2,1	-1,6
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	111,8	112,7	113,1	113,2	112,4	113,2	113,7	113,8	113,2	112,7
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+0,8	+1,8	+1,0	+0,2	+0,9	+0,8	+1,3	+0,5	0,0	+0,1
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	112,2	110,3	106,9	108,0	106,8	106,5	107,4	107,3	108,2	108,6
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-6,5	-6,2	-6,6	-5,7	-5,7	-7,3	-6,5	-6,3	-5,7	-4,9
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	104,8	107,1	104,8	106,8	103,6	103,9	106,8	108,0	107,1	105,4
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,9	+0,9	+0,6	+0,9	+1,0	+0,6	+0,2	+1,2	+1,2	+0,4
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	97,3	97,8	98,2	98,4	98,0	98,2	98,3	98,4	98,4	98,4
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,2	+1,6	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	107,3	107,3	107,6	107,5	107,0	107,6	108,3	107,0	107,6	107,9
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+0,9	+1,6	+0,8	+1,2	+1,4
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,8	107,1	107,4	107,7	107,3	107,4	107,5	107,6	107,7	107,8
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	107,0	107,4	107,5	107,8	106,9	107,4	108,2	107,6	107,9	107,8
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+0,9	+1,4	+0,9	+1,2	+1,1
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	107,7	104,0	99,2	102,0	99,5	98,6	99,6	100,5	102,1	103,3
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,6	-7,6	-7,8	-7,6	-5,8	-8,5	-8,9	-8,5	-7,9	-6,4
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,9	106,6	107,3	106,6	106,5	106,8	107,1	107,3	107,5
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,3	+0,2	+0,2	+0,6	-0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,4
HVPI⁴	Index	99,1	99,9	100,0	100,2	100,1	99,6	100,1	99,1	99,5	100,3	99,8	100,2	100,3
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	0,0	+0,2	+0,1	0,0	+0,4	-0,2	+0,1	-0,3	0,0	+0,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	103,9	102,8	101,4	-	101,7	101,2	101,2	101,3	101,7	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-1,7	-2,4	-2,8	-	-2,4	-3,0	-3,1	-3,1	-2,7	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	102,6	101,2	100,2	-	100,4	100,1	100,1	100,1	100,6	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-1,0	-2,1	-2,2	-	-2,2	-2,2	-2,3	-2,6	-2,3	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,3	104,4	104,6	-	104,5	104,6	104,6	104,7	104,7	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	-	+0,6	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,2	-	108,3	108,2	108,1	108,0	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	-1,0	+0,1	+0,3	-	+0,6	+0,3	-0,1	-0,2	0,0	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,3	107,4	108,1	-	108,0	108,1	108,2	108,3	108,4	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	-	+1,4	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,3	108,3	108,3	-	108,4	108,3	108,1	108,0	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-1,4	-0,1	+0,2	-	+0,6	+0,2	-0,3	-0,4	-0,2	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	102,3	99,7	95,3	-	96,2	94,7	94,9	95,2	95,9	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-5,1	-6,8	-8,6	-	-7,3	-9,4	-9,2	-8,8	-8,0	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	111,4	111,6	112,5	113,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	+2,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,4	111,6	111,7	112,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+0,5	+0,7	+0,5	+0,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	122,5	113,8	66,8	64,4	56,9	47,9	60,6	44,7	46,1	52,9	56,4	61,5	63,8
	gg. Vj. in %	-2,0	-7,2	-41,3	-45,1	-38,1	-30,7	-21,0	-31,8	-36,3	-24,0	-24,0	-21,8	-17,4
Nahrungs- und Genussmittel	Index	109,1	105,9	87,8	87,1	84,4	81,5	92,0	80,9	80,3	83,2	86,2	92,3	97,5
	gg. Vj. in %	-10,9	-2,9	-17,1	-13,3	-14,3	-11,6	+5,0	-14,7	-13,4	-6,5	-1,8	+6,5	+10,4
Industrie-Rohstoffe	Index	93,6	89,0	70,0	67,5	62,2	62,2	66,3	59,8	62,1	64,8	66,8	66,2	65,8
	gg. Vj. in %	-2,7	-4,9	-21,3	-25,5	-26,4	-18,3	-10,7	-23,7	-18,4	-12,4	-9,2	-12,5	-10,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	129,1	119,1	64,7	62,3	53,9	42,8	57,2	39,3	40,7	48,5	52,3	58,4	61,0
	gg. Vj. in %	-1,4	-7,7	-45,7	-49,7	-42,0	-35,3	-25,1	-35,5	-42,1	-27,9	-28,7	-25,7	-21,0
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	100,6	98,8	96,2	-	96,4	95,8	96,5	96,4	97,3	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-3,0	-3,5	-5,2	-	-3,8	-5,7	-5,9	-6,6	-5,5	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	111,6	111,8	110,8	-	110,7	110,7	111,1	110,5	111,5	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	+0,5	-2,4	-	-1,9	-2,6	-2,9	-3,4	-1,8	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	99,4	97,4	94,8	-	95,0	94,3	95,1	95,0	95,8	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-3,4	-4,0	-5,4	-	-3,9	-6,0	-6,2	-7,0	-6,0	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	86,4	79,7	70,4	-	70,2	68,6	72,4	73,1	76,1	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-20,8	-21,6	-23,0	-	-20,0	-25,8	-23,1	-24,1	-21,3	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	103,5	102,9	102,3	-	102,7	102,2	102,1	101,8	102,0	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+2,5	+1,4	-0,6	-	+0,3	-0,6	-1,4	-2,0	-1,5	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	105,0	104,3	103,6	-	103,9	103,4	103,6	103,5	103,7	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,8	+0,2	-1,1	-	-0,5	-1,2	-1,6	-2,0	-1,6	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	104,4	105,6	107,7	-	107,8	107,9	107,4	107,4	106,6	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,8	+3,8	+4,3	-	+3,5	+4,7	+4,7	+5,0	+4,2	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,11	1,09	1,10	1,13	1,09	1,11	1,11	1,13	1,13	1,12
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-16,1	-12,3	-2,2	+2,2	-6,5	-2,3	+2,4	+5,2	+1,4	+0,1
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	135,9	132,9	127,0	122,0	128,3	127,4	125,4	124,3	123,2	118,5
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-1,3	-7,0	-5,3	-9,1	-6,7	-5,4	-3,8	-3,6	-8,6	-14,6
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,72	0,77	0,79	0,75	0,78	0,78	0,79	0,78	0,79
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-9,6	-8,5	+3,6	+9,1	-1,6	+4,7	+7,8	+9,9	+7,8	+9,7
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	92,7	92,4	94,1	94,9	93,6	94,7	94,1	94,8	95,1	94,7
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-8,4	-6,7	+1,2	+4,0	-1,7	+1,5	+3,8	+5,7	+3,8	+2,6
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,8	88,4	88,7	88,3	89,5	90,2	89,1	90,0	89,5	90,1	90,4	90,2
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-8,7	-6,9	+0,4	+3,2	-2,1	+0,5	+3,0	+4,7	+2,9	+1,9
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,8	94,5	94,8	95,2	94,5	95,0	95,0	95,4	95,2	95,0
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-3,6	-3,2	-0,2	+0,8	-1,2	-0,3	+0,8	+1,4	+0,6	+0,3
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,3	86,8	86,6	87,4	87,7	87,3	87,7	87,3	87,6	87,8	87,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-4,2	-3,3	+1,0	+2,6	-0,3	+1,0	+2,4	+3,7	+2,6	+1,6

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

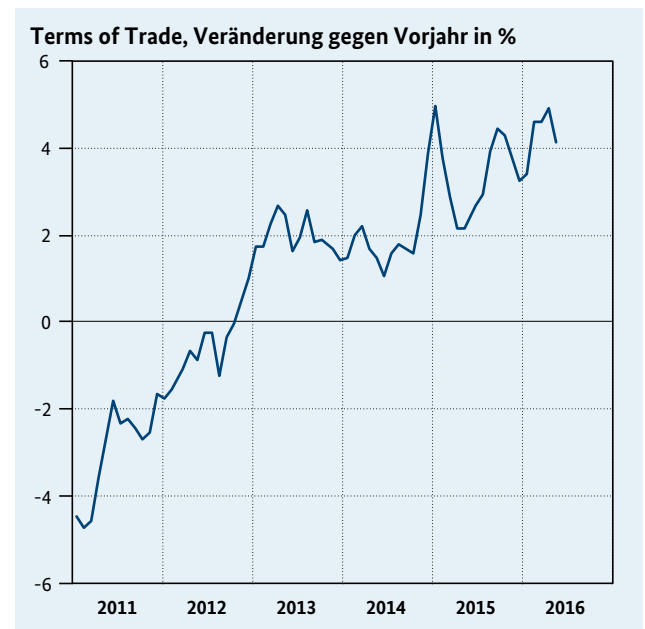
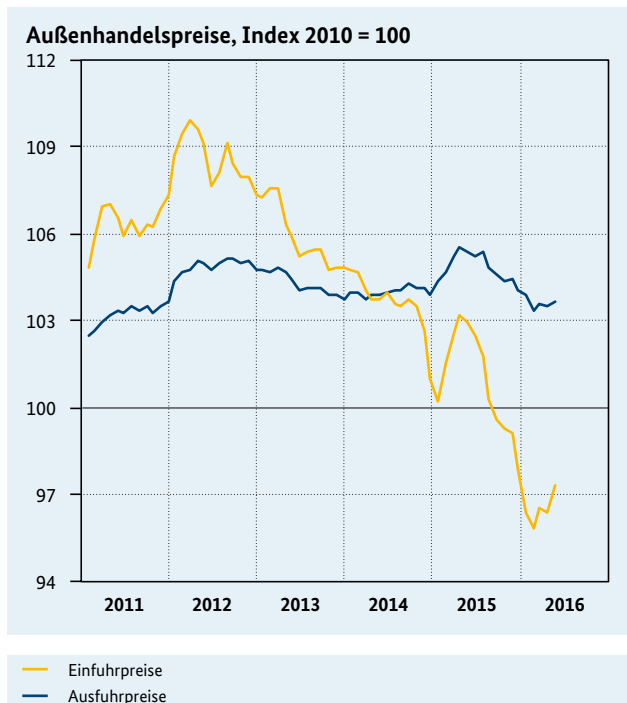
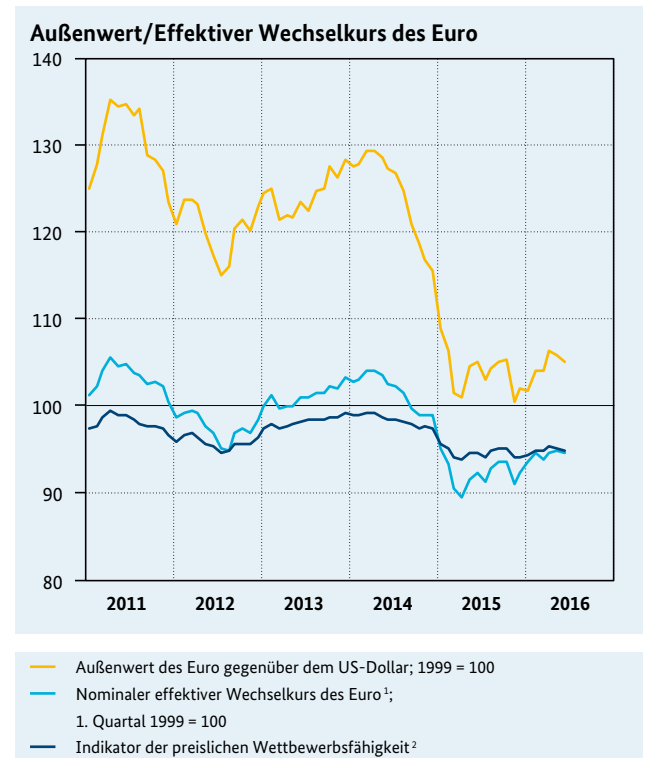
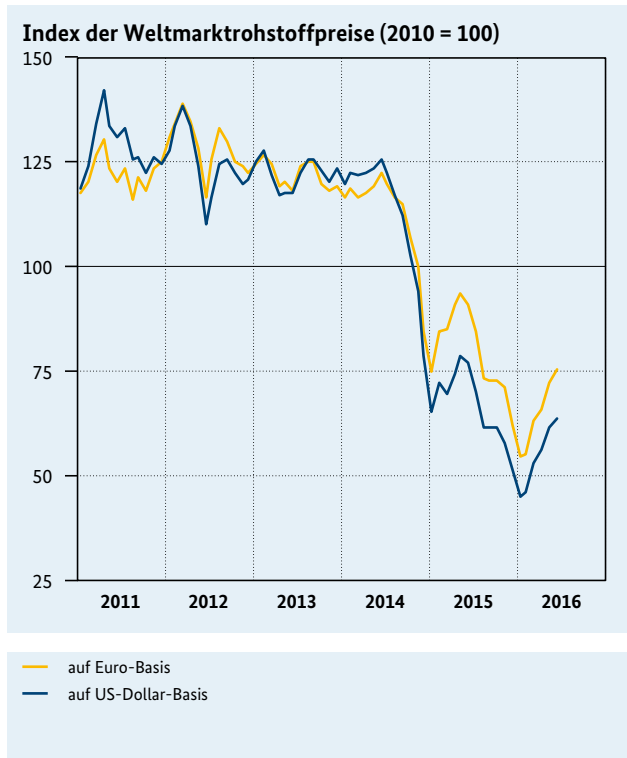
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,15	-0,20	-0,31	-0,38	-0,27	-0,31	-0,36	-0,36	-0,37	-0,39
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,03	-0,09	-0,19	-0,26	-0,15	-0,18	-0,23	-0,25	-0,26	-0,27
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,04	-0,01	-0,10	-0,15	-0,06	-0,12	-0,13	-0,14	-0,14	-0,16
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,16	0,09	0,01	-0,02	0,04	-0,01	-0,01	-0,01	-0,01	-0,03
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,13	0,11	0,13	0,12	0,12	0,13	0,13	0,11	0,12	0,12
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,09	-0,19	-0,36	-0,48	-0,25	-0,41	-0,43	-0,44	-0,45	-0,54
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,23	0,08	-0,12	-0,27	0,04	-0,18	-0,21	-0,24	-0,23	-0,35
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,66	0,53	0,26	0,08	0,43	0,17	0,17	0,13	0,13	-0,02
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,8	11,2	10,3	-	10,5	10,2	10,1	9,7	9,1	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,2	5,3	5,4	-	5,5	5,4	5,4	5,1	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	5,0	-	5,0	4,9	5,0	4,6	4,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	4,9	-	4,9	5,0	4,9	4,8	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,6	+1,0	+1,0	+1,0	-	+1,0	+1,2	+1,0	+1,2	+1,3	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,8	+1,0	+1,0	+1,0	-	+0,9	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,8	+2,7	+2,4	-	+2,3	+2,4	+2,4	+2,8	+3,0	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+2,2	+2,5	+2,6	-	+2,4	+2,5	+2,8	+3,2	+3,2	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	-0,9	+0,1	+1,6	-	+1,5	+1,6	+1,8	+2,7	+2,4	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-0,9	-1,6	+0,5	-	-0,5	-0,3	+2,2	+3,9	+3,1	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-3,0	-1,6	+0,4	-	+0,1	+0,8	+0,3	+2,4	+0,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	-0,4	+0,8	+2,2	-	+2,3	+2,2	+1,9	+2,4	+2,6	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+2,3	+2,6	+2,8	-	+2,7	+2,8	+2,8	+2,9	+2,9	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,6	+3,6	+3,5	-	+3,5	+3,5	+3,6	+3,8	+3,6	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10686	10630	9674	9963	9871	9291	9859	10023	10008	9859
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	-7,9	-0,5	-9,0	+3,0	-7,6	-5,9	+6,1	+1,7	-0,2	-1,5
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3385	3335	2977	2975	3042	2863	3028	3031	2984	2911
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	-6,6	-1,5	-10,7	-0,1	-7,5	-5,9	+5,8	+0,1	-1,6	-2,4
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2026	2053	1949	2076	1923	1903	2023	2076	2067	2084
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	-3,6	+1,4	-5,1	+6,5	-6,4	-1,1	+6,3	+2,6	-0,4	+0,8
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	19422	19037	16870	16389	17404	16317	16890	16549	16549	16069
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	-3,0	-2,0	-11,4	-2,9	-9,3	-6,2	+3,5	-2,0	0,0	-2,9

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

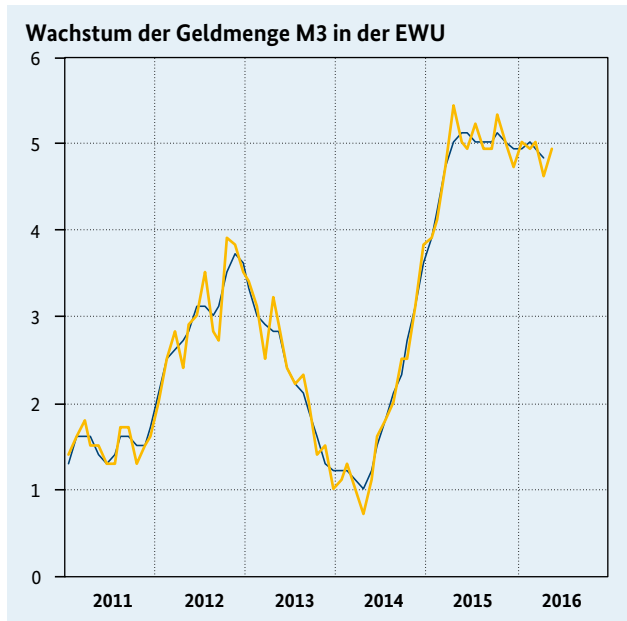
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

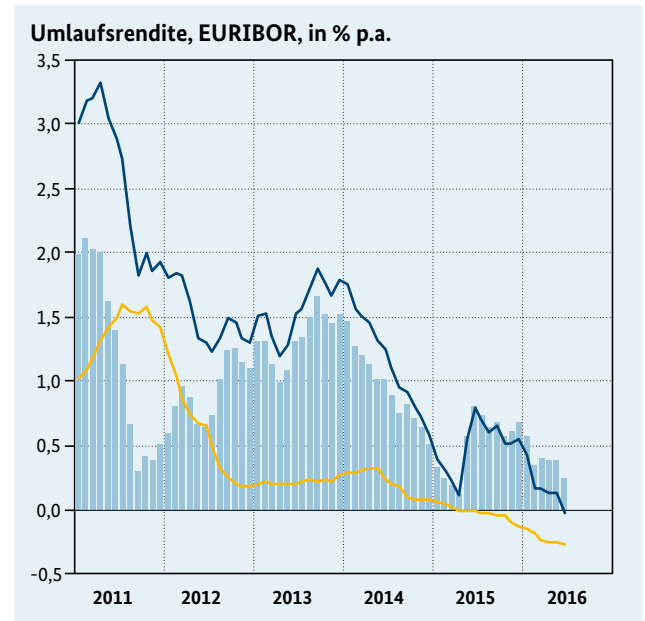
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

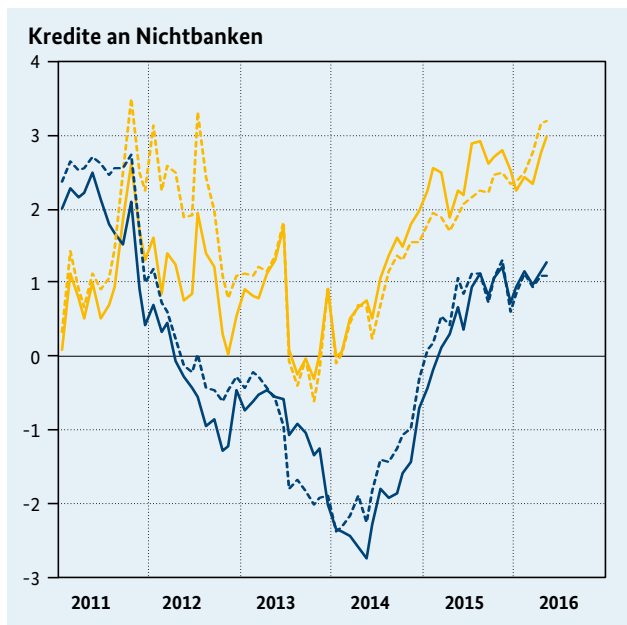
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



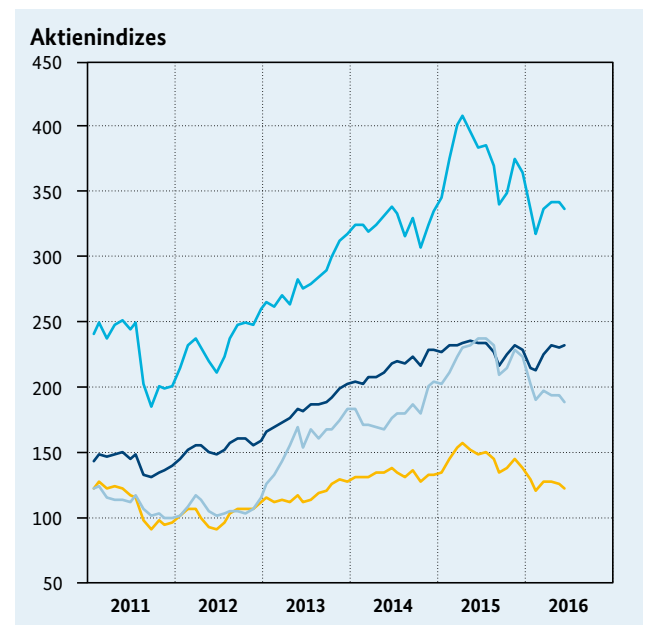
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Philipp-Lennart Krüger
(Datenschutz für das Digitale Zeitalter –
Die EU-Datenschutz-Grundverordnung)

Dr. Ulrike Zirpel
(Abschluss des Europäischen Semesters 2016:
Rat der Europäischen Union nimmt neue länder-
spezifische Empfehlungen an)

Dr. Alexander Lücke, Dr. Friederike Schwarzberg
(Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer)

Dr. Christoph Herfarth und Dr. Ursina Krumpholz
(Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des
Bundes zur Außenwirtschaftsförderung)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig
Oktober 2015	Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017
November 2015	Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung
Februar 2016	Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz
März 2016	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS

Ausgabe	Fachartikel
April 2016	Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen
Mai 2016	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
